

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: Jahresabonnement: 1.20 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pfg. (incl. des Haus- und Postgebührens) 6 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration: 10 Pfg.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeheften Kolonial- und Handels-Anzeigen 30 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
Stängel-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 25. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die russische Anleihe und ihre Folgen. II.

Wollten die Finanziers, die die neue Anleihe abschlossen, ernsthaft dafür sorgen, daß der russische Staat zahlungsfähig bleibe, dann müßten sie ihn unter die Skutatel einer richtigen Volksvertretung stellen, einer Volksvertretung, die nicht ein Potemkinsches Dorf ist, sondern ein ernsthafter Machtfaktor, gewillt und befähigt, der sinnlosen Wirtschaft, die zum Bankrott führt, ein Ende zu machen.

Sollten die Milliarden Europas zur Wiederaufrichtung Russlands dienen, dann müßte dafür gesorgt werden, daß alle unproduktiven Ausgaben möglichst eingeschränkt würden, das Heer verringert, den Unterschleifen der Beamten ein Ende gesetzt würde, und die einflussreichen Gelder zu produktiven Ausgaben dienen — zur Errichtung von Volksschulen, Versorgung der Bauern mit Vieh, Geräten und Dünger, zum Bau von Eisenbahnen und Kanälen.

Was tut aber das jetzige Regime in Russland? Die einzigen Ausgaben, die es einschränkt, sind die produktiven. Der Eisenbahnbau z. B. wird völlig eingestellt und damit die Kritik erheblich verschärft, unter der die russische Industrie so lange schon daniederliegt.

Statt neue Volksschulen zu bauen, werden die letzten Lehrer als unzuverlässige Elemente vom Lande vertrieben, die letzten Schulen geschlossen.

Und statt den Bauern Produktionsmittel zu bringen, verwendet der Staat seine Mittel darauf, jeden Bauernhof niederzubrennen, dessen Besitzer sich unzufrieden zeigt, die Bauern von Haus und Hof zu treiben, sie in Bettler zu verwandeln oder in Räuber, die sich gedrängt sehen, aus der Brandstiftung vor Gutsbesitzern und Postkassen ihren Unterhalt zu ziehen.

Das Heer wird immer mehr die einzige Stütze dieses Regimes. Da aber auch die Armee unzuverlässig wird, darf nichts gespart werden, ihr Wohlwollen zu erkaufen. Die Ausgaben für die Armee wachsen und die Freiheit in der Armee nimmt zu — augenblicklich so ziemlich die einzige Freiheit, die in Russland gedeiht.

Der Absolutismus des Zaren hat tatsächlich aufgehört. Die russische Regierung mußte in den letzten Monaten wenigstens einem Teile ihres Volkes Freiheit geben — aber sie hatte die Wahl, welchem Teile sie diese geben sollte. Die Wahl fiel ihr nicht schwer: Sie verlieh sie jenen Klassen, die ihr am nächsten stehen, Fleisch von ihrem Fleische sind. Auf keinen Fall den intelligenten, arbeitenden Klassen und auf keinen Fall die Freiheit, sich zu organisieren, um neue Grundlagen des Staates zu schaffen.

Natürlich kümmern sich die Vertreter von Besitz und Bildung einen Pfifferling um die Gemeinheit, die darin liegt, ein derartiges Regime zu unterstützen. Aber sie sollten doch mindestens so viel Größe im Kopfe haben, um zu erkennen, daß mit solchen Methoden eine kranke Volkswirtschaft nicht geheilt, sondern nur noch rascher ihrem Ruin entgegengetrieben werden kann!

Bedeutet aber der jetzige Milliardenpump unzweifelhaft eine Unterstützung der Elemente, die Russland ruinieren, so darf man die Bedeutung dieser Unterstützung doch nicht überschätzen. Es ist ein rechtes Wundergeschäft, das da gemacht wird. Um zweieinviertel Milliarden Frank soll die russische Staatsschuld durch diesen Pump verkehrt werden. Über wieviel wird der russische Staatsschatz erhalten? Wir

haben schon gesehen, daß die Anleihe zu einem Kurse von 88 Proz. ausgegeben wird. Von dem Ertrag müssen wir indes noch die Provisionen und geheimen Bestechungen abrechnen, so daß sicher nicht mehr als 1800 Millionen übrig bleiben. 200 Millionen dieser Summe sollen aber in Russland aufgebracht werden, von den russischen Banken, die selbst mühsam um die Existenz ringen, denen die Regierung längst schon erpreßt hat, was zu erpressen war. Diese 200 Millionen sind sicher nur Schwindel.

So erhält also Russland im besten Falle 1600 Millionen Frank. Binnen wenigen Monaten jedoch werden 400 Millionen, nach anderen Angaben sogar 500 Millionen Rubel, 1000 bis 1300 Millionen Frank, kurzfristige Schatzscheine fällig. Für deren Deckung muß vor allem gesorgt werden, für sie geht der Löwenanteil der großen Anleihe drauf. Da diese Schatzscheine meist in den Händen der hohen Finanz sein dürften, so bedeutet insofern die neue Anleihe in erster Linie eine Rettung aller jener Finanzmagnaten, die sich mit dem Zarismus zu weit eingelassen haben und die nun die Gelegenheit benutzen, ihre Schätze ins Trockene zu bringen, ehe der Sturm losbricht.

Für den russischen Finanzminister bleiben von den zwei Milliarden demnach nur etwa 300 bis 600 Millionen Frank verfügbar, eine Lumperei, wenn man bedenkt, daß derselbe Finanzminister bei höchst optimistischer Aufstellung des Budgets für 1906 ein Defizit von 1300 Millionen Frank zugeben mußte. Der Riesenpump reicht also nicht einmal hin, das Defizit dieses Jahres zu decken; er bedeutet Russland gegenüber nichts als ein Trinkgeld für die Banditen, die das unglückliche Reich plündern und verwüsten, eine zarte Aufmunterung durch Besitz und Bildung Westeuropas, in diesem erhabenen Geschäft noch eine Zeitlang fortzufahren. Die Verschleuderung der Reste des Goldschates und die Rentenpresse können dann noch eine Weile helfen, eine schwindelhafte Hochstaplerexistenz fortzuführen, aber das bedeutet nichts als die völlige Verwirrung des Geldwesens, also ein weiteres Mittel, die Verwüstung und Ruinierung der russischen Volkswirtschaft aufs höchste steigern.

Man sieht, je länger es diesem Regime mit Hilfe Westeuropas möglich gemacht wird, sich über Wasser zu halten, desto grauenhafter muß der schließliche Zusammenbruch, nicht bloß des Staates, sondern der gesamten russischen Volkswirtschaft werden. Desto dringender wird deren Organismus dann zu seiner Wiederherstellung der einschneidendsten Gewaltmaßnahmen bedürfen, rücksichtslosester Konfiskation alles großen Grundbesitzes, aller kapitalistischen Monopole — Eisenbahnen, Bergwerke, Petroleumquellen —, um wieder leistungsfähig zu werden, was auch wieder zum Teil auf Kosten des ausländischen Kapitals vor sich gehen wird.

Diese Wahrscheinlichkeit rückt um so näher, je länger das westeuropäische Kapital den russischen Absolutismus stützt. Vor zwei Jahren wäre es vielleicht noch möglich gewesen, durch energische Pression der französischen Republik und ihrer Finanzleute, ein liberales Regime in Russland herbeizuführen, das eine allmähliche Regeneration Russlands auf kapitalistischer Basis anbahnte. Je länger dagegen die heutige Wirtschaft dauert, desto mehr stürzt sie Russland in ein Chaos, aus dem es nur durch ein Regime gerettet werden kann, das frei ist von allen Rücksichten gegen das kapitalistische Eigentum. Noch kein sozialistisches Regime, das kann in Russland nicht früher ausgerichtet werden als in Westeuropa, aber ein Regime, das seinen Tendenzen nach manche Ähnlichkeit mit dem der Jakobiner der großen Revolution haben dürfte.

Diese Erwartung ist nicht ein Produkt frommer Wünsche — wenn wir uns von Wünschen leiten ließen, könnten wir besseres wünschen als diese Art Entwidlung, die für das russische Volk Jahre fürchterlichsten Elends, gräßlichster Zerrüttung bedeutet und unsere Partei vor die riesenhaftesten und widerspruchsvollsten Aufgaben stellt, wobei dieselbe Entwicklung gleichzeitig die Mittel zur Lösung dieser Aufgaben aufs ärgste verflümmert. Die russische Sozialdemokratie hätte inmitten grünelvoller Anarchie ein zwar heldenmütiges und begabtes, aber unwissendes und unerfahrenes Proletariat zu organisieren und gleichzeitig auf eine höchst rückständige gewaltige Bauernmasse einzuwirken, zur Lösung von Aufgaben, an denen alle anderen Parteien und Schichten scheitern, zur Neubegründung einer bürgerlichen Ordnung, der dasselbe Proletariat, das sie erringen soll, von vornherein kritisch gegenübersehen muß. Das ist eine Situation, weit schwieriger und verworrener als die der Jakobiner in der großen Revolution, und wir hoffen, es wird unserer Partei erpart bleiben, sich in dieser Situation anders wie als Kriechkraft, die von unten wirkt, betätigen zu müssen. Auf jeden Fall ist die Erbschaft eines völlig desorganisierten und bankrotten Volkes — vom Volke, nicht vom Staate reden wir hier — nicht so verlockend, daß wir sie zu wünschen hätten.

Wenn wir erwarten, daß sich die Dinge so gestalten, wie wir eben dargelegt, so rührt dies also nicht daher, daß wir diesen Entwicklungsgang wünschten. Das wünschenswerteste im Interesse aller Beteiligten wäre der rascheste Umsturz des

Zarismus durch eine Volkserhebung und seine Ersetzung durch ein friedliches, demokratisches Regime. Aber schon dünkt es uns zu spät, als könnte diese Prozedur, auch wenn sie gelänge, noch dem Bankrott des Volkes vorbeugen, der ökonomische Ruin und das Chaos scheinen unausbleiblich. Dies wird aber um so ärger werden, je länger noch der Absolutismus die Macht hat — nicht mehr zu regieren, das vermag er nicht mehr — aber das Land zu verwüsten und das Aufkommen jeder demokratischen Organisation, jeder geordneten Selbstverwaltung zu verhindern.

Je kolossaler aber der schließliche Zusammenbruch, desto gewaltiger müssen seine Rückwirkungen auf ganz Europa sein. Eben hat das russische Trauerpiel erst begonnen und schon findet es mächtigen Widerhall in Europa — in Oesterreich-Ungarn die Wahlrechtsbewegung, in England das Aufkommen der Arbeiterpartei, die erbitterten gewerkschaftlichen Kämpfe in Frankreich; das alles legt Zeugnis ab von einer Erregung der proletarischen Massen, wie sie seit langem nicht dagewesen.

Nun denke man sich in dieser fieberhaften Atmosphäre einen Krach, der in Frankreich allein mehr als 10 Milliarden mit einemmal vernichtet, einen Krach, hervorgerufen durch die hohe Finanz und deren gehorsame Lakaien in der Presse, den Parlamenten und Regierungen! Und darauf folgend eine Situation, die zur Konfiskation der großen Monopole in Russland führt! Da dürfte es auch gar manchem kapitalistischen Monopol, gar mancher kapitalistischen Regierung in Westeuropa an den Kragen gehen. Und die steigende Flut wird dann wohl auch hoch genug anschwellen, in Deutschland das Junker- und Monopolistenregime hinwegzuschwemmen und dessen Zwingsburgen in den Landtagen niederzuwerfen.

So mögen denn Besitz und Bildung in Westeuropa sich noch weiterhin dazu drängen, das russische Nordbrennertum mit ihren Milliarden zu stützen. Sie haben ihren Lohn dahin!

Die Revolution in Russland.

Zur Ermordung Abramows.

Die russische reaktionäre Presse ist buchstäblich aus dem Häuschen geraten über die an dem Offizier Abramow, dem niederrangigen Feiniger der Spiridonowa, vollzogene Exekution und wehklagt in ihrem läßlichen Eifer über die im Golle eingetretene Verwilderung der Sitten. Diese Exekution war umso mehr am Plage, als trotz aller in der ganzen europäischen Presse erhobenen Proteste Abramow nicht nur der strafenden Remeis überhört wurde, sondern ungeniert weiter in Amt und Würden verblieb, damit er mit den ihm untergebenen Kosaken die patriotischen Taten auf dem Gebiete des Totschlages und der Tortur fortsetzen könne.

Damit sich auch minder eingeweihte deutsche Kreise einen auch nur annähernden Begriff über die altentwöhnt beglaubigte Tätigkeit des „Opfers der Revolution“ Abramow und der Persönlichkeit der zum Tode durch Erhängen verurteilten und zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit begnadigten „Verbrecherin“ Spiridonowa machen können, zitieren wir hier die Rede des Verteidigers ex officio, des Kosakenrittmeisters Filimonow, welche laut dem Bericht der juristischen Fachzeitung „Pravo“ („Das Recht“) folgenden Wortlaut hatte:

„Die Verteidigung der Angeklagten wird mein erfahrener und talentvoller Kollege Lesenko führen. Ich dagegen will mein Recht als Verteidiger dazu benutzen, um meinen Gedanken auszusprechen, welcher mich seit Beginn der Sitzung völlig beherrscht.“

Ich bin zum erstenmal auf einem derartigen Prozeß zugegen und kann die ungewöhnlichen Umstände, unter denen er sich abspielt, nicht abschütteln. Auf der einen Seite sehe ich eine glänzende Versammlung von Offizieren, welche zusammengetreten ist, um nach Ausnahmegesetzen eine politische Verbrecherin zu richten. Auf der anderen Seite erblicke ich ein schwaches, gequältes, kaum volljähriges Mädchen, fast noch ein Kind, das eines Verbrechens angeklagt worden ist, auf welchem der Tod steht. Von der einen Seite hörte ich die leidenschaftliche, rauhe Anklage, welche Verurteilung und Bestrafung forderte, von der anderen erreichte das heiße, aufrichtige Bekenntnis dieses wunderbaren Mädchens mit dem leidenschaftlichen Kopf und einer lebhaften Phantasie das Ohr, welche sich zu fügen, aber nicht zu verwirklichenden Gedanken über das Glück des uns allen teuren Volkes verleitete ließ. Wir haben mit Entsetzen und Zittern ihrer Erzählung über die gottlosen und unmenschlichen Folterungen während ihrer Gefangenschaft gelauscht, welche in dem ausgenommenen medizinischen Bericht ihre volle Bestätigung finden. Wir haben schließlich das Urteil des Arztes der Spezialeise gehört, welcher bestätigt, daß ihr junger Organismus von einem unheilbaren Leiden befallen ist, welcher dem zarten Alter der Angeklagten besonders gefährlich werden muß.

Meine Herren Richter, ich sowohl wie Sie sind in der Mitte des Militärs groß geworden, welches sein ganzes Leben dem Kriegshandwerk geweiht hat. Sie alle sind in der Erkenntnis erzogen, dem Tode gerade und lähn in die Augen zu blicken oder ihn im Falle der Notwendigkeit einem anderen zuzufügen. Aber ich sowohl wie auch Sie wissen es genau, daß der Akt eines ehrlichen Kriegers selbst in heftigster Schlacht und in Kampfeshut sich nie gegen eine Frau erheben wird. Wir wissen, daß eine Militärperson keine Frauen tötet. Aus diesem Grunde blicke ich Ihnen mit Unruhe und Zittern ins Gesicht, um auf demselben Ihre Absicht zu lesen.



**Ich will es glauben und glaube es, daß Ihre Hände, welche dazu bestimmt sind, in offenem, ehrlichem Kampfe den Schlag zu führen, das Todesurteil dieses jungen Mädchens nicht unterschreiben werden. Ich glaube, daß Sie einen gesetzlichen Ausweg aus Ihrer schweren und traurigen Lage finden werden. Diesen Ausweg wird Ihnen Ihr Gewissen zeigen; auch das Gesetz enthält Hinweise auf denselben.**

**Ich aber erlaube mir, mich an Sie, als meine Waffenbrüder, mit der heißen Bitte zu wenden: vergeht nicht, wenn Ihr das Urteil unterschreibt, daß Krieger keine Frauen töten!**

Die „ehrliehen“ Krieger gingen ins Beratunqszimmer und fanden den Ausweg aus der „schweren Lage“, indem sie „das wunderbare Mädchen mit dem leidenschaftlichen Kopf, welches sich vom süßen Gedanken über das Glück des neueren Volkes verleiten ließ“, zum Tode durch den Strang verurteilten.

Aber auch die Bureaukratie fand einen Ausweg aus ihrer „schweren Lage“, indem sie den braven Rittmeister Filimonow, welcher für seine im letzten ostasiatischen Kriege bewiesene Tapferkeit mehrfach ausgezeichnet wurde, in ein Linienregiment strafversetzte!

Und da lamentiert die obskure russische und baltisch-deutsche Presse über moralische Entartung der Bevölkerung durch die Revolution!

### Die neue „Verfassung“.

Dem „Tag“ wird folgender Auszug aus den für „unantastbar erklärten Normen“ der neuen Verfassung mitgeteilt, durch die der im nächsten Monat zusammentretenden Duma die dem Absolutismus nötig erscheinenden Schranken gezogen werden sollen. Die Verfassung soll danach diese Grundsätze enthalten:

Der Zar ist Selbstherrscher; er ernennt den Präsidenten des Ministeriums, die Minister und die Leiter der einzelnen Abteilungen. Ebenso steht ihm das Entlassungsrecht sowie die Fixierung der Gehälter, Pensionen und Unterstügungen zu. Jeder russische Untertan hat das Recht, sich frei seinen Wohnort zu wählen. Wegen Vergehen kann er nur auf dem Rechtsweg verfolgt, mithin auch nur auf Grund eines gesetzlichen Haftbefehls verhaftet werden. Den russischen Untertanen ist es gestattet, Versammlungen abzuhalten, in denen keine regierungsföndlichen Ziele verfolgt werden. Kein neues Gesetz ist gültig ohne die Genehmigung des Reichsrats und der Reichsduma und ohne Bestätigung durch den Zar. Wenn während der Zeit des Schließes der Reichsduma wichtige gesetzliche Beschlüsse erlassen werden müssen, ruft das Ministerium die Entscheidung des Zaren an, doch muß dieses Vorgehen vor der Reichsduma verantwortet werden, und zwar innerhalb der ersten zwei Monate nach der Wiederaufnahme der Sitzungen der Reichsduma. Reichsrat und Reichsduma müssen alljährlich vom Zaren einberufen und geschlossen werden.

Man sieht, daß der Absolutismus alle seine Rechte aufrecht erhalten will, so daß die Duma höchstens reden und respektieren, aber nichts bestimmen darf! Ebensovienig ist von einem Schutz der bürgerlichen Freiheiten die Rede — die Versammlungsfreiheit existiert nur für die Kreaturen des Absolutismus!

### Zehn politische Gefangene befreit.

Warschau, 21. April. Heute nacht kam im Hauptgefängnis Pawial in der Dzielnastraße ein vermeintlicher Gendarmesoffizier mit sechs Polizisten an und händigte dem Gefängnischef einen versiegelten Befehl mit der Unterschrift des Oberpolizeimeisters aus, durch den die Auslieferung von zehn politischen Hauptverbrechern der revolutionären Kampfpartei angeordnet wurde. Da der Befehl authentisch schien, wurden die zehn Männer ausgeliefert und bestiegen eine Kesselkutsche. Unterwegs wurde der Kutscher durch die „Polizisten“ chloroformiert und unschädlich gemacht. Die Kutsche richtete ihre Fahrt nach dem großen Gartenviertel, wo sie früh mit Pferden, Sädeln und Polizeiformen aufgefunden wurde. Die Polizisten und der Offizier sind mit den Revolutionären spurlos verschwunden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April.

### Rehr' wieder!

Die Diätenvorlage hat nicht die gewünschte Anziehungskraft für die Abgeordneten gehabt — der Reichstag war heute, am ersten Tage seines Zusammentritts nach den Ferien, sehr schwach besetzt. Auch die Tagesordnung für die heutige Sitzung hatte das Interesse der Herren Volksvertreter nicht gereizt, der Präsident, der die sehr vereinzelt Wiederkehr der Abgeordneten nach den Ferientagen kennt, hatte Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt, die geringe oder keine Ansehung erfahren. Und so wickelte sich der Geschäftsgang in entsprechend monotoner Weise ab.

Die dritte Beratung der Gesetzentwürfe über die Entlastung des Reichsinvalidenfonds und über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen, sowie über die Naturalleistungen für die benachteiligten im Frieden wurden debattellös nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Nur bei dem Gesetzentwurf über den Servistarif konnte es sich der Abgeordnete Müller-Sagan nicht verkneifen, einige höhnische Worte über die Niedrigkeit der Diätenvorlage zu sagen, weil mit ihr nicht die freie Eisenbahnfahrt durchs ganze Reich verbunden ist, die es den Abgeordneten erst ermöglicht, sich über die im Parlament zur Sprache gelangenden Angelegenheiten an Ort und Stelle zu informieren.

Nach diesen schnell erledigten Sachen gelangten noch 30 Berichte über verschiedene Petitionen zur Verhandlung, von denen eine für die Gemeinde Bishheim (Elsah) Beihilfe aus Reichsmitteln verlangt, weil diese Gemeinde sich durch Anlegung von gewerbesteuerfreien Betriebswerkstätten für die Reichseisenbahnen geschädigt sieht; sie wurde an die Kommission zurückverwiesen, weil noch weiteres Material zugunsten des Verlangens der Petition in Aussicht gestellt ist.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Mittwoch: Erste Lesung einer Anzahl kleiner Gesetzentwürfe.

### Die Reichstagswahlwahl in Darmstadt-Großgerau.

Am Mittwoch findet in diesem heftigen Wahlkreise, dessen Mandat durch den Rücktritt des Genossen Cramer erledigt wurde, die Nachwahl statt. Ein heftiger Wahlsfeldzug ist zu Ende. Die bürgerlichen Parteien glauben günstige Chancen zu haben, sie vermehren, die Affäre Cramer werde Bestimmungen im Lager der Sozialdemokratie erzeugt haben, die ihre Lage verschlechtern würde. So stürzten sich denn Nationalliberale und Freisinnige mit wütendem Eifer auf den Wahlkreis. Der bekannte Reichsverband für Sozialistenerkennung bot mit gewohnter Unparteilichkeit beiden seine Hilfe an — die Freisinnigen indes — sie haben ehemalige Nationalsozialisten unter sich und ihr Kandidat ist ein Raumannaner — hatten noch fobiel Keilheitsgefühl, den kompromittierten Helfer abzuweisen. Die Nationalliberalen aber empfingen ihn mit offenen Armen. Sie konnten das auch mit vollem Recht, denn ihre

Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ebenso geistlos und verlogen, wie die des Reichsverbandes. Sie haben den Wahlkampf in einer Weise geführt, der sich wie blinder Hohn auf ihren Ausspruch ausnimmt, als Partei des Besitzes auch die der Bildung zu sein. Die Taktik ging dahin, durch verlogene, gehässige Angriffe auf die Sozialdemokratie die sozialdemokratischen Versammlungsbefucher zu Zwischenschritten zu reizen, die ihnen dann als Beweis für „sozialdemokratischen Terrorismus“ dienten und ihren Kadäufolonnen Anlaß gaben, handgreiflich zu werden. Die auf den Mann dreifachten Prügelhelden und Kauschweizer haben ihren Eifer aber dann schließlich so wenig mehr zu zügeln vermocht, daß sie sich auch an bürgerlichen Gegnern vergreifen, auf deren Hüfte die Nationalliberalen bei der Stichwahl, auf die sie brünstig hoffen, angewiesen wären. In einer nationalliberalen Versammlung, die vorige Woche in Darmstadt tagte, wurde der Parteisekretär des liberalen Vereins, der 53-jährige Herr Haupt, als er zum Vorstandssitz eilte, um das Wort zur Geschäftsordnung zu erbitten, von den in der Nähe des Vorstandstisches gruppierten Nationalliberalen gepackt, zu Boden geworfen, und als er sich erhoben hatte, von einer ganzen Anzahl solcher Helden nach der Tür gedrängt. Und das alles vollzog sich unter Absingen des Liedes: „Deutschland, Deutschland, über alles“.

Unser Offenbacher Parteiblatt, das „Offenbacher Abendblatt“, das diese Sorte nationalliberaler Wahlagitatoren aus eigener Erfahrung kennt — der nationalliberale Hauptagitator Dr. Beder ist der Abgeordnete für Offenbach — beurteilte die nationalliberalen Versammlungstunmülte zutreffend, wie folgt:

„Man kann im Wahlkampfe viel entschuldigen, über Ausbrüche des Unwillens, selbst wenn sie heftige Formen annehmen, werden nur Anstandsbedenken stehen. Aber was in Darmstadt-Großgerau vorgeht, das ist kaltblütig herbeigeführt. Da soll die nicht „ordnungstreue“ Wählerchaft provoziert werden, es soll zu Tumult kommen, damit die nationalliberalen Helden über Terrorismus lächeln und so die Ordnungsbefehle entsetzen können. Ein Mittelchen, abgekudt der „Staatsmannshut“ politischer Fälscher. Diesmal aber dürfte der Coup vorbeigelingen: die Regisseure der Komödie haben die Drähte verwickelt, ihre Puppen rannten wider Leute, auf deren Hüfte die Nationalliberalen angewiesen sind, falls es zur Stich-

wahl nicht, wie die Sozialdemokratie, damit rechnen können, die Mandate von ihren Wählern auf Grund der vorhandenen und weiter fortbestehenden gemeinsamen Klasseninteressen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu erhalten. Das Wahlgeld der Sozialdemokratie wird niemals in so erheblichem Maße wie das der anderen Parteien davon abhängig sein, wie die Wahlsparole heißt. Von der Sozialdemokratie ist allgemein bekannt, daß sie nicht dem Phantome einer Verdrängung der gegensätzlichen Interessen innerhalb der Bevölkerung nachjagt; daß sie sich nicht einredet, eine Politik treiben zu können, die „objektiv“ über den Klasseninteressen stehen will. Von ihr weiß jedermann und sie selbst am allerbesten, daß sie in allererster Linie als die Vertreterin der arbeitenden Klasse auftritt und ihre ganze Kraft innerhalb der gesetzgebenden Körperschaft den Interessen dieser Klasse dienstbar macht. Nur politisch kurzfristige Leute können aber daraus den Vorwurf der Verfolgung egoistischer Sonderinteressen gegen sie erheben. Ist doch die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land das Fundament des ganzen Wirtschaftsgebäudes, und wer dieses Fundament karrt und tragfähiger macht, der trägt zur Konsolidierung des Staatsganzen weit mehr bei als mancher andere, der sich wer weiß wie „staaterhaltend“ dünkt und von seiner hohen Warte auf die „Klassenbestrebungen“ der Sozialdemokratie mit verächtlichem Raufkopfen herabschaut.

Werden die Mittelparteien, Nationalliberale wie Volkspartei, auf der einen Seite von der Sozialdemokratie hart bedrängt, so tritt ihnen auf der anderen Seite in derber Draufgängermanier die Agitation des Bauernbundes in den Weg. An dem Ausblühen der Bauernbundesbewegung und ihren immer größer werdenden Ansprüchen in Bezug auf Mandate sind die Mittelparteien selbst schuld. Sie überboten sich bei den Wahlen in Versprechungen, die sie der agrarisch gefäimten Bevölkerung machten, und besonders die Nationalliberalen waren um deren Gunst, indem sie mit Voldampf in die Hochschulpolitik hineinführen. Jetzt erleben wir es nun, daß ihnen all diese Preisgabe der früher hochgehaltenen wirtschaftspolitischen Grundsätze gar nichts genügt hat. Der Bauernbund, dem sie durch ihr Gegenkommen in der Zollpolitik den Wind aus den Segeln nehmen wollten, stellt immer weitergehende Forderungen, die sich vor allem auch auf die Abtretung von parlamentarischen Mandaten beziehen.

Ein treffliches Beispiel dafür, daß der Bauernbund, den man großpöppelte, weil man von ihm eine Schutzwehr gegen Zentrum und Demokratie andererseits glauben zu dürfen, der nationalliberalen Ziehmutter Angst und Schreden einzusößen beginnt, ist der Landtagswahlbezirk Marbach, in dem am kommenden Mittwoch eine Nachwahl stattfindet. Den Bezirk vertrat bis jetzt ein Landwirt, der Hospitant bei der Volkspartei war. Die letztere verzichtete jedoch auf die Auffstellung eines eigenen Parteikandidaten zugunsten eines der Nationalliberalen nohestehenden Mannes. Es geschah dies wohl in der Annahme, daß damit der Agitation des Bauernbundes besser begegnet werden könne, andererseits aber wohl auch, um sich bei den Nationalliberalen für die Abtretung des bisher ihnen gehörigen Wahlkreises Zutlingen an die Volkspartei zu rehandieren. Das Charakteristische ist nun, daß die Bauernbündler ein Wutgeheul über dieses gegen sie gerichtete Zusammengehen der beiden liberalen Gruppen anstimmten. Sie verlangten allen Ernstes, daß die Nationalliberalen ihnen nicht in den Weg treten und fügten sich darauf, daß Marbach ein Teil des Reichstagswahlkreises ist, in dem der nationalliberale Prof. Hieber mit bauernbündlerischer Hilfe gegen den Sozialdemokraten gewählt wurde. Für diesmal haben sie aber mit ihrer Drohung, dem Prof. Hieber das nächste Mal einen eigenen Kandidaten entgegenzusetzen, die beabsichtigte Wirkung des nationalliberalen Verzichts auf das Landtagsmandat noch nicht erreicht.

In gleicher Art wie hier entwickelten sich die Dinge in allen ländlichen Wahlkreisen und es offenbart sich dann überall die gleiche Verlegenheit der bürgerlichen Mittelparteien, die politisch am Ende ihres Lateins sind. Stets bereit, über das Verlassen des idealen Moments in der Politik zu jammern und das Betonen der materiellen Interessen zu beklagen, vermögen sie Mandate und politischen Einfluß sich doch nur durch Preisgabe der eigenen Ideale und durch Konzessionen an die materiellen Interessen der hinter ihnen stehenden Bevölkerungsklassen zu erhalten. Aber auch das genügt nicht auf die Dauer, da sie in ihren Versprechungen an die Wähler nie so weit gehen können wie die Mittelständler in der Stadt und die Bauernbündler auf dem Lande. Mit dem Einhalten der „mittleren Linie“, dem Versuch des Ausgleichs und der „Verdrängung“ der verschiedenen Klasseninteressen ist aber heute nichts mehr zu machen.

Ähnlich wie im Marbacher Bezirk sind die Verhältnisse im Landtagswahlkreis Böblingen, der bisher demokratisch vertreten war. Der Demokrat hat bei der letzten Wahl mit sozialdemokratischer Hilfe gesiegt. Die Nachwahl findet erst im Mai statt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diesmal die Sozialdemokratie mit dem Bauernbund in Stichwahl kommt.

Der dritte Bezirk, der eine Nachwahl zu vollziehen hat, ist die „gute Stadt“ Ellwangen. Sie hat verfassungsgemäß das Vorecht eines eigenen Abgeordneten, obgleich nur ein paar Hundert Wähler im Städtchen wohnen. Der Kreis ist sicherer Bestand des Zentrums. Die Wahl findet bereits am Mittwoch statt. Die liberalen Parteien, so viel sonst in ihrer Presse von der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Zentrum und von der schmerzlichen Gefahr geschwafelt wird, haben auf jeden Versuch, dem Zentrum Votum abzugewinnen, verzichtet. Die Sozialdemokratie hat jedoch einen Kandidaten aufgestellt und auch an Agitation getan, was auf so steinigem Boden möglich ist.

### Außen hui — innen psni!

Eine tragikomische Geschichte läuft seit einigen Tagen durch den deutschen Freisinnswald: Für den Umbau des Berliner Schauspielhauses waren vom preussischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1904 1 850 000 M. bewilligt worden. Man kam aber mit dem Einmühen von beinahe 2 Millionen nicht aus, sondern verpulverte ungefähr 3 Millionen für die Akademie. Das ist in Preußen weder neu noch aufregend. Die Geschichte wird erst erwähnenswert durch die Begleitumstände der Kostenüberberichtigung. Als es sich nämlich darum handelte, dem preussischen Abgeordnetenhaus durch Wort und Schrift die nachträgliche Mehrforderung mündgerecht zu machen, da fabulierte der Leiter des Umbaus, Geh. Hofbaurat Genzmer, von unworhergeheuer mangelhafter Beschaffenheit des Hauses, von Wassrandrang und dergleichen mehr. Wie sich nun dieser Tage herausgestellt hat, liegt die Sache in Wirklichkeit ganz, ganz anders.

Am 22. März 1905 dampfte Wilhelm II. nach dem Mittelländischen Meere ab. Tags zuvor, am 21. März 1905, sollte das Schauspielhaus auf jeden Fall eröffnet werden. So hatte es der Kaiser, wohl auf Anregung von anderer Seite, verlangt. Und so wurde denn mit höchstem Hochdruck gearbeitet: Tag und Nacht, in der Woche, am Sonntag, am Vet- und Bußtag. Aber alles nützte nichts, der Umbau konnte auf keinen Fall bis zum 21. März 1905 fertiggestellt werden. Man sollte meinen, es hätte sich unter diesen Umständen ein „nutziger“ Mann finden müssen, der es wagte,

## Eine glänzende Maifeier

rüstet das Proletariat.

Aus allen Teilen Deutschlands laufen Meldungen ein, die da zeigen, daß die

### Arbeitsruhe

gegen das Vorjahr große Fortschritte machen wird.

Jeder Proletarier tue das Seine dazu, daß die Fortschritte gewaltig werden.

### Neuen Inhalt

hat dieses Jahr die Maifeier gewonnen. Nicht nur für

### Achtstundentag,

für

### Arbeiterschuh,

für

### Völkerrfrieden

demonstrieren wir dies Jahr!

Die Maifeier 1906 ist dem Proletariat Norddeutschlands vor allem auch

## Wahlrechtsdemonstration!

Proletarier, tut das Eure, daß die Kundgebung des 1. Mai groß und erhebend werde!

wahl kommt. Nicht handelt und hinausgeworfen — welche erbärmlichen Teufel mächten die Freisinnigen und Nationalliberalen sein, wenn sie nach solcher Behandlung noch den nationalliberalen Helden Beistand leisteten!

Unsere Genossen haben tapfer und unermüdet gearbeitet und sind guten Mutes. Ihr Kandidat ist Genosse Vertbold-Darmstadt, Abgeordneter für den heftigen Landtag.

Das Stimmenverhältnis der Hauptwahl 1903 war folgendes: Cramer (Soz.) 14 144, Dr. Stein (natl.) 8659, Dr. Harnack (fr. Sp.) 1997, Dr. Schmidt (Z.) 900, v. Kläden (Vd. d. Ldw.) 1845, zerplittert 4.

### Nachwahlen zum württembergischen Landtage.

Stuttgart, 23. April 1906. (Eig. Ver.)

Drei württembergische Landtagswahlkreise stehen infolge des Todes ihrer Abgeordneten vor der Notwendigkeit der Neuwahl. Der Landtag wird zwar nur noch kurze Lebensdauer haben, aber verschiedene wichtige Aufgaben hat er doch noch zu erledigen. Die Gemeindeverwaltungreform ist von der Kammer der Standesherrn in entscheidenden Punkten abgeändert worden, und die Zweite Kammer wird zu diesen Abänderungen Stellung nehmen müssen. Ob das Gesetz schließlich zustande kommt oder am Ende ebenso wie die Schulreform von der Oberkammer vereitelt wird, steht noch dahin. Vor allem steht aber noch die Entscheidung über die Verfassungsrevision an. Die Vorlage wird gegenwärtig von der Kommission der Ersten Kammer beraten. Welche Gestalt sie haben wird, wenn die Eblen und Erlauchten Herren ihr Werk vollendet haben, weiß man nicht. Vermutlich werden sie die Gleichstellung der Ersten Kammer mit der Zweiten in der Frage der Budgetbewilligung verlangen. Dann ist die Reform als gescheitert anzusehen. Auch dürften sie wohl dem Erfay der aus der Zweiten Kammer ausscheidenden Privilegierten durch Abgeordnete, die auf dem Wege des Landesproporges mittels des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt werden, ablehnend gegenüberstehen. In diesem Falle wäre gleichfalls eine Einigung beider Kammern so gut wie ausgeschlossen. Die noch anstehende Tagung des württembergischen Landtages ist daher politisch sehr bedeutungsvoll und von ihrem Ausgang wird es abhängen, unter welcher Wahlsparole sich die im Spätjahr fälligen allgemeinen Neuwahlen vollziehen.

Gegenwärtig ist die politische Lage in der Landespolitik und das Verhältnis der Parteien zu einander noch sehr wenig geklärt. Die Ungewißheit in Sachen der Verfassungsrevision wirkt lähmend auf die Aktionskraft der Parteien, vor allem aber derjenigen Parteien,



Der Wilhelm II. hinzutreten und zu sagen: „Rajestat! Es ist unmöglich!“ Weit gefehlt! Der Furcht vor der kaiserlichen Ungnade wagte sich keiner, keiner auszusprechen!

Da kam der Intendant Herr v. Hülsen — ob höchstgenüßig oder auf Anregung von anderer Seite hin, das wissen wir nicht — auf eine „geniale“ Idee: Er ließ das Schauspielhaus provisorisch fertigstellen! Was heißt das? Alle Arbeiten, zu deren regulärer Vollendung die Zeit nicht ausreichte, wurden einstweilen in Zalmi ausgeführt! Statt echten Marmors, statt echter Bronze usw. nahm man Stuck, den man provisorisch anklebte und mit Similifarben überfachte, vergoldete, mit Stoffen und Draperien überspannte! Nachher wurde die ganze umechte „Herlichkeit“ wieder zertrümmert, abgelöst, zerrissen, und nun ging man endlich an die solide Ausführung. Kein Wunder, daß die tragikomische Potemkin-Geschichte ins Geld lief und schließlich doppelt so viel verschlang, als Preußens Abgeordneten bewilligt hatten.

Wie gesagt, die „freisinnigen“ Zeitungen stimmen ein lautes Lamento an über die allerdings in ihren letzten Ausläufern geradezu skandalöse Angelegenheit. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“ einen seiner Artikel über die Tragikomödie des Umbaus mit folgenden mannhaften Worten, die sie ihrer liberalen Selbstenbrust entströmen läßt:

„... Wie die Dinge sich nachträglich gestaltet haben, bleibt dem Landtag gar kein anderer Ausweg übrig, als im Wege einer Interpellation an den Finanzminister auf endgültige Klärung dieser mehr als sonderbaren Angelegenheit des Schauspielhauses zu dringen. Aber auch dieser Fall zeigt wieder einmal so recht deutlich, wie sehr berechtigt unsere Auffassung war, der wir in unserem Vertriebsartikel „Konstitutionelle Unstimmigkeiten“ in der Abendausgabe vom 21. d. M. Ausdruck gegeben haben. Für gewisse Kategorien von Behörden und Verwaltungen, namentlich für diejenigen, die mehr oder weniger mit „höflichen“ Aufgaben betraut sind, hat sich das konstitutionelle Wesen noch immer keine rechte innerliche Anerkennung erworben. Für diese Verwaltungsgruppe ist die Verfassung so recht eigentlich noch gar nicht vorhanden! Diesen Herren muß inoffiziell nachgerade gründlich klargemacht werden, daß das absolute Königtum in Preußen seit dem Jahre 1848 nicht mehr existiert und daß die preussische Volksvertretung nicht dazu da ist, um von irgendwem im Lande genötigt zu werden!

Hier muß einmal gründlich Wandel geschaffen werden, und je eher, je besser!

Wie energisch das Hinat! Ungefähr so energisch wie die bekannten freisinnigen Serenitaden, wenn im Reiche der Etat überdritten worden ist. Dann lesen wir von ähnlichen „konstitutionellen“ Blähungen bei Roffe, Mafstein usw. Flüstert dann aber Bülow oder sein Stellvertreter im Reichstage das Wortlein „Zudemitt!“ — so ist alles vergeben und vergessen, und die Freisinnigkeit beruhigt sich bis zur nächsten Verlesung der „Konstitution“, wo dann dieselbe Pöffe aufgeführt wird.

Weil dem bekanntermaßen so ist, können wir die Aufregung über die Schauspielhaus-Tragikomödie nicht ernst nehmen. Uns ist sie ein Symbol für unsere preussisch-deutsche Similipolitik, unsere preussische, unsere deutsche Zalmikonstitution überhaupt, die von weitem bisweilen ganz nett aussehen, denen man aber in der Nähe ihr Zalmigepräge mit Leichtigkeit anmerkt.

Außen hui — innen psui! —

## Deutsches Reich.

### Die abgehauene Hand.

Schamhaft hatte der Breslauer Polizeibericht in seiner Darstellung der Straßenschlacht zu Breslau gemeldet: „Am schwersten verwundet ist ein Arbeiter, dem durch einen unglücklichen Zufall die linke Hand abgehauen wurde...“

Durch einen unglücklichen Zufall! So steht's im Polizeibericht. Wie dieser „unglückliche Zufall“ ansah, das zeigen die beiden folgenden Meldungen.

Der „Breslauer Generalanzeiger“ berichtete:

„Daß einer Person die linke Hand abgehauen ist, teilten wir gestern schon mit. Es geschah dies im Hause Hildebrandstr. 25. Der Vierfäßer Vieswald, der in diesem Hause bei einer Frau Bradile wohnt, hatte vor der Tür gestanden und eilte vor der eindringenden Polizei die Treppe hinauf. Etwa auf der Hälfte der zum ersten Stoß führenden Treppe erreichte ihn der nachfolgende Schußmann und schlug ihm mit einem gewaltigen Säbelhieb die linke, das Treppengeländer umfassende Hand glatt ab. Das Gerücht, daß Vieswald infolge der Verletzung gestorben sei, bewahrheitet sich nicht.“

Der „Volkswacht“ wurde geschrieben:

Das tragische Schicksal des Vierfäßers Franz Vieswald, welchem die linke Hand glatt abgehauen wurde, hat mich und meine Familie in große Erregung gebracht, weil uns derselbe bekannt ist. In diesem Falle muß man es laut betonen, daß hier sehr edles und wertvolles Arbeiterblut vergossen wurde, denn Vieswald ist ein wohlhabender, stets nächster, arbeitsamer und durchaus solider Mensch, der von seinem Arbeitsverdienst bisher Mutter und Geschwister unterstützt hat. Der Sozialdemokratie steht er meines Wissens vollständig fern und seinem Charakter entsprechend hat er sich an den Unruhen beteiligt nicht beteiligt.

Dem Vieswald wurde die Hand abgehauen, nachdem er bereits den ersten Stoß seines Wohnhauses fast erreicht hatte. Wer selbst einmal nach dem Hause Hildebrandstr. 25 hingehet, der wird staunen, welchen Weg der betreffende Schußmann von der Haustür bis dahin erst zurücklegen mußte, ehe er seine brave Tat ausführen konnte. Eine Heldentat sondergleichen.

Das ist der „unglückliche Zufall“ des Breslauer Polizeiberichts. Ein unglücklicher Zufall war's also, daß der Schußmann 145 in einen Handstreich einbrach, die Treppe hinauf stürzte und dort auf einen friedlichen Mann, der sich in seine Wohnung begeben wollte, mit einer Wucht einschlug, daß er ihm die Hand glatt vom Arme trennte. Ein unglücklicher Zufall, daß der Schußmann die Bestimmung verlor, daß er seine Aufgabe, Ruhe zu stiften, vergaß, und glaubte, er sei dazu da, Unbotmäßige zu verhaften. Ein unglücklicher Zufall, daß der Schußmann glaubte, durch das Kommando seiner Vorgesetzten habe er einen Freibrief für sinnlose Brutalitäten erhalten. Ein unglücklicher Zufall, daß er vom Bluteausfluß gepackt wurde und wie ein Verleser wütete gegen seine Volksgenossen!

Ein unglücklicher Zufall? Nein, die natürliche Folge des Systems, das die Polizei zur Schuttruppe der Besthenden macht und sie drückt auf den Kampf gegen die Proletarier. Die Schuld der Vorgesetzten, die das Hinzutreten der Polizisten angefüllt haben mit wüsten Bildern angeblicher sozialdemokratischer Gewaltabsichten und Verworfenheiten!

Diese eine abgeschlagene Hand erhebt eine fürchterliche Anklage gegen die Breslauer Polizei. Sie zeugt in gräßlicher Weise davon, daß die Breslauer Polizei nicht einen Anwalt unterdrückt hat, daß sie sich in wildem, sinnlosen Wüten gegen Wehrlose vergangen hat.

Die aufreizenden Versammlungverbote zu Breslau werden noch aufreizender gestaltet durch die Art und Weise, wie die Polizei für die Befolgung dieser Verbote sorgte. Es fand eine polizeiliche Ab-

sperung des Gewerkschaftshauses statt, die, wie die „Volkswacht“ schreibt, deutlich erkennen ließ, daß es der Polizei um etwas mehr denn um die Verhinderung der Versammlung zu tun war. Praktisch ließ sie wieder, im Gegenlag zu der Absperung der bürgerlichen Säle, auf eine ganz unerhörte pekuniäre Schädigung des Wertes im Gewerkschaftshause hinaus! Nicht genug damit, daß die Polizei das ganze Stadtviertel absperre, so daß überhaupt kein Mensch in das Gastzimmer kommen konnte, ließ sie nicht einmal diejenigen Personen durch, die zu den verschiedenen Krankenkassenstellen im Gewerkschaftshause wollten, obwohl sie sich durch ihre Krankenkassenbuch legitimierten! Die Delegierten einer Konferenz, die im Gewerkschaftshause tagen sollte, mußten unverrichteter Sache abziehen. Ja, selbst die Personen, die im Gewerkschaftshause wohnen, hatten die größten Schwierigkeiten, durch die Schuttmannschaften zu kommen! Deutlich war die Absicht zu erkennen: das Gewerkschaftshaus sollte unter allen Umständen vereinsamt bleiben. Voraussetzlich wird wegen dieser unredlichen Entziehung seiner Gäste der Wert der Anlage auf Schadenersatz stellen, damit endlich einmal die Polizei die Kosten dieser unerhörten Absperungsmantel zu tragen hat.

Ob's freilich was helfen wird...

Ueber die Fleischsteuerung enthält der Bericht der Verwaltung des Schlacht- und Viehhofes zu Chemnitz für das Jahr 1905 sehr bemerkenswerte Angaben. Sowohl der Marktauftrieb, als auch die Schlachtungen haben sich gegenüber dem Vorjahre beträchtlich vermindert, trotzdem die Einwohnerzahl der Stadt sich sehr vergrößert hat. Dem Schlacht- und Viehhofe sind insgesamt 182 511 Tiere zugeführt worden, 5490 Tiere oder 2,92 Proz. weniger als im Vorjahre. Die Zufuhr an Rindern und Schafen war etwas größer, dagegen um 16 835 Schweine geringer. Im Schlachthofe wurden insgesamt 180 249 Tiere geschlachtet. 2721 Stück oder 2,05 Proz. weniger als im Jahre 1904. Besonders groß ist der Rückgang der Schweinefleischschlachtungen. Er beträgt 4628 Stück, während die Pferdeschlachtungen um 240 auf 982 und die Hundeschlachtungen um 278 auf 611 gestiegen sind. Die Menge des auf jeden Einwohner entfallenden, in Chemnitz ausgechlachteten und von auswärtig eingeführten, nach dem Schlachthofe „gebrachten“ Fleisches betrug im Berichtsjahre 44,85 Kilogramm, gegenüber 49,08 Kilogramm im Vorjahre.

Für alle Viehsorten ist im Jahre 1905 eine Steigerung der mittleren Jahresdurchschnittspreise eingetreten. Am bedeutendsten ist die Preissteigerung bei Schweinen. Der Höhepunkt wurde im November mit 80,56 M. für 50 Kilogramm Schlachtgewicht erreicht. Der mittlere Jahresdurchschnittspreis stellte sich auf 71,37 M. gegen 54,58 M. im Vorjahre, so daß hier eine Steigerung um 10,79 M. gleich 30,76 Proz. für 50 Kilogramm Schlachtgewicht eingetreten ist. Welche Bedeutung diese Preissteigerung für die Ernährung der Bevölkerung hat, erhellt daraus, daß allein für die im Chemnitzer Schlachthofe geschlachteten 61 777 Schweine 988 482 M. mehr bezahlt wurden, als für die gleiche Stückzahl im Vorjahre.

### Spitzbubenakt.

Die „Königliche Volkszeitung“ schließt sich den Klagen der „Voll. Zig.“ darüber an, daß der Flottenverein am Werke sei, den Flottenparoxysmus noch zu steigern. Das müßte die bedenklichste Wirkung haben. Wenn immer wieder auf Markt und Gassen geschrien werde, Deutschland müßte unbedrungen die erste Militärmacht werden und sich vor allem eine starke Flotte schaffen, um sich „durchzusetzen“, so provozieren man damit nur die Gegenrührungen des Auslandes. Ja die ausländischen Regierungen könnten schließlich auf den Gedanken kommen, den deutschen Rüstungen durch einen schnellen und nachdrücklichen Koalitionskrieg zuvorzukommen.

Wenn das Zentrum dergestalt gegen den Flottenverein eifert, so läßt es nur die alte Spitzbubenakt, „Haltet den Dieb!“ zu schreien. Hat doch das Zentrum selbst für die neue Flottenvorlage gestimmt, die für das Ausland eine empfindlichere Provokation bedeutet, als das Geschrei der Flottenfeste vom Flottenverein. Und hat sich doch das Zentrum sowohl bei der Veratung der Flottenvorlage wie bei der Besprechung der Marokkoaffäre zu der weltpolitischen Maxime bekannt, daß Deutschland auch allein stark genug sein müsse, um jeder gegnerischen Koalition gewachsen zu sein.

Wie total sich die Stellung des Zentrums zum Militarismus und Marinismus geändert hat, beweist folgende Stelle aus der Parlamentstrede Windthorst aus dem Jahre 1874:

„Das wird mir niemand beweisen, daß eine Armee wie die jetzige dauernd erforderlich sein wird. Und wäre sie das, so wäre dies für Deutschland wahrlich eine traurige, sehr entsetzliche Perspektive. Denn immer in diesem Feldlager zu bleiben, in dem wir uns heute befinden, das wäre gewiß kein normaler Zustand... Ich bin der Überzeugung, daß nicht allein Deutschland, sondern das ganze Europa mehr und mehr sich zu einem Feldlager ausbreitet, und daß es eine Torheit ist, das nicht anerkennen zu wollen. Der Versuch, dieses Feldlager zu perpetuieren, wie es jetzt... gemacht wird, kann nicht genug bekämpft werden.“

So prophezeite Windthorst 1874 die militärische Schraube ohne Ende, obgleich damals Deutschland für den Militarismus zu Lande und zu Wasser erst 475 Millionen Mark ausgab, während es 1906, die Kolonialausgaben eingerechnet, circa 1200 Millionen dafür opfert! Aber das Zentrum hat nicht nur dem Militarismus eine Konzession nach der anderen gemacht und damit in der Tat ganz Europa in ein Feldlager verwandelt, sondern es übernimmt jetzt auch durch seine Marinebewilligungen die Verantwortung für ein noch viel tolleres und gefährlicheres Marinewettrennen nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt!

Zum Schoppenstecher in Hamburg. Da sich inzwischen noch ein junger Hausdiener eingeschunden hat, der sich selbst beglückt, einen Mauerstein in den Lagen eines am Schoppenstecher wohnenden Uhrmachers geschleudert zu haben, werden sich in dem am Mittwoch vor dem Schoppenstecher in Hamburg (Verhandlungsbauer etwa 10 Tage) 30 Personen wegen Aufruhrs in Verbindung mit Plünderung und Hehlerei zu verantworten haben. Bisher sind 113 Zeugen geladen, darunter 29 Polizeibeamte. Wie die Verhandlung ergeben wird, sind die der Wehrzahl der Angeklagten zur Last gelegten „Verbrechen“ recht harmloser Natur, und für viele der „Gezweigten“ trief das alte Sprichwort zu: „Mitgegangen — mitgefangen“. Die weiteren „Schoppenstecher“, die hauptsächlich zur Klasse der „Goldhirschen“ zählen, werden sich vor der Strafkammer zu verantworten haben. Wir werden über diese Prozesse eingehend berichten.

### Südwestafrikanische Schlappen und Truppennachschiffe!

Aus Südwestafrika, wo wir erst vor wenigen Tagen eine empfindliche Schlappe erlitten, kommen neue Hiebsspoßen. Einer Hottentottenbande gelang es wieder einmal, eine Pferdewache zu überfallen und eine Anzahl Pferde als Beute davonzutreiben. Von den Wachmannschaften wurden fünf Mann schwer und zwei Mann leicht verwundet. — Von Morenga hat man trotz eifriger Verfolgung nicht einmal eine Spur auffinden können. Wohl aber ist ein anderer Hottentottenführer, der Bonbels-Kapitän Johannes Christian, mit 100 Mann über die englische Grenze in Deutsch-Südwestafrika eingebrochen, um nach dem Muster Morengas der Schuttruppe Arbeit zu geben! Rette Ausfichten! Die Regierung hält es denn auch für notwendig, gegen die 3 oder 400 Hottentotten, die noch im Felde stehen, zu den vor-

handenen 15 000 Mann immer neue Truppen ins Feuer zu schicken. Am 30. Mai wird nämlich wieder ein neuer Verstärkungstruppentransport auf den beiden Dampfern „Gertrud Boermann“ und „Lulu Vohlen“ von Hamburg abgehen. Auf „Gertrud Boermann“ wird die 38. Transportkompanie in Stärke von 8 Offizieren und Beamten, etwa 210 Unteroffizieren und Mannschaften und 400 Pferde, und auf „Lulu Vohlen“ werden 7 Offiziere und Beamte, 165 Unteroffiziere und Mannschaften und 600 Pferde untergebracht werden. Durch die 38. Transportkompanie werden die Eisenbahntruppen, die Feldtelegraphen- und die Funkentelegraphenabteilungen verstärkt und ergänzt werden.

Das sind also zusammen 390 Mann und 1000 Pferde! Die Kostenrechnung für Südwestafrika schwillt immer ungeheurerlicher an! Trotzdem ist keine Hoffnung, daß durch dies Vorgehen wenigstens die herrschenden Parteien von weiteren Kolonialabenteuern abgesehen werden würden. Mag der Herr Erzberger auch den Herrn Stäbel und andere gefasene Größen noch so schneidig in die Schranken fordern — das Zentrum macht sich auch künftig zum Mitschuldigen jedes welt- und kolonialpolitischen Überwieses!

## Husland.

### Ungarn.

#### Witterungswäule.

Immer näher rückt die Zeit heran, da zum letztmal auf der Basis des heutigen schändlichen Wahlgesezes die Volksvertreter ins Parlament gewählt werden sollen. Der größte Teil der Kandidaten findet es nicht der Mühe wert, in seine Neben oder Wahlausrufen das allgemeine Wahlrecht auch nur zu erwähnen. Dies kommt daher, weil ein eigentlicher Wahlkampf bloß in sehr wenigen Bezirken stattfinden dürfte und zwar da, wo den Koalitionsgläubigmachern entweder ein Nationalitätenkandidat oder ein Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Bauernpartei gegenübersteht.

Die Gleichgültigkeit der feudal-kerikalen Sippchaft nimmt keinen Wunder, da ja diese schwarz-grüne Interessenmoral zu einer volksfreundlichen Politik nirgends auf Erden jemals zu haben war. Unförmlich ist das wankende Verhalten der „großen“ Regierung zu beurteilen, die es sich nicht im Traum einfallen läßt, in ungewissen Worten ein ehrliches Bekenntnis in bezug auf das allgemeine Wahlrecht abzulegen, obwohl sie doch das Programm aufgestellt hatte: Durchführung des Wahlgesezes mindestens in dem Maße, wie es die Regierung jederzeit beabsichtigte!

Der ungarische Liberalismus, welcher fast vier Jahrzehnte seine korrupte Alleinherrschaft ausübte, ist nunmehr vom politischen Kampfboden Ungarns verschwunden. Sowohl das wirtschaftliche wie das kulturelle Gedeihen des Landes war durch sein gemeingefährliches Wirken gebremst. Bei dieser mächtigen parlamentarischen Regierungspartei war der Ausbruch „Liberalismus“ bloß ein Deckmantel, da stets der Wille der ihr angehörenden Anhänger der Feudal-Kerikalen zur Geltung gelangte. Jener „Liberalismus“ ist übrigens bloß Scheintot, denn sein „Geist“ lebt in der neuen „Verfassungspartei“ weiter. Um so bedauerlicher und — bezeichnender, daß der doch stets für wirklich liberal gehaltenen Welterle sich gerade der „Verfassungspartei“ angeschlossen hat, die im ganzen Lande als entschieden agrarisch und volksfeindlich bekannt ist.

Dieses Verhalten Welterles rechtfertigt denn auch die Passivität unserer ungarischen Genossen gegenüber der neuen Regierung. Welterle scheint die Macht der ungarischen Sozialdemokratie nicht genügend zu kennen, da er den Wirt hat, mit der Veröffentlichung des Wahlrechtsgesetzes zu säumen!

Daß unsere Genossen kein Mandat erzielen werden, ist leider zweifellos, aber dessen ungeachtet werden die Programmpunkte der sozialdemokratischen Kandidaten, wie die in einer Million Exemplaren verbreiteten Flugschriften in allen Landessprachen die gewünschte Wirkung keinesfalls verfehlen. Einerseits werden die bürgerlichen Kandidaten gezwungen, für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht Stellung zu nehmen, andererseits werden auch die Kandidaten unserer Genossen — sogar bei dem heutigen elenden Wahlsystem — in so manchen Bezirken wenigstens namhafte Stimmengahl erzielen.

Der Wucher mit den Mandaten, welcher unter dem Regime der „Liberalen“ stets üblich war, herrscht in noch höherem Maße bei den Koalitionsgläubigmachern. Sie tragen daher bereits jetzt Sorge dafür, daß die Parteikasse recht voll werde; denn in vielen Bezirken — wo besonders großes Elend herrscht — gedenken sie mit diesem illegalen Gelde sich das ausgebeutete Volk zu erkaufen.

Sollte dann der Welterle die Gegenpartei den Erwartungen nicht entsprechen, so sind die Tage der Koalitionregierung gezählt. Unsere ungarischen Genossen haben den unerbittlichen Kampf bereits angeknüpft, indem sie besonders betonten, daß sie vor keinen Gewaltmaßnahmen zurückschrecken würden! Ist Welterle derselbe geblieben, der er einst gewesen, so dürfte er die Wahlrechtfrage auch ehrlich lösen; hat aber der Einfluß seiner feudol-kerikalen Sinnungsgeossen bei ihm bereits im volksfeindlichen Sinne gewirkt, so wird der bereits proklamierte Kampf unserer Genossen gewiß nicht lange auf sich warten lassen.

## Schweiz.

### Selbstbestimmung durch das Volk.

Büsch, 23. April. (Fig. Ver.) Das eifrige demagogische Wühlen der ländlichen Reaktionsäre gegen das neue Lehrlingsgesetz war erfreulicherweise vergeblich; es wurde in der geistigen Volksabstimmung mit 37 598 gegen 28 007 Stimmen angenommen. Die schamlose Hege der Begner war so weit gegangen, daß sie frech den roten Zappen schwentelten, indem sie von „sozialistischen Liebergriffen“ schwandelten, während das Gesetz doch von einem liberalen Minister ausgearbeitet und vom Kantonsrat mit großer Mehrheit angenommen worden war.

Das Jagdgesetz ist gleichzeitig mit 40 898 gegen 28 008 Stimmen verworfen worden. Zahlreiche Begner des Lehrlingsgesetzes waren Freunde des Jagdgesetzes; sie haben also eine doppelte Niederlage erlitten.

## Italien.

### Die beiden „Verbündeten“.

Rom, 24. April. (V. S.) Hiesige Blätter berichten, im September würden große Gebirgstruppen-Mänter an der österreichischen Grenze vorgenommen werden als Antwort auf die Uebungen österreichischer Truppen an der italienischen Grenze.

## Schweden.

80 Millionen pro Jahr für den Militarismus — keine 10 000 Kronen für die Literatur.

Im Budgetvoranschlag des Kultusministers war diesmal ein Posten von 80 000 Kronen aufgeführt, die — auf drei Jahre verteilt — zur Unterstützung belletristischer Schriftsteller dienen sollten. Die beiden Nachbarstaaten, Norwegen und Dänemark, zahlen derartige „Dichtergagen“ schon seit einer Reihe von Jahren; das kleine Dänemark gibt dafür jährlich 70 000 Kronen aus. In Schweden wurde ein Antrag auf Staatsunterstützung für schöne Literatur zum ersten Male vor nunmehr 9 Jahren von dem jetzigen Minister Bergström gestellt, aber nur von unserem Parteigenossen Wrangin unterstützt.

In diesem Jahre aber nahm die zweite Kammer jenen Regierungsvorschlag mit 86 gegen 75 Stimmen an, die erste Kammer aber lehnte ihn mit 52 gegen 88 Stimmen ab, wodurch eine gemeinsame Abstimmung beider Kammern notwendig wurde. Diese hat am 19. April stattgefunden und führte zur Ablehnung des Vorschlages mit 110 gegen 104 Stimmen.

Schweden gibt jährlich über 80 Millionen für Militärzwecke aus — 10 000 Kronen zur Förderung der Literatur zu bewilligen, dazu konnten sich die „Volksvertreter“ nicht aufschwingen. Das schwedische Volk gilt bekanntlich als eins der höchst gebildeten Völker der Welt; sein Reichthum ist weniger berühmt.



# Gewerkchaftliches.

## Vertragsbesprechungen sind nicht anmeldspflichtig!

Obgleich das Kammergericht sich von dieser selbstverständlichen Tatsache nicht bedingungslos überzeugen lassen will, hat die Strafkammer in Essen zum zweiten Male in diesem Sinne entschieden.

Am 17. Oktober 1904 fand in Hellinghausen eine Vertragsbesprechung von organisierten Arbeitern der Maschinenfabrik Dinnendahl statt. In dieser Versammlung, in welcher Mitglieder in der Fabrik gerügt wurden, waren auch die nicht bei der Firma beschäftigten Personen, 1. der Organisationsleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Franz Gemoll, 2. der Schlosser Ernst Schmidt, zugegen. Am Schlusse der Versammlung traten die Genannten auch als Redner auf und forderten die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten.

Die Ortspolizeibehörde erblidete in dieser Veranstaltung eine öffentliche Versammlung, die der Anmeldung unterlag. Da letztere nicht geschehen war, so erhielt Gemoll, Schmidt und der Wirt Kleinschmidt wegen Uebertretung der Verordnung über das Versammlungs- und Vereinsrecht ein Strafmandat von je 15 M. Hiergegen beantragten sie richterliche Entscheidung. Während das Schöffengericht der Berufung des Wirtes stattgab und den Angeklagten Kleinschmidt freisprach, wurde die Berufung der Angeklagten Gemoll und Schmidt verworfen. Das Gericht erblidete in der Agitation für den Deutschen Metallarbeiterverband eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Hiergegen legten die Angeklagten abermals Berufung ein, die am 5. Juli vor der 6. Strafkammer verhandelt wurde.

Das Berufungsgericht hat es dahingestellt sein lassen, ob in der vorgenommenen Aufforderung zum Beitritt in die Organisation die Erörterung einer öffentlichen Angelegenheit liege und hat nur die Frage geprüft, ob selbst wenn dies zu bejahen sei, im vorliegenden Falle eine Versammlung im Sinne des Gesetzes stattgefunden habe. Das Gericht kam zur Verneinung der Frage und führte in dem Urteil aus, die Versammlung müßte zum Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten unternommen sein, mit anderen Worten, es müßte von vornherein die Absicht abgewollt haben, öffentliche Angelegenheiten in der Versammlung zu besprechen. Dieser Annahme stand aber das eidesche Zeugnis des Sandformerer Schürmann entgegen. Wäre der Zweck der Versammlung die Agitation gewesen, so wäre doch jedenfalls in längerer Rede der Zweck und die Ziele des Metallarbeiterverbandes dargelegt sein; das ist indessen nicht geschehen. Das Gericht war somit der Ansicht, daß unter diesen Umständen nicht für erwiesen erachtet werden könne, daß die Versammlung die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezweckte und erkannte daher gegen die Angeklagten auf Freisprechung.

Gegen dieses Urteil legte die königliche Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein. Nach Prüfung der Sachlage hob das Kammergericht das Urteil auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Feststellung und Entscheidung an die Strafkammer. Das Gericht konnte sich auch diesmal nicht überzeugen, daß die Vertragsbesprechung eine öffentliche Versammlung sei und sprach die Angeklagten abermals frei.

Vertragsbesprechungen sind — wie auch alle anderen Versammlungen! — nicht anmeldspflichtig, wenn nicht von vornherein die Absicht besteht, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Es ist für die Gewerkschaftsbewegung äußerst wichtig, diese Rechtslage zu beachten. So interessiert manchmal Arbeiterverbindungen für Polizei und Unternehmer sein mögen, wenn die Versammlung nur einberufen ist, die Interessen der Beteiligten ohne Erörterung öffentlicher Angelegenheiten wahrzunehmen, braucht man Unternehmern und Behörden von ihrem Stattfinden nichts auf die Nase zu binden.

## Berlin und Umgegend.

### Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Die Berliner Schlossermeister, welche bekanntlich wegen des zurzeit bestehenden Schlosserstreiks einen Teil der hiesigen Schlossergesellen — hauptsächlich Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes — ausgesperrt haben, suchen in den Zeitungen der Provinz durch Inserate Arbeitwillige. Um eine bessere Uebersicht über diese Werbungen zu haben, erlauben wir alle Ortsverwaltungen unseres Verbandes, uns unverzüglich die betreffenden Inserate (Abschnitte mit Angabe der betreffenden Zeitung) zu übersenden. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Mit der Lohnbewegung der Wälder beschäftigte sich am Dienstag nachmittag wieder eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung des Wälderverbandes. Gauleiter Heßfeld und Verbandsvorsitzender Alimann erstatteten Bericht über die Verhandlungen mit der Annullationskommission. Die Redner bezeichneten es als einen dem letzten Streik zuzurechnenden Fortschritt, daß die bis dahin so verbandseigentliche Meisterchaft sich bereit fand, jetzt mit den Vertretern des Wälderverbandes zu verhandeln und anscheinend auch geneigt sei, den Forderungen des Verbandes entgegen zu kommen. Wenn man auch die „Selben“ nicht als Gesellenvertreter anerkenne, so habe man doch in deren Gegenwart die Verhandlungen geführt, um die Verständigung mit den Meistern nicht von vornherein unmöglich zu machen. Im übrigen würden die Vertreter der „Selben“ in der Kommission nicht beachtet. — Unter welchem Namen die „gelbe“ Organisation eigentlich marschiert, ist immer noch nicht bekannt. In einer vorliegenden Versammlungseinladung bezeichnet sich jene Organisation als „neugegründeter Verband“. Ein Beweis, daß die „Gründung“ Hals über Kopf erfolgt ist, so daß den Neugegründeten nicht einmal Zeit blieb, sich einen Namen zu geben, weshalb sie denn auch in der Kommission unter dem falschen Namen „Christlicher Verband“ aufgeführt wurden und sich diese Bezeichnung ruhig gefallen ließen. — Im weiteren gaben die Referenten, sowie die Diskussionsredner der Erwartung Ausdruck, daß die Verhandlungen doch schließlich zu einem Ergebnis führen würden. Wenn das jedoch nicht möglich sein sollte, dann würden die Berliner Wälder den Kampf aufnehmen. — Vom Bureau wurde die nachstehende Resolution eingebracht:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen am 20. April mit der Annullationskommission. Mehr als je vorher erblidete die Versammlung in dem sogenannten Verband der Vereine der Wälder und Kombilitaren Berlins, der sich jetzt sogar widerrechtlich den Namen „Christlicher Wälderverband“ anmaßt, eine von der Meisterchaft gegründete und geleitete Vereinigung von Leuten, die sich die Bekämpfung aller ehelichen Gesellen und ihrer Interessen zur eigentlichen Aufgabe gestellt haben. Jeder eheliche Berliner Wäldergeselle kann für solche Leute, die sich dazu hergeben, für einen Judaslohn das allgemeine Interesse der Gesellschaft zu verraten, nur ein Gefühl der Verachtung haben. — In dem Einzeihen von sogenannten Forderungen an die Innungen seitens dieser Streikbrechervereine erblidete die Versammlung ein sehr durchsichtiges, bestelltes Mandat, das nur den Zweck haben soll, die an sich schon allzu beschwerlichen Forderungen der Berliner Wäldergesellen zu bekämpfen und niederzuhalten. Wie sehr nun auch das Treiben jener Dunkelmänner, denen jedes Gefühl der Scham abhanden gekommen ist, jeden ehelichen Gesellen aneulen muß, erkennt die Versammlung aber doch die Gründe an, aus denen heraus die Verbandsvertreter trotzdem in Gegenwart dieser sogenannten Gesellenvertreter verhandeln, allerdings unter scharfem Protest gegen deren Anwesenheit. Die Versammlung erteilt ihren Vertretern auch ferner die Vollmacht, je nach Lage der Sache zu handeln und die Verhandlungen

mit der Meisterkommission zu einem für alle Berliner Wäldergesellen günstigen Abschluß zu bringen. Die Versammlung verwarft sich aber ganz entschieden dagegen, daß diese gelben Vereine irgendwie im Namen oder im Interesse der Berliner Wäldergesellen handeln.

Eine andere aus der Versammlung eingebrachte Resolution verlangt, daß die auf Freitag festgesetzten Verhandlungen am Donnerstag stattfinden sollen und, falls dann keine Einigung zustande kommt, soll der Tarif eingereicht, bis zum 1. Mai Antwort verlangt und an diesem Tage die Entscheidung gefällt werden.

Allmann und andere Verbandsvertreter bezeichneten diese Resolution als faktisch unzumutbar. Die erste, von der Verbandsleitung vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen, wodurch die zweite Resolution abgelehnt ist.

Zum Streik der Arbeiter in den Norddeutschen Eiswerken. Der Stand des Streiks ist ein guter. Es verkehren nur wenige Eiswagen von den Werken, und diese werden von den Herren Eisameistern und Inspektoren im Verein mit einigen Arbeitwilligen bedient. Verhandlungen hat die Direktion schroff abgelehnt.

Die Färber der Firma B. Spindler in Spindlersfelde bei Köpenick befinden sich im Ausstand. Vor Zugzug wird gewarnt. Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Köpenick.

Von der Brennspiritus-Gesellschaft m. b. H. erhalten wir folgende Zuschrift:

Unter Bezugnahme auf das Preshgesetz und die uns betreffenden Ausführungen in Ihrem Blatte vom 20. April erlauben wir Sie hiernüt um die Veröffentlichung folgender Verächtigung:

1. Es ist zutreffend, daß wir vor ungefähr zwei Monaten die Zahl der bei uns beschäftigten Kutscher verringert haben. Es ist aber unzutreffend, daß wir die anderen Kutscher insolge dessen überlastet haben. Die einzelnen Wagen können sämtlich nur mit einer bestimmten Anzahl von Flaschen, Häffern und Kannen beladen werden, deren Ablieferung an die Kundenschaft von jeher durch die Kutscher, ohne Ueberanstrengung derselben, bewältigt worden ist; einige größere Wagen werden nicht von den Kutschern allein, sondern mit Hilfsfahrern gefahren.

2. Es ist unwar, daß seit Bestehen des Vertrages die Zahl der Lagerarbeiter um einige verringert worden ist. Nach der mit den Kutschern vereinbarten Arbeitsordnung haben die Kutscher die Wagen zu beladen.

3. Es ist unwar, daß von den Kutschern verlangt worden ist, die Arbeit schon um 5 Uhr zu beginnen, die Arbeit beginnt stets um 6 Uhr.

4. Es ist unwar, daß eine Frühstückspausenentzogen werden sollte. Nach der mit den Kutschern vereinbarten Arbeitsordnung soll die Frühstückspause vor der Abfahrt vom Fabrikhofe erfolgen. Es ist verboten, in Tempelhof und vor dem abzufahrenden Bezirk an Bierhäusern zu halten, statt dessen haben die Kutscher bis fast mittags auf den Zufahrtstraßen zu ihrem Bezirk gehalten und kamen insolge dessen erst nachts zurück. Dieser dauernde Mißstand veranlaßte uns, von den Kutschern zu verlangen, die Frühstückspause vor Anspannung der Wagen vorzunehmen und das Frühstück in Tempelhof in der Zeit von 1/20—1/10 Uhr einzunehmen. Es wurde den Kutschern zu diesem Zwecke sogar eine Pause von einer Stunde, anstatt der in der Arbeitsordnung mit den Kutschern vereinbarten halben Stunde gestattet. Den Kutschern konzentrierte aber diese Anordnung nicht, weil sie sich kontrolliert sahen. Als die Kutscher wegen dieser Anordnung vorstellig wurden, sind wir auf ihre Wünsche eingegangen, unter der noch besonders hervorgehobenen Bedingung, daß gemäß Arbeitsordnung die Fuhrwerke nicht vor dem abzufahrenden Bezirk an Bierhäusern gemeinsam halten. — Durch Kontrolle wurde festgestellt, daß die Fuhrwerke trotzdem wieder zu zweien und viere in Tempelhof und in den Zufahrtstraßen bis gegen die Mittagsstunde hielten; das bedeutet, daß die Kutscher, die jedesmal eine ganze Tagesdour zu machen haben, den Vormittag unbenutzt verstreichen lassen. Die Folge dieser gänzlichen Ignorierung der in der Arbeitsordnung getroffenen Vereinbarungen und der Anordnungen der Geschäftsführung war, daß denselben Kutschern, welche bei der Kontrolle in Tempelhof und den Zufahrtstraßen zu ihren Bezirken haltend angetroffen wurden, gekündigt wurde. Daraufhin haben dann alle Kutscher die Kündigung ihrerseits eingereicht.

Obwohl die Kündigung tarifmäßig erfolgt ist, stellt sich dieselbe doch als eine Arbeitsniederlegung dar, weil sie von allen Kutschern gleichzeitig erfolgte und weil die Kutscher erklärten, daß sie bei Verringerung der Arbeitsordnung zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit seien.

Hochachtungsvoll  
Brennspiritus-Gesellschaft m. b. H.  
Köln.

Von der Organisation der in Kündigung getretenen Kutscher wird uns folgendes mitgeteilt:

Auf obige Verächtigung erwidern wir folgendes: Wir müssen bei unserer Behauptung stehen bleiben, daß nicht die Kutscher, sondern die Firma den Tarif nicht imwgeschaffen hat. Seitdem der Herr Köfel an Stelle des früheren Herrn Föhler die Direktorenposten übernommen hat, haben die Differenzen zwischen Kutschern und der Betriebsleitung nie aufgehört.

Zunächst wurden die Lagerarbeiter, welche den Kutschern des Morgens die Wagen mitbeladen halfen, entlassen, so daß die Kutscher nunmehr selbst gehalten waren, sich die Kisten mit Flaschen und die Häffern vom Speicher nach dem Fuhrwerk zu bringen.

Durch diesen Umstand verzögerte sich die Abfahrt vom Hofe bis 10, gar 11 Uhr vormittags. Eine zweite Umänderung des Vertrages erfolgte die Kutscher darin, daß die Zahl derselben, welche bei Abschluß des Vertrages 22 betrug, allmählich auf 15 Kutscher reduziert wurde. Dagegen wurden die Touren vergrößert, so daß die Kutscher bedeutend mehr mit Arbeit überlastet wurden. Es ist daher nicht richtig, wie oben behauptet wird, daß die Kutscher nur deshalb so spät von den Touren zurückkamen, weil sie angeblich zu lange vor den Gastwirtschaften hielten. Das Zusätzliche hat sich nur auf die große Ueberbürdung der Kutscher mit Arbeit, unter denen selbst, wie die Kutscher in Gegenwart des Herrn Direktor Köfel behaupteten, das Pferdmaterial schwer gelitten hat, zurückzuführen.

Mit der Verringerung der Frühstückspause im Sinne obiger Verächtigung waren die Kutscher anfänglich selbst einverstanden. Da es aber den Kutschern in den in der Nähe liegenden Wirtschaften nicht möglich war, ein ordentliches Frühstück erhalten zu können, welches die Kutscher bei der anstrengenden Tätigkeit nötig haben, zumal da sie keine Mittagspause machen, haben sie um Rücknahme dieser Bestimmung, welche ihnen auch zugesprochen wurde.

Die Kündigung seitens der Kutscher ist hauptsächlich wegen der Ueberbürdung mit Arbeit erfolgt. Vertreter unseres Verbandes haben auf dem Wege der Verhandlung ihr möglichstes versucht, Herrn Direktor Köfel zu veranlassen, den Kutschern die Arbeit durch Vermehrung der Kutscherzahl zu erleichtern. Der Herr Direktor lehnte dies aber mit einem kategorischen „Nein“ ab.

Vom Vertrage abweichende Forderungen sind also der Direktion weder von den Kutschern noch von dem Verbands zugemutet worden. Zentralverband der Handels-, Transport- und Verlagsarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin I.

## Deutsches Reich.

### Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Reich, 23. April. (Fig. Ver.) Auch der heutige erste Tag der neuen, fünften Streikwoche ist ohne nennenswerte Verschiebung oder Veränderung in bezug auf die Zahl der Ausständigen geblieben. In den letzten Tagen stattgefundenen Versammlungen der Streikenden erklärten sich einstimmig für Fortsetzung des Streiks.

Mit jedem Tage wird die Situation für die unterirdischen Betriebe kritischer, und scheint es, als wollten die Elemente den Streikenden zu Hilfe kommen. So sind, wie aus dem Münchener Revier berichtet wird, auf dem Werke „Fürst Widmar“ bei Rippendorf die Grundwasser durchgetreten. Die Grube steht somit in Gefahr, zu ersaufen. „Fürst Widmar“ ist ein großes, noch ziemlich neues Werk mit Maschinen neuester Kon-

struktion und schönen massiven Gebäuden. Die Belegschaft ist über 300 Mann stark und besteht in der Hauptsache aus unterirdisch beschäftigten Leuten. Das Werk liefert viele Kohlensteine in die Fabriken der Textilbranche nach Gera. Durch ein eventuelles völliges Stilllegen des Werkes würde diese ungewisshast in Mitleidenschaft gezogen werden. In den Kohlenflößen eines anderen Schachtes desselben Revieres brennt es bereits an mehreren Stellen zugleich! Die Herren Beamten, welche durchaus keinen Rat wissen, laufen zu den Arbeitern, bitten, beschwören sie, doch zu kommen, zu helfen, damit der Schaden nicht zu groß werde. Vergebens! Freilich ist der Schaden, der entstünde ist durch Zubehören einzelner Oerter, Strecken und Baue groß und zurzeit noch gar nicht zu übersehen. Es sei aber nicht vergessen, daß nicht die Arbeiter es gewesen sind, welche hartnäckig auf ihrem Standpunkte verharrten. Der Schaden ist einzig und allein auf das Konto des brutalen Herrenstandpunktes des Unternehmertums zu setzen. Bei dieser Gelegenheit mag gleich die Angabe bürgerlicher Blätter, daß von 15 000 Mann Gesamtbelegschaft nur 4300 Mann sich im Ausstande befänden, widerlegt werden. Abgesehen davon, daß die Zahl der Ausständigen ins sechsste Tausend geht, sind aber die Streikenden zu circa 85 Proz. unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergleute! Diese machen im ganzen aber kaum 25 Proz. der Gesamtbelegschaft aus. Daraus ist zu ersehen, daß es ein schwerer Irrtum ist, wenn man die Zahlen der Ausständigen denjenigen der Gesamtbelegschaft gegenüberstellt und nun annimmt, die Beilegung des Streiks müsse Mangels genügender Beteiligung erfolgen.

Der Gewerkeverein (S. A.) macht die denkbar größten Anstrengungen, um seine rekrutierenden Mitglieder zu halten, die verlassene Position womöglich wieder zu gewinnen. Neuerdings weil sogar Herr Hamacher aus dem Fuhrwerken im Streikgebiet. Es ist dies derselbe Hamacher, der den Gewerkeverein der Bergarbeiter als Mitglied der Siebenerkommission im wärschälischen Anstreich vertrat. Am Sonntag sollte der Mann in einer öffentlichen Versammlung sprechen. Doch, o weh! Es hatten sich kaum ein Duzend Teilnehmer zusammengefunden und so mußte die Veranstaltung unterbleiben. Der Bericht des „Generalrates“ ist nun allgemach auch im eigenen Lager des Gewerkevereins über bemerkt worden. So schreibt die „Wendische Abendpost“, Organ des Gewerkevereins, unter anderem: „Die Mitglieder möchten ihre Beiträge in der Schatzkasse behalten und nichts an den Generalrat nach Burg abliefern.“

Auf die Mitteilungen der Presse in bezug auf die Werkswohnungen im Vornaer Reviere hin ist jedenfalls eine Revision dieser Wohnungen seitens des zuständigen Bezirksamtes erfolgt. Der Herr ist am Sonnabend in Lobstädt und Randsdorf in Begleitung des Bezirksamtes gewesen und hat die Wohnungen besichtigt. Diese befinden sich nicht etwa in neuen, von den Gewerkschaften erbauten Häusern, sondern man hat alle ausgeplachte Bauerngüter aufgekauft und diese dann notdürftig hergerichtet lassen. Es sind zum Teil elende baufällige Buden, die äußerlich und innerlich eine verzweifelte Schlichtheit mit ostpreussischen Instwohnungen und „Schulpalästen“ haben!

Oben wird bekannt, daß auch eine Grube im Reich-Weisenfelder Reviere in Gefahr ist, zu ersaufen. Derweil sind ganze Strecken durch schwimmendes Gebirge verschlemmt. Die Lage wird also immer prekärer.

Die Holzarbeiter Würzburgs sind in eine Bewegung eingetreten. Sie verlangen von den Unternehmern die 50stündige Arbeitszeit, 5 Pf. Stundenloohnerhöhung, Gewährung eines Minimallohnes von 20 Pf. pro Stunde, Abschaffung der Affordarbeit, möglichste Beilegung der Ueberstunden, die, wenn sie nicht zu umgehen sind, bis 8 Uhr abends mit 10 Pf., nach dieser Zeit mit 25 Pf. pro Stunde Zuschlag vergütet werden sollen. Für Sonntagsarbeit wird ebenfalls ein Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde verlangt.

Die Röhrenarbeiter des Regnitz- und Schwabachkanals haben den Unternehmern vor einigen Wochen einen Tarifentwurf eingereicht, über den keine Verständigung zu erzielen war. Nachdem die Arbeiter das Gewerbegericht in Erlangen angereufen hatten, kam es zu einer Einigung, wobei die Arbeiter hauptsächlich ihre Lohnforderungen nahezu durchsetzten und auch das Kost- und Logiswesen völlig beilegt wurde.

## Ausland.

Goldarbeiterstreik. Paris, 23. April. Circa 6000 Juwelier- und Goldarbeiter beschloßen heute abend, von morgen ab in den allgemeinen Ausstand zu treten; sie verlangen den Achtstundentag.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Duma-Wahlen.

Lodz, 24. April. (B. G.) In Lodz haben Wahlergebnisse stattgefunden, wobei mehrere Arbeiter getötet und zahlreiche schwer verwundet wurden.

### Hungernot in Indien.

London, 24. April. (B. L. B.) Das indische Amt veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht: Der Stand der Saat ist in Pandjab, in Bombay und Halderabad gut, in Ugra, Oudh, Rohilputana und Zentralindien gering. Die Zahl der Verstorbenen, die Hungernot-Unterstützung genießen, nimmt zu und beträgt jetzt 495 000.

### Interpellation auf Bestenfalls?

Rom, 24. April. Im Senat interpellierte de Martino gestern — wie der Telegraph in letzter Stunde berichtet — die Regierung: Ob der Dreibund nicht nur dem Buchstaben der Verträge nach, sondern auch nach dem Geiste der internationalen Politik die Grundlage und Richtung der Aktion Italiens im Auslande bleibe! — Redner kam zu dem Schlusse, daß Italien weiter treu am Dreibund festhalten müsse.

Der Minister des Aeußeren, Graf Guicciardini, beantwortete die Interpellation mit einem Lob-Hymnus auf den Dreibund. Der Interpellant erklärte sich durch die Ausführungen Guicciardinis „sehr befriedigt“, dankte dem wortreichen Minister, und die Sache war erledigt!

Das Ganze scheint einer wohlüberlegten Aufführung mit gut verteilten Rollen vortrefflich ähnlich gesehen zu haben.

### Artliche Stimmungsmache.

Petersburg, 24. April. (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Polizeidepartement veröffentlicht die Angaben über die Bilanz des Handels Aufstands über die europäische Grenze in den drei ersten Monaten des Jahres 1905. Danach überstieg die Ausfuhr die Einfuhr um 60 Millionen Rubel. Trotz der erheblichen Vermehrung der Einfuhr fremder Waaren nach Rußland während dieser drei Monate, welche diejenige aller früheren Jahre übertraf. Die Ziffern beweisen, daß die Unruhen keinen Einfluß auf die Hilfsquellen des Landes ausgeübt haben.

### Er mordung eines deutschen Beamten.

Konstantin, 24. April. (B. L. B.) Der kaufmännische Beirat des hiesigen deutschen Konsulats Mangels ist ermordet worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

### Die Lage in San Francisco.

San Francisco, 24. April. (B. L. B.) Die Lage ist jetzt besser, da man bei der Verteilung der Lebensmittel und bei der Beschaffung von Obdach nunmehr systematischer und methodischer vorgeht. Tausende werden mit der Aufräumung der Straßen beschäftigt. Viele Kaufleute treffen Maßnahmen zur Wegräumung der zertrümmerten Gebäude, um, sobald Arbeiter vorhanden sind, mit dem Wiederaufbau beginnen zu können. Von einigen Offizieren wird die Zahl der in San Francisco Umgekommenen auf nur 275 angegeben, andere aber schätzen die Zahl der Toten höher.



Reichstag.

86. Sitzung vom Dienstag, den 24. April, mittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Frhr. v. Stengel. Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Während wir eine zwar kurze, aber durch das herrliche Frühlingswetter begünstigte Erholung hatten, sind über zwei und beinahe dreihundert Nationen durch elementare Ereignisse überaus schwere Heimtückungen verhängt worden. (Die Mitglieder des Hauses haben sich erhoben.) Das uns verbündete Königreich Italien, mit dessen Volk uns alte historische Beziehungen und gegenwärtig sympathische Gefühle besonders nahe verbinden, ist durch einen ungewöhnlich heftigen Ausbruch des Vesuvius schwer heimgefallen. Hunderte von Menschen sind demselben zum Opfer gefallen. Tausende sind in ihrem Eigentum auf das schwerste geschädigt. Eine blühende Landschaft, mit der schönsten Pflanz der Erde, ist unter Lava und Asche begraben, wahrlich eine schwere Heimtückung! Aber noch viel schwerer ist das Ereignis, welches in allerletzter Zeit das uns herzlichst befreundete und stammverwandte Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika getroffen hat. Durch ein verheerendes Erdbeben und die darauf folgende beispiellose Feuerbrunst ist die Stadt San Francisco, die Metropole des Westens der Vereinigten Staaten, eine Stadt von 400 000 Einwohnern, vollständig vernichtet worden. Die Verluste an Menschenleben und an Eigentum sind zwar noch nicht festgestellt, aber man kann nach den bisher eingegangenen Nachrichten annehmen, daß erstere in die Hunderte, letztere in die Hunderte von Millionen Mark gehen — ein Unglück, wie es bisher kaum dagewesen ist. Meine Herren, daß deutsche Volk nimmt an diesem schweren Unglück der beiden befreundeten Nationen den innigsten und herzlichsten Anteil. (Lebhaftes Bravo! im ganzen Hause.) Ich bin mir bewußt, im Namen aller Vertreter dieses hohen Hauses zu sprechen, wenn ich von dieser Stelle aus meinen Gefühlen Ausdruck gebe. (Beifall.) Sie haben sich zum Zeichen Ihres Einverständnisses von Ihren Plätzen erhoben; ich loslatiere das.

Rummehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Das Gesetz über die Entlohnung des Reichsinvalidenfonds wird in dritter Lesung debattelos angenommen, ebenso die Abänderung des Gesetzes über die Wohnungsgeldzuschüsse.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über den Serbistatut und die Klasseneinteilung der Orte.

Abg. Kirsch (Z.) (auf der Tribüne völlig unverständlich) scheint über die zu der Novelle eingelaufenen Petitionen zu sprechen.

Abg. Hoffmeister (fr. Vg.) verlangt, daß Blogau in eine höhere Serbistatutklasse verlegt werde.

Abg. Singer (Soz.):

Als ich den Bericht über den vorliegenden Gesetzentwurf erstattete, habe ich Einzelheiten anzuführen unterlassen, weil die Kommission und auch ich der Meinung gewesen sind, daß, wenn hier jeder Abgeordnete die Städte seines Wahlkreises der Regierung besonders empfohlen würde, wochenlang Sitzungen notwendig wären, um das Thema zu erledigen. (Sehr richtig! links.) Die Kommission hat geglaubt, indem sie durch ihren Referenten die Grundzüge hat aussprechen lassen, nach denen sie das neue Gesetz einzuführen zu sehen wünscht, allen berechtigten Ansprüchen auch in Bezug auf die Petitionen Berücksichtigung entgegengetragen zu haben. Ich enthalte mich auch heute, auf Einzelheiten einzugehen, schließe mich aber dem Wunsche dem Abg. Kirsch an, daß die verbündeten Regierungen die Zwischenzeit benutzen möchten, um das Material, das ihnen überwiesen ist, zu studieren und die berechtigten Forderungen des Materials des Gesetzes einzuverleiben, umso mehr, als dadurch dem Reichstag die Arbeit erspart wird, in die Klasseneinteilung eingreifen zu müssen. Denn aus sehr vielen Orten, in denen die Verhältnisse sich verändert haben, wird der Wunsch laut, in eine höhere Klasse verlegt zu werden, um dadurch einen anderen Wohnungsgeldzuschuß zu bekommen. Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß der Wunsch des Reichstages auch in Bezug auf die Einteilung des Wohnungsgeldzuschusses dahin geht, daß andere Grundsätze angewendet werden mögen als bisher. Die Petenten können versichert sein, daß es nicht der Einbringung einer einzelnen Petition bedarf, um das Interesse aller Parteien für diese Frage wachzurufen, und ich glaube, wir haben die Petitionen am richtigsten behandelt, indem wir die verbündeten Regierungen ersucht haben, ernsthaft die Vorschläge und Wünsche der Petitionen zu prüfen und hoffentlich auch zu berücksichtigen, damit gerade diesen Wünschen, deren Verwirklichung von keiner Seite verkannt wird, Erfüllung zuteil werde. Eine Erörterung über Wünsche, bei denen viele Hunderte von Städten in Frage kommen, hat nach meiner Erfahrung nicht nur keinen Nutzen, sondern sie kann höchstens durch die Ermüdung, die dadurch hervorgerufen wird, den Petenten schädlich sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.) befragt freie Fraktionen durch das ganze Reich für die Reichstagsabgeordneten, damit dieselben die Wohnungs- und sonstigen Verhältnisse in den Garnisonorten aus eigener Anschauung kennen lernen können. (Beifall links.) Hiermit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Das Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden wird in dritter Lesung debattelos und einstimmig angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition betr. Änderung des § 113 des Bürgerlichen Gesetzbuches (zum Mobilienverkehr) wird nach dem Antrage der Kommission dem Reichslangler als Material überwiesen.

Eine Petition betr. die Arbeiterverhältnisse der Kellner und Hotelbediener wird auf Antrag Wattendorf (Z.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Eine Petition betr. Erhöhung der Ruhegehälter der vor dem 1. April 1897 und 1898 in den Ruhestand versetzten Beamten und Militärkapellmeister wird der Regierung nach dem Antrage der Kommission als Material überwiesen.

Eine Petition betr. Ausdehnung des Reklengesetzes vom 17. Mai 1897 wird entsprechend dem Antrage der Kommission der Regierung als Material überwiesen; aber eine Petition betr. Einführung eines Holzes auf Wölle wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition, die Vivisektion zu verbieten, wird dem Reichslangler als Material und, soweit sie eine gesetzliche Einschränkung der Tierverbote fordert, zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber eine Petition betreffend Einsetzung einer alljährlich neu zu wählenden parlamentarischen Kontrollkommission für Justiz- und Verwaltungswesen beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Thiele (Soz.):

Wir haben in der Kommission den Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung gestellt und wiederholen hier diesen Antrag. Es werden eine ganze Anzahl Petitionen jedes Jahr formell vielleicht richtig als „ungeeignet zur Erörterung im Plenum“ erklärt, weil der Reichstag nicht zuständig sei, während doch in vielen dieser Petitionen eine Menge Material enthalten ist, mit dem sich der Reichstag wohl beschäftigen sollte. Der Einwand, daß auf diese Weise eine Parlamentsjustiz Platz greifen könnte, trifft nicht zu, da der Reichstag kein Urteil fällt, sondern nur erklären soll, ob ein gefälltes Urteil bestehen bleiben soll oder nicht.

Abg. Thierck (Z.) sieht keinen Grund, die Petition zu berücksichtigen, da die Art und Justiz- und Verwaltungswesen im Reichstage ausgiebig geübt werden könne.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage der Kommission.

Eine weitere Reihe von Petitionen wird nach den Anträgen der Kommission teilweise durch Uebergang zur Tagesordnung, teilweise durch Ueberweisung an die Regierung als Material erledigt. Eine Petition, der Gemeinde Fischheim (Wstah) eine Beihilfe aus Reichsmitteln zu gewähren, bittet Abg. Stamenthal (född. Sp.) an die Kommission zurückzuverweisen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Diskussion angenommen. Eine Petition betr. Einführung einer stoffeisenartigen Umsatzsteuer für Großmühlen wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung werden die Gelegenheitsfeste über die Haftpflicht der Tierhalter, den Bogelschutz und den Schutz gegen die Automobilgefahr gelegt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Das Verbrechen von Courrières.

Paris, 23. April. (Fig. Ver.)

Die Streikbewegung im Norden.

Der Sonntag ist in den Kohlenbezirken ruhig verlaufen. Die Lage bleibt aber unverändert ernst. Schuld daran trägt einzig die brutale Unnachgiebigkeit der Gesellschaften, die die Erbitterung der Arbeiter immer höher treibt. Nur die Gesellschaft von Paris hat Zugeständnisse gemacht und so dem Streik sofort ein Ende gesetzt. Sie bewilligte einen Grundlohn von 5,16 Fr., der mit den Zuschlägen auf 7,24 steigt, außerdem die vierteljährliche Veröffentlichung von Aufstellungen über die gezahlten Löhne, die der Gewerkschaft als Basis für Beschwerden und Forderungen dienen können. Man sieht, um welchen billigen Preis die Unternehmungen den Frieden haben könnten. Aber sie spekulieren darauf, daß die ausgehungerten Arbeiter, nach einem ausgiebigen Überlaß, von der Soldateska des Massenstaates zu Paaren getrieben, demütigt wieder in die Gruben zurückgekehrt werden. Bedenkt man, daß die Bergarbeiter jetzt schon fünf Wochen im Streik ausdauern und daß die betrieblöse Organisation für einen Widerstandsfonds nicht vorgefertigt hat, ist die mühselige Streikdisziplin ebenso bewundernswert wie die aufgeregten Kundgebungen begreiflich. Das Elend unter den Streikenden ist unbeschreiblich. Bezeichnend ist, daß die Soldaten, die in den Straßen der Städte und Arbeiterdörfer kamlern, ihr Brot und ihre Suppe mit den hungernden Proletariern teilen. Die Offiziere haben nicht den Mut, etwas darüber zu sagen. — Das Verhalten der Unternehmer ist aber auch von wohlwollenden Erwägungen befreit. In den Gesellschaften sind die liberalen und „liberalen“ Reaktionen die herrschen. Sie rechnen darauf, daß die Verzweiflungsakte der Streikenden die bürgerlichen Republikaner den Parteien der reaktionären Opposition zutreiben werden. Gelingt es, die linksrepublikanische Kammermajorität zu stürzen, so ist eine Regierung der „Ordnung“ zu erwarten, die die Gewerkschaften unterdrückt und die Grenzlosigkeit der Ausbeutung sichert. Das unheilvolle Streben des jetzigen Ministeriums, Blutvergießen zu vermeiden und die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter nicht für das Verbrechen jener hängen zu lassen, die sie in diesen Zustand gebracht haben, hat die reaktionären Schurken geradezu tobend gemacht. Nicht nur die nationalitären Feuillets, voran das „Eclair“, sondern auch die Leitblätter der gutgeleiteten Gesellschaften, wie der „gebildete“ und „liberale“ „Figaro“, fordern während, daß das Repetiergewehr endlich in Anwendung gebracht werde. Der „Figaro“ hat sogar dem Offizier, der zuerst das Kommando zum Schießen geben würde, schon im Voraus den Titel eines Helden verliehen! Man kann wirklich den Soldaten und auch den Offizieren die Anerkennung nicht verweigern, daß sie im stundenlangen Steinregen, übermüdet und überreizt, doch der Verführung die Wornasse zu verweigern, standgehalten haben. Sicher wären in anderen Ländern unter gleichen Umständen eine Menge Leute tot oder zu Krüppeln geworden. Was sich schon bei der liberalen Revolte gezeigt hat, wird auch hier sichtbar: der Fortschritt der Demokratie steigert die Achtung vor dem Menschenleben. Wägen auch Wahlkreistäten die Haltung des Ministeriums mitbestimmen, in ihnen selbst spiegelt sich die Entwicklung der öffentlichen Meinung dar. Ein demokratisches Ministerium, das vernichtete Menschenleben zu verantworten hätte, wäre verloren.

Rum zeigt sich aber zugleich auch die Ohnmacht der doktrinären Demokratie im sozialen Kampf. Wolte die Regierung, um den Frieden in den Kohlenrevieren herzustellen, zum stärksten Mittel greifen: zur Entziehung der Konzessionen der Gesellschaften und Uebernahme der Gruben in den Staatsbetrieb, wäre ihr der Verfall der beschlagnahmten Klassen gewiß. Aber die in Frankreich so zahlreiche Klasse der kleinen Besitzer gerät leicht in Angst um ihre Rechtswertigkeiten und ihre sozialpolitischen Prinzipien, zu denen auch die Verstaatlichung der monopolistischen Betriebe gehört, würden rasch dahinschmelzen wie Schnee in der Mittagssonne. Nur ganz schwachen hat Clemenceau die Grubenbesitzer daran erinnert, daß sie nicht Eigentümer, sondern Konzessionäre der Bergwerke seien. Sobald aber der Staat die Unantastbarkeit des bürgerlichen Eigentums anerkennt, wird er durch seine Eigenschaft als Schutzinstitution dazu gezwungen, die Einrichtungen zu schützen, die er selbst als sozial schädlich erkennt. So muß die Regierung trotz ihrer Vorliebe für eine gerechtere Lösung, die staatlichen Gewaltmittel anbietet, um das Gut der Ausbeuter gegen die Verzweiflung der Ausgebeuteten zu verteidigen, die das verbrecherische Werk der Ausbeuter selbst ist, und ohne es selbst zu wanken, die Sache der Kapitalisten unterliegen. Aus diesem Widerspruch kommt die abstrakte Demokratie nicht heraus, an ihm scheitert alle soziale Versöhnungs- und Vermittlungspolitik.

Die Furcht vor dem 1. Mai.

Den Leitern der Konföderation du Travail und — der reaktionären Presse ist es gelungen, die ganze Bevölkerung in eine erregte Stimmung zu versetzen. Manche Kreise hat eine förmliche Panik ergriffen. Es gibt Familien, die in Erwartung des Generalstreiks Lebensmittelvorräte einkaufen. In Paris hat die Präsektur angeordnet, daß wemöglich alle Straßenarbeiten bis zum 1. Mai vollständig sein sollen. Wo dies nicht möglich ist, sollen alle Materialien, die zur Errichtung von Hindernissen, als Gesehiffe usw. dienen könnten, hinweggeschafft werden. Die stölkischen Gerüchte durchschwimmen die Luft. Die reaktionäre Presse verlangt die Verhaftung der Leiter der Konföderation. In bürgerlich-radikalen Kreisen spricht man von einem reaktionären Komplott, dessen Werkzeuge die Gewerkschaften ohne Wissen geworden seien. Eine Revolte in Paris werde alle Macht in die Hände eines Generals bringen und dann habe die liberale Soldateska die Republik in ihrer Gewalt. . . . Das sind natürlich nur Phantasien, wieweil der Renner der französischen Geschichte die Behauptung, daß auch monarchistische Provokatoren unter den heftigsten Revolutionspredigern seien, keineswegs von der Hand weisen wird. Soviel ist jedenfalls richtig, daß die Art, wie die Agitation jetzt betrieben wird, den Republikanern und den Sozialisten bei den Wahlen vielen Schaden tun wird. Viele Bourgeois werden aus Angst vor der Revolution reaktionär wählen gehen, und den Arbeitern erzählen die Agitatoren der Konföderation in allen Versammlungen, die Parlamentarier seien alle Völkverräter. Offiziell hat die Konföderation ihre Unparteilichkeit in der Frage des Parlamentarismus erklärt und an die Solidarität aller Arbeiter appelliert, aber ihre Sprecher mißbrauchen die Achtstundennegotiation zur Verdächtigung der sozialistischen Partei. Man darf sich heute keiner Täuschung darüber hingeben, daß sich die Situation, die noch vor zwei Wochen für die Sozialisten überaus günstig war, jetzt erheblich verschlechtert hat. Aber die bürgerliche Demokratie ist noch mehr gefährdet. Schon sehen viele Leute eine

reaktionäre Kammermehrheit voraus. In der „Humanität“ spricht heute Marcel Sembat die Befürchtung aus, daß die Panik in vielen Provinzwahlkreisen der Reaktion den Sieg verschaffen werde. Es könnten, meint er, die Tage von 1885 wiederkommen, wo die Rechte einen unheilvollen Vorsatz gemacht hat.

Die Konföderation hat die Achtstundennegotiation in Fluß gebracht. Das Verbleib wird ihr bleiben. Ob aber ihre Methode der Sache des Sozialismus nützen kann, wird man bald sehen. An Agitation läßt sie es nicht fehlen. Sie hat Redner in alle Industriezentren geschickt und übernahm diese Reden förmlich mit Flugblättern. U. a. hat sie auch eine Rede Briands über den Generalstreik aus dem Jahre 1899 in einer ungeheuren Auflage wieder herausgegeben. Weitern veranstaltete sie auch eine Versammlung der in Paris lebenden ausländischen Arbeiter. Im Austruf hieß es genug großsprecherisch: „Wenn die friedliche Geltendmachung der Rechte nicht genügt, überlassen wir es der Initiative der einzelnen, ihre Energie mit allen Mitteln gegen die Kapitalistenklasse und die Institutionen, die sie stützen, und zu tun zu dem Zwecke, eine noch umfassendere und bedeutendere Bewegung zur Befreiung des Proletariats aller Länder hervorzurufen.“ — Die Verammlung, die sehr stark besucht war, bewegte sich ganz im syndikalistischen Fahrwasser. Der Anarchist Malato griff auch die deutsche Sozialdemokratie an, weil sie sich von der patriotischen Idee nicht losgerissen habe. Ein anderer Redner warf dem hiesigen deutschen sozialdemokratischen Klub vor, daß er — wie alle Jahre — auch diesmal am 1. Mai ein Fest veranstalte. Jetzt dürfe man keine Feste feiern, jetzt heiße es kämpfen. . . . Alle Redner stellten die „direkte Aktion“ als eine neue Idee und als das einzige Mittel der sozialistischen Revolution hin.

Die verschiedenen Gewerkschaften treffen ihre Vorbereitungen. Die Bauarbeiter fordern neben dem Achtstundentag eine höhere Löhnung. Die Goldarbeiter, circa 10 000 an der Zahl, sind im Begriff in den Streik einzutreten. Die Vereinigten Staatsarbeiter haben eine Resolution angenommen, die den Kampf um den Achtstundentag gutheißt. Die Kürschner dagegen haben eine Teilnahme am Streik abgelehnt, da er bei der herrschenden Arbeitslosigkeit aussichtslos erscheint. — Bei den Typographen sind weitere Erklärungen von Unternehmern eingelaufen, die die Forderungen bewilligen. In den übrigen Offizinen stehen die Streikenden fest. Ein Tageblatt, der liberale „Univers“ hat in Folge des Streiks sein Erscheinen sistiert.

Aus der Partei.

Zum 1. Mai. Die Handschuhmacher und die Klempner und Installateure zu Magdeburg, sowie die Wildhauer, die im Straßenbau beschäftigten Arbeiter (Steinseher, Hammer und Hülsarbeiter) und die Tapezierer zu Breslau haben Arbeitsruhe beschlossen. In Ketzau (Baden) erließen Partei und Gewerkschaften von der Polizei einen Umzug gestattet.

Vom Wachstum der Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für Königsberg ist, wie in seiner Generalversammlung bekannt gegeben wurde, im letzten Geschäftsjahre von 1526 auf 2039 Mitglieder gewachsen. Die Abonnentenziffer der „Königsberger Volkszeitung“ hat sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt.

Eine ganz unverständliche Auslegung findet ein Passus des Artikels „Der 1. Mai und der Massenstreik“, den die Genossin Roland-Holst in der deutschen Volkszeitung veröffentlicht hat, im „Volksblatt“ für Bochum. Dieser Passus lautet:

„Die Feinde des Proletariats aber, die sich damit brüsten, die besonderen Unterschiede zwischen Deutschland und Rußland schloffen für das erste Land jede Möglichkeit des erfolgreichen Massenstreiks aus, — ihnen ward der Wunsch zur Mutter des Glaubens. Sie wiesen ihre Angst zur Ruhe mit Ueberlegungen wie die: das alte Regiment war in Rußland geschwächt, morsch, von allen lebenskräftigen Elementen verlassen, und selbst die kapitalistische Entwicklung habe dort parlamentarische Einrichtungen notwendig gemacht. Sie erklärten weiter: daß der Absolutismus das Land zum finanziellen Untergange führte, daß die Verzweiflung über politischen Druß und Willkür das Volk zum äußersten trieb. In Deutschland aber sei dies alles anders, ganz anders. Rum, der Unterschied ist nicht so groß, wie sie meinen.“

Das „Volksblatt“ für Bochum sagt dazu:

Wir fassen diesen Satz so auf, daß diejenigen als Feinde des Proletariats bezeichnet werden, denen die russischen Massenstreiks noch kein Beweis für den Erfolg desselben Mittels in Deutschland sind. Dagegen legen wir Protest ein, weil in den Reihen der organisierten Arbeiter sehr viele sind, die sich an das neue Massenstreikbegriffen nicht so schnell gewöhnen können. Wägen auch die Genossin Holst immerhin die Massenstreikgegner als Feinde des Proletariats betrachten, so dürfte eine solche Darstellung auf keinen Fall in der Volkszeitung der Buchhandlung Vornau erscheinen.

Naher dem „Volksblatt“ für Bochum wird wohl kein Parteiblatt und kein Genosse auf eine solche Auslegung der Worte der Genossin Roland-Holst verfallen. Es ist ganz klar, wer mit den Feinden des Proletariats gemeint ist. Jene Klassenbewußten Arbeiter, die aus ehrlicher Sorge für das Proletariat Bedenken gegen die Anwendung des Massenstreiks haben, wird kein Parteigenosse als Feinde des Proletariats bezeichnen.

Eine Parteikonferenz für den 19. hannoverschen Wahlkreis (Westmünde-Neuhaus-Öttersdorf), welche am letzten Sonntag in Westerbode — einem ländlichen Ort des Kreises — stattfand, beschloß einstimmig die Gründung eines Zentralvereins der Partei für den gesamten Wahlkreis und Bremerhaven. Letztere Stadt gehört eigentlich zum bremischen Wahlkreis, ist jedoch organisch und auch hinsichtlich der Agitation — weil direkt inmitten des 19. hannoverschen Kreises liegend — mit dem letzteren derart verbunden, daß die Eingliederung eine zwingende Selbstverständlichkeit war. Für den Zentralverein wurden die einen Städtekomplex bildenden Unterwerferte Bremerhaven-Westmünde-Neuhaus als Vorort bestimmt, wo der Vorstand des Vereins seinen Sitz hat. Als Einheits- und Minimalbeitragsatz wurden 30 Pf. pro Monat festgelegt, doch haben die Ortsvereine das Recht, einen höheren Beitragssatz — die Unterwerferte erheben z. B. schon jetzt 40 Pf. — zu beschließen. Die Ortsvereine, wo solche noch nicht bestehen die Vertrauensleute, haben 60 Proz. der erhobenen Beiträge an den Zentralverein abzugeben. Letzterer hat 20 Proz. der Beiträge an den Parteivorstand in Berlin abzuführen. Anlässlich, spätestens 14 Tage vor dem allgemeinen deutschen Parteitag findet eine Kreisversammlung statt. — Es steht zu erwarten, daß die neue Organisationsform einen festeren Zusammenschluß der Genossen herbeiführen und für die Agitation im Kreise förderlich sein wird.

Die württembergischen Parteigenossen werden am Sonntag, den 29. April, in Wassen ein Flugblatt „Die neue Steuererhebung Württemberg und die Sozialdemokratie“ verbreiten.

Totenliste. In Mannheim ist einer der ältesten Parteigenossen, der Säcker Ludwig Huber, im Alter von 88 Jahren nach langen schweren Leiden gestorben. Er war hauptsächlich in den 80er und Anfang der 90er Jahre im Dienste der Partei tätig.

Personalien. Genosse Georg Simon, seit 18 Jahren Leiter der Holzarbeiterbewegung in Augsburg, ist an Stelle des am 1. Januar ausgeschiedenen Genossen Schlegel in die Redaktion der



**Bedauerliche Disziplinlosigkeit.**

Unser römischer Korrespondent schreibt uns:  
Da der Parteivorstand den nächsten Parteitag für den 6., 7.  
und 8. September nach Rom einberufen hat, macht sich in der  
Hochburg des italienischen Reformismus, in der Provinz Reggio-  
Emilia, eine ebenso lebhaft wie ungerechtfertigte Unzufriedenheit  
über die Wahl des Ortes geltend. Alle bisherigen Parteitage bis  
auf zwei haben in nächster Nähe von Reggio Emilia statt-  
gefunden, nämlich in Reggio Emilia selbst, in Parma, Florenz,  
Bologna, Imola und wieder Bologna. Nur im Jahre  
1892 und 1900 sind die Parteitagsversammlungen in Genua und Rom zu-  
sammengetreten. Die Folge dieser Bevorzugung Mittelitaliens war  
stets eine unbillig überproportional starke Vertretung der Parteifunktionäre  
der Provinz Reggio, die z. B. zum Kongress von Bologna 98  
Delegierte entsandten. Um so unbilliger ist es, daß  
die Sozialisten von Reggio, auf Vorschlag des Sekretärs  
der Arbeitskammer Bergamini, beschlossen haben, den  
nächsten Parteitag zu boykottieren, weil sein  
Sitz ihnen zu große Opfer auferlegt. Es ist sehr zu hoffen, daß  
die Sozialisten von Reggio Emilia sich noch eines besseren besinnen  
und von ihrem höchst unsozialistischen und einer bisher so geachteten  
Organisation wie der der reggianschen Genossen unwürdigen Ver-  
schluß zurückkommen werden. Kommt es von Reggio Emilia in zwei  
Stunden mit dem Schiffe zu erreichen, während z. B. die Ge-  
nossen von Reggio Calabria, um sich nach der Emilia zu begeben,  
über 30 Stunden reiten müßten. Und doch haben unsere Genossen  
aus dem Süden noch nie einen Parteitag boykottiert.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Zunehmende verpöbte Staatsaktionen.** Gegen den Genossen  
Zinde-Königsberg, der auf dem bekannten Wahrscheinlichkeitsblatt  
als Verleger bezeichnet war, hatte die Staatsanwaltschaft ein Ver-  
fahren wegen Aufreizung, Verächtlichmachung von Staatseinrich-  
tungen usw. eingeleitet. Jetzt ist ihm mitgeteilt worden, daß das  
Verfahren eingestellt worden ist.

kleine Erfolge sind dagegen der rheinisch-westfälischen Justiz  
beschieden gewesen. Die Beschlagnahme des Wahrscheinlichkeitsblattes  
fordert trotz der Einstellung des Haupt-Verfahrens immer noch  
Justizopfer. Von Kellinghausen sind bis jetzt zwei Genossen  
abgeurteilt, weil das Gericht annahm, daß die Verbreiter gewußt  
haben müßten, daß die Flugblätter beschlagnahmt waren. In  
Kottbusen hat ein Genosse ebenfalls eine Anklage erhalten.  
Das Essener Schöffengericht belegte einen Angeklagten mit 10 M.  
und den anderen mit 30 M. Geldstrafe.

**Abermals zu 50 M. Geldstrafe** wurde am Montag vor der  
Strafkammer des Landgerichts Sorau der Genosse Verner von  
der Forster „Wärlischen Volksstimme“ verurteilt. Es handelt sich  
um fahrlässige Verleumdung eines Maurermeisters. Der Staats-  
anwalt hatte das erste Urteil wegen falscher Strafbemessung an-  
gefochten, das Reichsgericht hatte ihm recht gegeben und bei der  
zweiten Verhandlung kam — dieselbe Strafe heraus.

**Der „öffentliche Aufzug“**, den die Königsberger Polizei in der  
Begräbnisfeier des Genossen Gottschalk bei Vermeidung seiner  
Gefängnishaft durch mehrere Parteigenossen gefunden hat, bildete  
am Sonntag den Verhandlungsgegenstand einer Sitzung des  
Königsberger Schöffengerichts. Neun Genossen hatten wegen  
des Verbrechens Strafmassnahmen über 3 bis 15 M. erhalten. Drei  
bezahlten, um weitere Scherereien los zu sein, die anderen drei  
antragten richterliche Entscheidung. Das Gericht sprach alle An-  
geklagten bis auf Gottschalk frei. Es war zwar der Ansicht, daß  
ein Aufzug stattgefunden habe, indes seien die Angeklagten nicht  
daran beteiligt gewesen — die Polizei hatte mehrere Personen-  
verwechslungen begangen. Genosse Gottschalk aber soll 20 M. be-  
zahlen, weil er eine „Rede“ gehalten hat.

**Soziales.**

**Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen.**

In welcher Weise einige als Aufsichtsbehörde sich betrachtende  
Beamte die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen anzugreifen und  
deren sozialpolitische Tätigkeit zu hemmen versuchen, zeigt die  
Behandlung der gegen Maßnahmen der Aufsichtsbehörde gerichteten  
Klagen. Heute haben wir über zwei solcher Fälle aus der nächsten  
Umgebung von Berlin und aus Berlin selbst zu berichten.

In Weihensee bei Berlin ist das Dezernat über Krankenkassen  
dem befohlenen Schöffen Dr. Pape übertragen. Als nach dem Tode  
des Gemeindevorstehers Feldmann Dr. Pape sich zu dem Posten  
eines Gemeindevorstehers gemeldet hatte, stieß sein Mund von sozial-  
politischem Wohlwollen für die Arbeiter über. Nachdem nicht er,  
sondern Dr. Woll gewählt wurde und auch die Sozialdemokraten  
nicht für seine Wahl eingetreten waren, betätigt er sich insbesondere  
in Krankenkassenangelegenheiten und als Vorsitzender des Gewerbe-  
gerichts in einer Weise gegen die Interessen der Arbeiter, die ihn  
zu dem Posten eines befohlenen Mitarbeiters des Vereins zur Ver-  
stärkung der Sozialdemokratie empfohlen dürfte.

Die Ortskrankenkasse in Weihensee hatte beschlossen, die im Jahre  
1905 abgehaltene zwölfte Generalversammlung des Verbandes der  
Ortskrankenkassen im Deutschen Reich zu beschicken und dem Dele-  
gierten eine Aufwands- und Reisekostenentschädigung von 50 Mark  
zu gewähren. Der Beschluß wurde auch ausgeführt, wiewohl  
Dr. Pape durch mehrere Verfügungen die Ausführung des Be-  
schlusses, als vermeintlich gegen die §§ 29 und 46 des Kranken-  
versicherungs-gesetzes verstoßend, unterlagte. Nach mündlichen Unter-  
redungen erklärte er sich bereit, weitere auf Rückzahlung der 50 Mark  
abzielende Anordnungen bis zum Erscheinen des Kongressprotokolls  
zu vertragen. Das Protokoll wurde ihm am 2. Oktober 1905 über-  
reicht. Aus demselben konnte er ersehen, daß die Beschlüsse des  
Kongresses im hohen Interesse der Kasse lag. So standen  
unter anderem auf der Tagesordnung des Kongresses: Er-  
hebung der Beiträge für die Invalidenversicherung durch  
die Krankenkassen, Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung,  
die deutsche Reichsorganisationsfrage, Rechtspredigung des Ober-  
verwaltungsgerichts über die soziale Prophylaxe der Krankenkassen,  
Pensionsfrage der Beamten, Anträge auf Abänderung des Kranken-  
versicherungs-gesetzes. Daß ein Kongress mit solcher Tagesordnung  
für die Förderung der Kassenzwecke wesentlich ist und daß es des-  
halb zulässig und wünschenswert erscheint, derartige Kongresse zu  
besuchen, ist in den von und in Nr. 60 des „Vorwärts“ mit-  
geteilten Erkenntnissen des Landgerichts und Amtsgerichts zu Piele-  
feld, in dem Entscheide der bayerischen Regierung der Palz-  
kammer des Innern zu Speier, und in einer Reihe anderer Ent-  
scheidungen höherer Verwaltungsbehörden sowie von einer Reihe  
von Kommentatoren des Krankenversicherungs-gesetzes ausdrücklich  
betont. Dr. Pape (Weihensee) verbieth dennoch bei seiner anti-  
sozialen Auslegung der §§ 29 und 46 des Krankenversicherungs-  
gesetzes und forderte durch Verfügungen vom 8. und 21. Dezember  
1905 die Rückzahlung der 50 Mark, ja setzte gegen jedes einzelne  
Vorstandsmitglied eine Ordnungsstrafe von 5 Mark unter nochmaliger  
Androhung „bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe zur Rückzahlung  
der 50 M. innerhalb 8 Tagen“ fest. Diese Verfügung ist formell  
und materiell geschwehrt. Formell: nicht der Dezernent, sondern  
lediglich die Gemeindebehörde ist nach §§ 44, 45 Kr.-V.-G. und der  
Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 18. Mai 1905 zur  
Festsetzung einer Ordnungsstrafe befugt. Ferner darf nach § 45  
Kr.-V.-G. eine Ordnungsstrafe nicht als Strafe, sondern lediglich zur  
Erzwingung der Befolgung einer gesetzlichen oder statutarischen Vor-  
schrift, nicht zur Verlegung einer solchen Vorschrift festgesetzt werden.  
Ferner sei in formeller Hinsicht noch darauf hingewiesen, daß eine  
„Rückzahlung“ nur von dem erfolgen kann, der eine Zahlung er-  
halten hat, also höchstens von dem Vorstandsmitglied, welches die  
50 M. erhalten hätte. Endlich sei nach der formalistischen Seite hin  
betont, daß die Rückforderung vermeintlich zu Unrecht empfangener  
Gelder nach den deutschen Gesetzen nicht durch einen Kassendezernenten,

sondern lediglich durch Gericht (nach vorausgegangener Klage) geltend  
gemacht werden kann. Weit wichtiger als diese immerhin zur  
Verteidigung der Selbstverwaltungsrechte der Kassen erheblichen  
formellen Schuttschriften gegen Uebergriffe von Beamten ist das  
materiell Entscheidende, daß die Beschlüsse des Kongresses und  
die Aufwendung der hierfür erforderlichen Gelder im Interesse der  
Kasse lag.

Die Kasse hat gegen die erwähnten Verfügungen das Ver-  
waltungsstreitverfahren eingeschlagen. Wiewohl in einem solchen  
Falle nur dann zur Ausführung der angefochtenen Verfügung ge-  
schritten werden darf, wenn dies im Interesse der Gemeinde er-  
forderlich ist und Auslegung der Verfügung beantragt war, wurde  
Ende Dezember 1905 die Zwangsvollstreckung gegen  
sieben Vorstandsmitglieder (Pashin, Content, Robert,  
Melissa, Fuhrmann, Scheer und Stein) vorgenommen. Das  
Vorstandsmitglied Jung wurde mit Zwangsvollstreckungsmah-  
regeln bedroht und das Vorstandsmitglied Pashin er-  
hielt die von ihm eingezogenen 5 M. zurück. Weßhalb diese  
verschiedene Behandlung? Sollte sie darin ihren Grund haben,  
daß Dr. Pape von diesen beiden Vorstandsmitgliedern annimmt, sie  
seien derselben politischen Gesinnung wie er?

In ähnlicher, formell und materiell rechtswidriger Weise ging  
Dr. Pape gegen einen anderen verständigen, die Interessen der Kasse  
fördernden Beschluß des Vorstandes an. Am 21. März beschloß der  
Kassenvorstand, der so außerordentlich wichtigen Gesellschaft zur Ver-  
stärkung der Geschlechtskrankheiten als korporatives Mitglied beizutreten  
und 20 M. als freiwilligen Beitrag dieser auflösend und  
prophylaktisch wirkenden Gesellschaft zu überweisen. Die Jahres-  
versammlung der Gesellschaft wurde von dem Vorsitzenden der Kasse  
als Delegierter besucht. Auch hier verlangt Dr. Pape die 20 M.  
einzuziehen. Auch gegen diese Anordnung ist das Verwaltungsstreit-  
verfahren eingeleitet.

Der Ehrgeiz des befohlenen Weihensee Schöffen Dr. Pape  
scheitert bei den Versuchen nicht stehen, die Kasse zu hindern, für  
Krankenkassen und ihre Mitglieder wichtige Zwecke zu fördern. Er  
suchte gar ein Vorstandsmitglied überhaupt zu hindern, seine Pflichten  
auszuüben. Dies ist der am 8. November 1905 als Arbeitgeber  
gewählte Restaurateur Content. Durch Verfügung vom 24. Januar  
erklärte dieser tiefgründige Stenner sozialpolitischer Gesetze:

Diesseits ist feige gestellt worden, daß die von Content als  
Gewerbegehilfen zur Krankenkasse gemeldete Emma Kirch von  
ihm nur zu Küchenarbeiten für die Zeit von 7 Uhr vormittags bis  
4 Uhr nachmittags angenommen ist und im Gewerbebetriebe auch  
keine Handreichungen geleistet hat. Die Kirch unterlag also als  
Dienstmädchen der Versicherungsspflicht nicht. Ich erkläre deshalb  
die Wahl des Content als Vorstandsmitglied für ungültig und  
fordern den Vorstand auf, in einer, innerhalb 6 Wochen anzu-  
beraumenden Generalversammlung eine Neuwahl vorzunehmen zu  
lassen.

Nach dem Gesetz ist die Gastwirtschaft ein Gewerbe: die  
Personen, die für ein Gewerbe regelmäßig, wenn auch nur  
einige Tage oder Stunden am Tage oder wie im Falle  
Content neun Stunden täglich beschäftigt sind, sind Kranken-  
versicherungs-pflichtig. In ständiger Rechtsprechung (so vom  
Kammergericht im Erkenntnis vom 18. Februar 1903, vom Bundes-  
amt für das Heimatwesen in Erkenntnissen vom 20. Dezember 1889  
und 10. Oktober 1885) ist anerkannt, daß Gastwirtschaften selbst  
dann Gewerbegehilfen sind, wenn sie der häuslichen  
Gemeinschaft angehören. Das preussische Oberverwaltungsgericht  
— ebenso alle anderen höchsten Verwaltungsbehörden — hat  
in ständiger Praxis anerkannt, daß selbst Dienstmädchen der  
Gastwirte Krankenversicherungspflichtig, weil im Gewerbebetriebe  
tätig, sind, wenn sie auch die Gastzimmer reinigen oder Gärten die  
Speisen zutragen usw. So ist vom D.-R.-G. z. B. in den Erkennt-  
nissen vom 5. Dezember 1895 und in den vom Oberverwaltungs-  
gerichtsrat Schulzeisen im Verwaltungsarchiv Band V S. 201  
angeführten Erkenntnissen erkannt. Herr Dr. Pape blieb es vor-  
behalten, die Reinigung von Gastzimmern und die Zubereitung von  
Speisen als nicht zum Gastwirts-gewerbe gehörig zu betrachten.  
Künftig ist, daß Dr. Pape fast in demselben Atemzug Herrn Content  
mit Strafe belegt, damit er vermeintliche Vorstandspflichten erfülle,  
als er ihm unter sagt, irgendwelche Vorstandspflichten auszu-  
üben. Auch gegen diesen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht ist  
das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet.

Dieser Tage hat eine Versammlung der Delegierten der Kasse  
einstimmig das Verhalten des Dr. Pape abfällig beurteilt und  
erklärt,

„daß sie es für den bloßen Ausfluß bürokratischen Starrsinns  
sowie Mangel an sozialpolitischem Verständnis halten, wenn der  
Dezernent Herr Dr. Pape mit allen Mitteln, welche ihm seine  
Stellung in die Hand gibt, nach Ansicht der Versammelten sogar  
zum Teil ungesetzlichen, es zu verhindern sucht, daß der Vorstand  
der Krankenkasse seine Aufgabe in sozialpolitischem und für das  
Wohl der Mitglieder weitestgehender Einnahme erfüllt.“

Die verarmtesten Delegierten protestierten ganz energisch da-  
gegen, daß der Vorstand durch Strafen und hinderliche Verfügungen  
an seinem durch Gerichtsurteile und Ansprüche hoher Verwaltungs-  
und Regierungsbeamte begründeten Selbstverwaltungsrecht ge-  
hindert und beeinträchtigt wird.

Die Delegierten heißen es gut, daß der Vorstand sich in den  
angezogenen Fällen mit allen gesetzlichen Mitteln gewehrt hat, sie  
beauftragten denselben, auch fernerhin das Selbstverwaltungsrecht  
bis aufs äußerste zu unterstützen und zu verteidigen.

Sie sind überzeugt, daß die Beschlüsse von Kongressen, welche  
zur Ausbildung der Vorstandsmitglieder auf allen Gebieten des  
Krankenkassenwesens notwendig sind, einen Teil des Selbst-  
verwaltungsrechtes bilden.

Die Delegierten halten es für durchaus notwendig, daß durch  
die Klagen im Verwaltungsstreitverfahren in Sachen Beschlüsse  
des Krankenkassentages ein grundlegendes Präzedenzfall geschaffen  
werden soll, damit das Verhältnis zwischen Vorstand und Aufsichts-  
behörde in diesen Fällen ein rechtssicheres wird. Sie erklären sich  
mit allen diesbezüglichen Maßnahmen des Vorstandes einverstanden  
und sprechen demselben ihr volles Vertrauen aus.

Auch der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin  
hat gegen Versuche, das Selbstverwaltungsrecht zu beschränken, zu  
kämpfen. Es beabsichtigte nämlich der Vorstand der Allgemeinen  
Ortskrankenkasse, eine Dienstreue für die Beamten der Kasse zu  
erlassen. Nach Kenntnisnahme des vom Stenbanten ausgearbeiteten  
Entwurfes ersuchten die Beamten den Vorstand, zunächst der vom  
Vorstand mit der Ausarbeitung der Dienstreue betrauten  
Kommission zu gestatten, die Wünsche der Angestellten durch ihre  
Vertreter entgegenzunehmen. Als ihre Vertreter bezeichneten die  
Angestellten den Vorsitzenden des Zentralvereins der Bureau-  
angestellten Bauer und den Vorsitzenden des Verbandes der Ver-  
waltungsbeamten Giesel. Die Vorstandsmitglieder, auch die  
Arbeitgeber, hatten nichts dagegen einzuwenden. Nur einem nicht  
anwesenden Arbeitgeber, Herr Israel, von der be- kannten Firma  
Ernst Israel, gefiel es nicht, daß auch die Kassenangestellten von  
ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten. Er ließ zur Aufsichts-  
behörde und diese stellte dem Vorstande folgende Verfügung unter  
dem 8. April zu:

„Durch das Protokoll der Vorstandssitzung vom 7. März er-  
ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß beschlossen worden ist, zu  
den Beratungen über eine Dienstreue für die Kassenebeamten  
als Vertreter der Organisationen die Herren Giesel und Bauer  
hinzuzuziehen. Die Genannten gehören weder zu den Vorstands-  
mitgliedern noch zu den Beamten der Kasse. Ein Anlaß für die  
Mitwirkung der Genannten ist in keiner Weise ersichtlich.“

Wir unterlagen Oben die Ausführung dieses Beschlusses um-  
soweniger, als die Beschränkung nicht fern liegt, daß aus den  
zwischen den Arbeitgeber-Vorstandsmitgliedern und diesen der  
Kasse fernstehenden Personen sich eventuell ergebenden Meinungs-  
verschiedenheiten das Resultat der Verhandlungen nur erschwert  
werden dürfte.

Im Unterlassungsfalle würden wir gemäß § 45 Abs. I des  
Krankenversicherungs-gesetzes gegen Sie eine Ordnungsstrafe von  
20 M., welche hierdurch angedroht wird und an deren Stelle im

Nachstretungsfalle eine Haftstrafe von vier Tagen Haft tritt,  
festsetzen.

Der Einreichung eines Verdictes wird binnen 14 Tagen ent-  
gegengesehen.

Friedel.

**An  
den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse  
Hier.**

Gegen diese Verfügung ist das Verwaltungsstreitverfahren ein-  
geleitet. Hoffentlich bekräftigt der Vorstand der Kasse den in der  
Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gekennzeichneten Weg.  
Zunächst ist von dem Kommissar Friedel an dem Magistrat (Plenum)  
zu rekonstruieren. Erst gegen dessen ablehnenden Bescheid ist die im  
§ 45 Kr.-V.-G. zugelassene Klage möglich. Außerdem steht es dem  
Vorstande frei, gegen einen ablehnenden Bescheid des Magistrats  
an die Stadtverordnetenversammlung zu petitionieren. Dieser Weg  
wäre im Interesse der Sache zu beschreiten und wird wohl auch  
beschriftet werden.

**Heimarbeit.**

Das soeben erschienene Aprilheft des „Reichsarbeitsblatts“ teilt  
mit, daß das Reichsamt des Innern an die Bundesregierungen das  
Erfahren gerichtet hat, ob in der Tat das Kindererziehungs-  
gesetz in der Provinz „Deutsche Heimarbeit-Ausstellung Berlin 1906“  
dargelegten Weise mißachtet wird. Außerdem bringt das „Reichs-  
arbeitsblatt“ eine recht instruktive, 12 Seiten lange Zusammen-  
stellung der wesentlichsten Vorschriften über die rechtliche Stellung  
der Hausindustrie in Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich,  
Ungarn, Bulgarien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, in  
den Vereinigten Staaten von Amerika, in New York, Australien,  
Victoria und Neu-Seeland.

**Von einem Pastor der Fürsorgeerziehung.**

Die Klagen über die liebevolle Fürsorgeerziehung des Pastors  
Rohr zu Sieberdorf (Kreis Neu-Ruppin) reihen nicht ab. So wird  
uns folgende neuerlich stattgehabte Prügelstrafe berichtet. Der  
19-jährige Fürsorgeerzögling Johann Schmitte steht als Knecht bei  
dem Bauern Wilhelm Neumann in Sieberdorf in Arbeit. Er ist  
der Fürsorgeerziehung überwiesen, weil der Vater krank und die  
Mutter die Kinder nicht ernähren konnte. Am zweiten Osterfesttag  
hatte Schmitte die Tanzmusik besucht und war um 2 Uhr nachts  
nach Hause gekommen. Am Dienstag ließ der Pastor Rohr  
ihn zu sich nach seiner Wohnung kommen. Er wollte dem  
jungen Mann 25 Hiebe verabfolgen. Da dem jungen Mann das  
zu viel waren, wurde er im Stall in eine Art Kornkammer bis  
nachmittags eingesperrt; Essen erhielt er nicht. Um 4 Uhr richtet  
der Pastor die Frage an ihn, ob er sich jetzt 25 Hiebe geben lassen  
wolle. Der Knecht erwiderte: 25 halte ich nicht aus. Hierauf der  
Pastor: na dann zehn, aber lästige. Der Knecht sollte sich dabei  
überlegen. Der Knecht stellte sich nur krumm. Dann schlug der  
Pastor los. Nach dem ersten Hieb sagte der Pastor: na, der zieht  
und lästete. Beim dritten Hieb sank der junge Mann in die Knie.  
Die Prügelstrafe wurde vom Pastor selbst vollzogen. Das Blut lief  
infolge der liebevollen Tätigkeit des Pastors an den Venen entlang.

Diese Art Fürsorgeerziehung, vollzogen an einem erwachsenen  
jungen Mann ist ohne Annahme sadistischer Reigungen bei dem Pastor  
kaum erklärlich.

Der Pastor scheint nach einer von ihm den Stöcker-Blättern zu-  
geleiteten Erklärung, auf die wir noch zurückkommen werden, an-  
zunehmen, Prügel seien für eine Erziehung notwendig. Umgekehrt  
ist richtig: wer prügelt, beweist seinen Mangel an Erziehungsfähig-  
keit. Wer aber ihm als Vormund oder Fürsorgevater anvertraute  
junge, fast majorene Leute gar wegen Lappalien prügelt, der kann  
entweder nur bewußt oder unbewußt von sadistischen (Dippoldtschischen)  
Reigungen beherrscht werden oder in dem fast noch gefährlicheren  
Erziehungs-Prügel, ein Arbeiter dürfe seinen Willen haben, er  
habe nur die Pflicht, zu gehorchen, für andere zu kämpfen, er solle  
lediglich leben, um zu arbeiten, nicht arbeiten, um leben zu können.  
Diese freilich mit den Stöcker-Blättern übereinstimmende, unter dem  
Deckmantel der „Fürsorge“ sich betätigende Tendenz ist noch gemein-  
gefährlicher. Eine solche Fürsorge muß im Interesse der Betroffenen  
auf das energischste bekämpft werden. Waisen und Fürsorgeerzöglinge  
soll man liebevolle Eltern zu ersetzen suchen. Die Möglichkeit einer  
Erziehung nach Art der geschickten des Pastors Rohr unter halb-  
staatlichem Saug ist eine Schmach für den „Erzieher“, aber auch für  
den Staat selbst, und eine schmachvolle Beeinträchtigung der Menschen-  
rechte, die den Jünglingen und der Gesellschaft selbst schwere Nach-  
teile zufügt.

**Kurze zum Studium des Alkoholismus.**

Herr Dr. Juliusburger sendet uns mit dem Ersuchen um  
Aufnahme zu der kurzen Erziehung, daß auch er auf die soziale  
Seite der Ursachen des Alkoholismus eingegangen sei, folgende be-  
richtigende Ergänzung:

In Nr. 94 des „Vorwärts“ vom 24. April 1906 wird von  
meinem Vortrage, den ich gelegentlich der wissenschaftlichen Kurse zum  
Studium des Alkoholismus hielt, nur gesagt, daß er „eine  
Wendung“ enthielt, ähnlich der Vorlesung des Dr. Bergemann,  
„einer Erziehung zur Enthaltensamkeit ist die Beschaffenheit  
unserer gesamten sozialen Verhältnisse durchaus nicht günstig.“ Ich  
erlebe daraus, daß der Herr Berichterstatter zu meinem Vortrage  
meinen Vortrag nicht angehört hat. Ich sprach über Alkohol  
und Strafgesetz. Der Gesellschaft sprach ich das sozial-ethische  
Recht zur Enthaltung ab. Ich verwarf die Strafe in jeder  
Form, erklärte, daß man nicht von alkoholischen Verbrechern,  
sondern nur von Alkoholkranken mit antisozialen Handlungen  
sprechen dürfe, die in keine Strafanstalt, sondern in  
eine Heilanstalt gehörten. Jedenfalls müßte sofort in  
den Strafanstalten mit einer sachgemäß geleiteten Erziehung zur  
Abstinenz begonnen und enge Fühlung mit den Enthaltensamkeits-  
vereinen genommen werden. Nach Erörterung dieses individuellen  
Strafbollzuges kam ich zur Besprechung des sozialen oder  
historischen Strafbollzuges. Sehr eingehend stellte ich den  
sozialen Grund und Boden dar, worin die gemeingefährliche Trinksitte  
wurzelt; ich forderte soziale Sanierung und radikale  
Verlängerung der Trinksitte. Die soziale Veräumnis einerseits, die  
Gleichgültigkeit gegen die Trinksitte andererseits züchtet verbrecherische  
Individuen, deren Taten die soziale Strafe an der Gesellschaft für  
deren Unterlassungsbüßen bedingen. Die Förderung der Enthaltensamkeit  
leitete ich nicht nur aus dem Mißgefühl mit dem Stand des  
Alkoholismus ab, sondern auch aus der Erkenntnis, daß er ein ge-  
waltiges Hindernis ist für die soziale, intellektuelle, ethische Ent-  
wicklung der Menschheit. Dieser die Wahn auf jede Weise frei zu  
machen, ist höchstgebot der Gütlichkeit.

**Verfammlungen.**

Der Verband der Bauhilfsarbeiter (Zweigverein Berlin)  
hielt am Freitag in den Industrie-Festhallen seine stark besuchte  
Generalversammlung ab. Den Kassendbericht vom ersten Quartal  
dieses Jahres erstattete Böttcher. An Einnahmen inklusive des  
alten Bestandes wurden erzielt 123 628,24 M., die Ausgabe be-  
trug sich auf 55 534,50 M., darunter 6712,55 M. für Streik-  
unterstützung, so daß ein Kassendbestand von 68 088,74 M. verblieb.  
Ein Antrag, die Erhöhung des Spekulationsbeitrages für das Ver-  
bandsorgan noch einmal den Bezirk zur Erörterung zu über-  
weisen, wurde abgelehnt. — Bezüglich der Raiffeisen nahm  
die Versammlung folgende vom Vorstand empfohlene Resolution  
einstimmig an:

„Die heute, am 20. April 1906, in den Industrie-Festhallen  
tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der baugewerb-  
lichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Berlin und Um-  
gebung) erklärt nach wie vor, mit allen ihr zu Gebote stehenden  
Mitteln für die Feier des 1. Mai als den Weltfeiertag des  
arbeitenden Volkes einzutreten. Die würdige Feier dieses  
Tages erblickt die Versammlung in der Arbeitsruhe.  
Deshalb erklärt die Versammlung, auf allen Bau-



**Kellen** im Gebiete des Zweigvereins und auf solchen außerhalb des Vereins, wo Mitglieder des Zweigvereins beschäftigt sind, am 1. Mai die Arbeit in vollem Umfang einzustellen zu lassen.

In der Diskussion hierüber äußerten sämtliche Redner einmütig die Ansicht, daß sich durch den üblichen „Aussperrungs“-Beschluss der Unternehmer eben so wenig wie früher, so auch diesmal kein Klassenbewußter Bauarbeiter von der Teilnahme an der Maifeier werde abhalten lassen. An die fast wirkungslosen Maifeierbeschlüsse des Unternehmertums hätten sich die Bauarbeiter nachgerade schon gewöhnt, als daß sie dieselben anders als mit gleichgültigem Achselzucken aufnahmen.

Eine längere Debatte entspann sich alsdann über den schiedsgerichtlichen Ausgang einer Differenz mit den Unternehmern wegen der Auslegung einer Vertragsbestimmung, wonach die an Hebevorrichtungen beschäftigten Bauhilfsarbeiter einen höheren Lohnsatz zu beanspruchen haben. Die Streitfrage, welche Arbeiter „als an Hebevorrichtungen beschäftigt“ zu gelten haben, entschied das Tarifschlichtungsamt unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schallhorn folgendermaßen:

Das Schiedsgericht beantwortete die Frage, welche Kategorie von Arbeitern unter den Begriff der „an Hebevorrichtungen beschäftigten“ fallen, wie folgt:

I. a) Transportoren, die das Material (wie Steine, Eisen, Körnel) heranschaffen, fallen nicht darunter;  
b) ebenso wenig diejenigen, welche das Material ohne weiteres befördern.

II. a) Dagegen werden darunter gerechnet diejenigen, welche beim Befestigen (Einbinden) des Materials an der Aufzugsvorrichtung beschäftigt werden;  
b) ebenso Helfer an den Winden.

Voraussetzung ist aber in beiden Fällen ad II eine gewisse Ständigkeit dieser Arbeit (Tagesleistung).

Hierzu wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen:

„Die heute am 20. April 1906 tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter (Zweigverein Berlin) nimmt Kenntnis von dem Vorlauf des Schiedsgerichts, der anlässlich der Differenz aus dem Vertragsverhältnis bei den Firmen Fränkel und Tesch geführt ist. Sie erklärt, daß diesem Schiedsgericht unter keinen Umständen fügen zu können, da nach ihrer Auffassung auch diejenigen Leute „als an Hebevorrichtungen beschäftigt“ gelten müssen, welche mit dem Heran- und Abschaffen des Materials von den Hebevorrichtungen beschäftigt sind. Es ist auch ausgeschlossen, daß die Vertragschließenden bei Festlegung des Vertrages dem betreffenden Passus einen Sinn untergelegt haben, wie er jetzt in dem Schiedsgericht ausgedrückt ist, denn nach dem Vorlauf des Schiedsgerichts würden unter jenen Passus zur Hauptfrage so gut wie gar keine Bauarbeiter, sondern meistens nur Maschinenisten fallen. Für Maschinenisten besteht aber eine selbständige Organisation, und hat der Bauarbeiterverband deshalb auch kein Recht, für Angehörige anderer Berufe die Löhne festzusetzen.

Aus diesen Gründen erklärt die Versammlung, nach wie vor an den Standpunkt festzuhalten, daß alle mit Heran- und Fortschaffen von Materialien bei den Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter, so wie solche, welche die Winden in Bewegung setzen, unter jenen Passus gehören und demzufolge den erhöhten Lohn zu verlangen haben.

Die Versammlung beauftragt daher die Lei, auf allen Bauten, auf denen aus obigen Anlässen Differenzen entstehen sollten, sofort Maßnahmen zu ergreifen, daß die in Frage kommenden Kollegen den ihnen zustehenden Lohn erhalten, und wo dieses durch Verhandlungen nicht erreicht wird, eventuell durch Arbeitseinstellung die Zahlung des tariflichen Lohnes zu erzwingen.“

**Verein der Zimmerer.** In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Kassierer die Abrechnung vom ersten Vierteljahr. Die Einnahmen betragen 9649,30 M., die Ausgaben 4245,20 M., der gesamte Bestand beträgt 61 117,66 M. Die Zahl der Mitglieder, die ihre Beiträge voll bezahlt haben, betrug am Vierteljahresabschluss 1961. — Den Bericht der Delegierten vom Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften gab Schmitt. Er empfahl der Versammlung, sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden zu erklären und danach zu handeln. — In der Diskussion sprach Schieminski gegen die vom Kongress beschlossene Programmänderung. Er führte unter anderem aus: Die Zimmerer hätten beschlossen, daß sie ihre Organisation auf dem Boden der Sozialdemokratie zu bewegen habe. Wie sei das nun zu rechtfertigen, daß die Delegierten trotzdem der Programmänderung zustimmten, wonach sich die Freie Vereinigung der Gewerkschaften auf den Boden des „revolutionären Sozialismus“ stelle, sich von jeder Partei unabhängig, also politisch neutral erkläre. Damit würde ja die Neutralität, die man auf dieser Seite stets als ein den Verbänden anhaftendes Uebel bekämpft habe, auch in die Freie Vereinigung der Gewerkschaften eingeführt. Das sei ein falscher Beschluss, der für die Zimmerer nicht maßgebend sein könne, denn diese hätten sich immer zum Erfurter Programm der Sozialdemokratie bekannt. Durch die beschlossene Aenderung habe man die Grenzlinien zwischen den Verbänden und der Freien Vereinigung verwischt, die letztere sei nun auch neutral geworden, sie habe eine Verheugung nach der am weitesten links stehenden Seite gemacht und das alles nur, um eine Handvoll Anarchisten in Süddeutschland zu gewinnen. Es gebe einige Organisationen, die nur eine recht kleine Mitgliederzahl haben, die aber mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Delegierten auf dem Kongress anwesend, die immer die radikalsten Worte im Munde führen. Die stärkeren Organisationen schütten verhältnismäßig weniger Delegierte zum Kongress. So käme es wohl, daß die Bedeutung der sich radikal gebärdenden Organisationen überhöht werde. Man habe gesagt, durch die Programmänderung solle ein recht großer Rahmen für die Freie Vereinigung geschaffen werden. Der nächste Kongress werde zeigen, wie groß der Rahmen und wie klein die Zahl derer sei, die wegen des neuen Rahmens zur Freien Vereinigung gekommen sind.

Wiese sagte, durch die Programmänderung würden diejenigen Kameraden zur Mitarbeit in der Organisation verpflichtet, welche dieselbe bisher verweigerten, indem sie sagten: Ihr seid ausgesprochene Sozialdemokraten, deshalb können wir bei Euch nicht mitarbeiten, wenn wir Mitglieder Eurer Organisation sind. — Juppenthal trat den Ausführungen Schieminskis entgegen. Es sei doch zu untersuchen, ob das Erfurter Programm in der Sozialdemokratie immer gehalten wurde. Gleiches Recht sei eine sozialdemokratische Forderung. Die Sozialdemokratie habe aber nicht verstanden, die Gewerkschaften der Freien Vereinigung gegen Vergewaltigung durch die Verbände zu schützen. Er erinnere in dieser Hinsicht nur an die Berliner Gewerkschaftswahl, wo die Sozialdemokratie den Gewerkschaften der Freien Vereinigung nicht das ihnen zustehende Recht verschaffen konnte. Die Kongressdelegierten hätten ihre Ansicht vertreten und ihre Schuldigkeit getan. — Upp meinte, die Zimmerer seien nicht durch den Kongressbeschluss Anarchisten geworden, es sei aber notwendig, mehr nach links zu rücken, denn man wolle mehr Radikalismus haben.

Die weitere Debatte über diese Angelegenheit wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt.

**Der Zentralverband der Steinarbeiter (Filiale Berlin I)** hatte am 20. April im „Englischen Garten“ eine Mitgliederversammlung. Der Kassierer Schlembach gab die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme einschließlich eines alten Bestandes betrug 11 047,87 M., die Ausgabe 2880,62 M., so daß ein Bestand von 8224,25 M. verblieb. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Zur Frage der Maifeier führte der Vorsitzende Hanschke aus: Die Art und Weise, wie die Steinarbeiter Berlins den 1. Mai feierten, sei bisher eine unzulängliche gewesen. Es sei schon vorzuziehen, daß Steinmetzen am 1. Mai auf Bauten arbeiteten, wo die Maurer feierten. Darin müßte anders werden. Den Unternehmern und anderen Gewerkschaften sei zu zeigen, daß auch die

Steinarbeiter den 1. Mai zu würdigen wüßten. Vorstand und Platzvertreter schlugen folgende Resolution vor:

„Die Arbeitsruhe ist die wirksamste Art der Demonstration für die Förderung des Achtundzestages und für die Arbeiter-Idungserhebung. Platzvertreter und Vorstand halten die bisherige Art der Maifeier für eine Halbheit und für nicht entsprechend den Organisationsverhältnissen am Orte. Sie empfehlen, zu beschließen, daß in allen Betrieben, wo die Organisationsverhältnisse es ratsam erscheinen lassen, die Arbeit am 1. Mai zu ruhen hat.“

Verschiedene Redner nahmen Anstoß an dem Satz: „Wo die Organisationsverhältnisse es ratsam erscheinen lassen“. Die Löhnen und Lagen würden sich den Satz zunutze machen und sich unter dem Vorzeichen, es wäre „nicht ratsam“, vor der Feier zu drücken suchen. — Der Vorsitzende verwies darauf, daß der Passus nur die wenigen angebe, die etwa als einzelne Organisierte unter jenen „Schwarzem“ arbeiteten. Im aber den Wünschen aus der Versammlung entgegen zu kommen, sprach er den Satz aus der Resolution, so daß es nunmehr darin heißt: daß in allen Betrieben am 1. Mai die Arbeit zu ruhen hat. (Mehrfache Zustimmung.) Nunmehr wurde die Resolution gegen zwei Stimmen angenommen. — Hanschke sprach darauf namens des Vorstandes die Erwartung aus, daß nun auch strikte nach dem Beschluß gehandelt werde. Mitglieder, die nicht den 1. Mai feierten, hätten die Konsequenzen zu tragen, über die eine spätere Versammlung beschließen werde. Jeder Anwesende habe die Pflicht, unter den Nichterscheinenden lebhaft für die Feier des 1. Mai zu agitieren. — Wer am 2. Mai ausgeperrt ist, hat sich zwecks Kontrolle abends 8 Uhr bei Faber einzufinden. Wenn die eventuelle Ausperrung keinen nennenswerten Umfang annimmt, wird an Unterjünglingen wahrscheinlich 8 M. pro Tag den Verheirateten und 2,50 M. den Unverheirateten gezahlt werden. — Es folgte die Berichtserstattung über den Verbandstag in Nürnberg, in die sich Walter und Hanschke teilten. Die Diskussion darüber wurde bis nach dem Erscheinen des Protokolls vertagt. — Von der Lohnbewegung bei den Nichttinnungsgebern wurde mitgeteilt, daß die meisten dieser Firmen den mit der Innung abgeschlossenen Tarif anerkannt hätten.

**Eine allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer**, einberufen von der Metallarbeiter-Gewerkschaft, fand am Sonntag in der Rosenhallerstr. 57 statt. Der Branchenvertreter Diegona berichtete hier über den Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften sowie über die Konferenz der Metallarbeiter, die im Anschluß an jenen Kongress tagte. Der Name der Metallarbeiter-Gewerkschaft wurde in „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ umgewandelt. Die örtlichen Verwaltungsräte der „Vereinigung“ bilden selbständige Vereine. — Ausführliche Berichte über Kongress und Konferenz sollen in der allgemeinen Mitgliederversammlung gegeben werden. — In das Referat trugte sich, angeregt durch einige Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, eine Aussprache über die Grundzüge des Verbandes und der Gewerkschaft sowie über ihre Leistungen für die Rohrlegerbranche. Es wurde von beiden Seiten mit anerkennendwärtiger Sachlichkeit diskutiert. — Darauf wurde über die Maifeier gesprochen. Für die in der Gewerkschaft organisierten Rohrleger und Helfer wurde es als selbstverständlich erachtet, daß sie gemäß dem Beschluß der allgemeinen Mitgliederversammlung vom 9. April den ersten Mai durch Arbeitsruhe feiern. Auch der Verbandsvertreter Hein sprach sich grundsätzlich für diese Art der Maifeier aus.

**Die Arbeiter der Treppengeländerbranche**, welche im Holzarbeiterverband organisiert sind, hatten am 23. April im königstädtischen Kasino eine Versammlung, in der zur Frage der Maifeier Stellung genommen wurde. Der Referent Pattloch hob hervor, daß die Kollegen der Branche immer auf dem Standpunkt der Feier durch Arbeitsruhe gestanden hätten. Er hoffe, daß die Kollegen auch dieses Jahr einmütig den 1. Mai feiern würden. Es dürfe sich niemand dadurch abreden lassen, daß die Holzindustriellen beschließen hätten, den 1. Mai nicht freizugeben. Jemand, welcher Vorkommnisse aus Anlaß der Maifeier seien sofort der Organisation zu melden. — Im selben Sinne sprachen die Diskussionsredner. Einer von ihnen betonte es, daß eine Anzahl Kollegen zwar zu feiern pflegten, aber nicht in die Versammlung gingen, sondern zuhause blieben. Das wäre ganz falsch. Jeder müßte sich auch nach dem Versammlungsort begeben, um die Demonstration so wirkungsvoll wie möglich zu machen. — In einer Resolution erkannten die Versammelten einstimmig die Notwendigkeit der Maifeier durch Arbeitsruhe an und verpflichteten sich, in ihren Betrieben dafür zu wirken. — Die weiteren Verhandlungen betrafen namentlich die Differenzen in etwa 18 Betrieben, die einer falschen Auslegung des Tarifes durch die Unternehmer entgingen. Nachdem eine Sitzung der Schlichtungskommission sich allgemein mit den Tariffragen beschäftigt hatte, ohne auf die einzelnen Streitfragen einzugehen, ist seitens der Freien Vereinigung der Holzindustriellen den Unternehmern der Branche durch Pirkular erklärt worden, daß sie den Vertrag anzuerkennen hätten. Wenn Differenzen über einzelne Punkte beständen, hätten die Arbeitgeber und ihre Arbeiter zunächst selbst eine Einigung zu versuchen und erst dann, wenn sich eine Verständigung bei Differenzen nicht erzielen ließe, habe die Schlichtungskommission eingzugreifen. Pattloch empfahl auch den Arbeitern, nicht bei Differenzen gleich an die Schlichtungskommission zu denken, wie das auch einzelne Kollegen machten, sondern immer erst den Versuch einer Verhandlung mit dem Arbeitgeber zu machen. — Nach Erlaß des Pirkulars der Holzindustriellen sind die meisten der Tarifdifferenzen im Prinzip erledigt worden.

**In der Versammlung des Verbandes der Asphalt- und Pappdachdecker (Zahlstelle Berlin)**, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus tagte, erstattete der Kassierer Raunz den Kassierbericht für das erste Quartal. Einschließlich eines früheren Kassierbestandes von 338,07 M. betrug die Gesamteinnahme 1089,82 M., wovon 509,41 M. an die Hauptkasse überwiesen wurden. Von den verbleibenden 489,91 M. ging ab eine Gesamtausgabe von 120,85 M. Danach betrug der Bestand der Lokalkasse am Schluß des Quartals 368,06 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Zur Lohnbewegung teilte der Vorsitzende Kleinschmidt mit, daß der Vorstand im Laufe dieser Woche den seinerzeit beschlossenen Tarifentwurf, in den noch hygienische Forderungen aufgenommen werden würden, sämtlichen Unternehmern der Asphalt- und Pappdachbranche zugehen lasse. Es wäre dann abzuwarten, wie sich die Unternehmer dazu stellen. Auch an die Firma Jelerich, die einzelnen Leuten jetzt 2/3 bis 5 Pf. pro Stunde zugelegt habe, werde man herantreten. — In der Debatte wurde angeregt, daß bei der redaktionellen Aenderung des Tarifvorschlages in diesen die Forderung der Freigabe des 1. Mai ausgenommen werden möge. Der Antrag soll gefolgt werden. — Bei der Maifeier wird man sich nach einem Beschlusse der Versammlung an eine andere Gewerkschaft anschließen. Der Vorstand soll dies vorbereiten. Die Kollegen, welche durch Arbeitsruhe feiern, haben sich am 1. Mai gegen 9 Uhr früh im Gewerkschaftshaus einzufinden, wo ihnen unentgeltlich die Maimärkte eingehändigt wird. Mitglieder, denen es unmöglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen, haben für die Maimärkte 50 Pf. zu zahlen. Ohne die Maimärkte ist das Mitgliedsbuch nicht in Ordnung. Der Wahregelung zu befürchten hat, soll nicht feiern. — Darauf erledigte man noch verschiedene Vereins- und Branchen-Angelegenheiten. Die Entschädigung des Kassierers wurde auf 15 M. pro Monat für die 9 Monate festgesetzt, wo Beiträge erhoben werden, und für die übrigen 3 Monate auf je 9 M.

**Deutscher Kürschnerverband.** Die Zahlstelle Berlin hielt am 23. April eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom ersten Vierteljahr verlesen wurde. Dem Kassierer Dreißblatt wurde einstimmig Decharge erteilt. Durch Antwiederlegung einiger Vorstandsmitglieder waren Ergänzungswahlen notwendig geworden; gewählt wurden als erster Vorsitzender Dittmann, zweiter Vorsitzender Nießke, zweiter Schriftführer Nießke, Beisitzer Zimmerling, Pieper und Strandski. Hierauf berichtete Dittmann über die internationale Kürschnerkonferenz, die am 8. und 9. April in Leipzig stattfand. Der Redner betonte unter anderem, daß diese Konferenz zur

Stärkung der internationalen Verbindung wie zur Förderung der Organisation in den verschiedenen Ländern beitragen werde.

Danach wurde über die Maifeier beraten. Alle waren darin einig, daß die Arbeit am 1. Mai allgemein ruhen soll. Die zentralorganisierten Kürschner beteiligten sich an der Versammlung, die in der Annahme der Gewerkschaftskommission als für sie bestimmt bezeichnet wird. Sie trafen sich vormittags 9 Uhr in Ernst Gesellschaftshaus, Prenzlauerstr. 41, um sich von dort nach dem Versammlungsort zu begeben.

Schließlich berichtete Dittmann über den Verbandstag in Weihenfeld. Die Diskussion über den Bericht wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt. Ebenso soll der Bericht des Kollegen Walle über seine Tätigkeit beim Gewerbegericht in der nächsten Versammlung gegeben werden.

**Die Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes** hielt am Freitag eine Mitgliederversammlung ab, in der unter anderem die Maifeier auf der Tagesordnung stand. Es wurde ohne weiteres als selbstverständlich erachtet, daß die Mitglieder dem Beschluß des Zweigvereins der Maurer gemäß, am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen. Die Fliesenleger trafen sich vormittags 10 Uhr in Habels Brauereiausgang in der Bergmannstraße 5/7 und begeben sich von dort nach der Versammlung in der Bodbrauerei.

**Die Sektion der Gips- und Zementarbeiter des Maurerverbandes** hielt am Freitag eine Generalversammlung ab. Genosse Störmer sprach über den politischen Klassenstreik. Er trat für denselben ein im Sinne der Beschlüsse des Jenauer Parteitages. Durch lebhaften Beifall gaben die Versammelten ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zu erkennen. — Hinsichtlich der Maifeier stimmte die Versammlung der vom Zweigverein des Maurerverbandes angenommenen Resolution zu, welche für Arbeitsruhe eintritt. — Darauf erstattete der Kassierer den Kassierbericht für das erste Quartal, derselbe ergibt einen Bestand von 10 585 M. — Am Schluß des Quartals hatte die Sektion 3048 Mitglieder, von denen 2430 ihre Beiträge voll bezahlt hatten.

**Zur Maifeier** nahm auch eine Betriebsversammlung der bei der Firma Görz beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung. Piffel als Vorsitzender der Versammlung machte darauf aufmerksam, daß die Kollegen bei Görz laut Beschluß der Resolution, die auf dem Veitziger Verbandstag angenommen wurde, Stellung zur Maifeier nehmen müßten. Diese Resolution besagt, daß wenn in einem Betriebe drei Fünftel der angestellten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes seien, dieser Betrieb Stellung zur Feier des 1. Mai zu nehmen habe. Geier empfiehlt in seinem einleitenden Referat, bei Görz am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, um dazu beizutragen, das Völkerverständnis zu einer immer bedeutenderen Demonstration zu gestalten. — Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. In der Diskussion sprachen sich alle Redner in demselben Sinne aus. Zum Schluß nahm auch der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Cohen, das Wort und dokumentierte durch seine Ausführungen, daß er ein begeisterter Anhänger der Maifeier sei. Auch ihm sollte die Versammlung großen Beifall. Die nun folgende Abstimmung ergab als Resultat, daß von circa 700 Anwesenden, die weitläufig überwiegende Majorität für Arbeitsruhe am 1. Mai stimmte. — Bei Punkt 2 der Tagesordnung wurde über das Ueberstundennutzen bei der Firma Görz beraten. Es wurde der Versammlung ein von den Vertrauensleuten gestellter Antrag vorgelegt, der besagt, daß wenn 14 Tage lang Ueberstunden gemacht worden sind, eine Pause von mindestens 14 Tagen einzutreten hat. — Der Antrag der Vertrauensleute wurde einstimmig angenommen, ebenso folgende Resolution:

Die Versammlung der bei Görz beschäftigten Arbeiter protestiert entschieden gegen das Vorgehen der Dresdener Polizei gegen die ausgeperrten Metallarbeiter. Sie hält dieses Vorgehen für eine Verletzung der gesamten Arbeiterschaft und drückt den Dresdener Kollegen ihre vollste Sympathie aus.

Die Versammlung wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

**Verband der Kupferschmiede Deutschlands.** Am 21. April hielt die Filiale Berlin des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom ersten Quartal 1906 war den Vertrauensleuten zugewandt worden, es wurden Einwendungen gegen dieselbe nicht gemacht und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Zentralkasse hatte inkl. eines Bestandes von 200 Mark eine Einnahme von 4260,70 M., eine Ausgabe von 3563,25 M. 407,45 M. sind nach Hamburg gelangt worden und 200 M. verblieben als Bestand der Filiale. Die Filialkasse hat inkl. eines Bestandes von 458 M. eine Einnahme von 985,77 M., der eine Ausgabe von 746,52 M. gegenübersteht, bleibt ein Bestand von 239,25 M. Die Einnahme des Dispositionsfonds betrug inkl. eines Bestandes von 4068,71 M. 6721,09 M., dem eine Ausgabe von 504,08 M. gegenübersteht, bleibt Bestand 6216,76 M. Die Zahl der Mitglieder betrug am Anfang des Quartals 575, am Schluß 606 Kollegen. Der Vorsitzende teilte mit, daß durch die Ausperrungen der Metallindustriellen eine Anzahl Kollegen in Mitteldeutschland gezogen worden sind und zwar in Rostock 8, in Braunschweig 10, in Hannover 35, in Dresden 14 und in Breslau 30 Kollegen. Ferner ist der Zugzug nach Magdeburg, Nürnberg und Posen wegen Lohnhöhenunterschieden ferngeblieben. Die Firmen Hartung und Gütremann, Inhaber Schiefinger, haben nach Vorstelligwerden der Kollegen freiwillig die Arbeitszeit verfürzt, ersterer um eine ganze, letzterer um eine halbe Stunde täglich. Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Welche Lohnforderungen gedenken wir dieses Jahr zu stellen, wurde nach längerer Diskussion beschlossen, in nächster Zeit Bezirksversammlungen abzuhalten, welche sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen sollen. Auf Grund des sich ergebenden Resultats soll der Vorstand eine Vorlage zu einem neuen Tarif ausarbeiten unter Zugrundelegung einer neunstündigen Arbeitszeit für alle Werkstätten. Betreffs der Maifeier wurde festgestellt, daß in einer Anzahl Fabriken dieselbe durch Arbeitsruhe geieiert werden soll. Die Kollegen schrieben sich der Schmiedeversammlung im „Englischen Garten“ an. Beschllossen wurde, den Arbeitlosen am 1. Mai 2 M. und den Ausgesperrten 3 M. Extrazustellung zu gewähren, ferner von den arbeitenden Kollegen 1 M. Extrazustellung zu erheben. Bei zwei Kollegen soll der Ausschluß aus dem Verband wegen Streikbruchs beim Zentralvorstand beantragt werden.

**Erklärung.** In Nr. 91 des „Vorwärts“ steht unter Audrit „Versammlungen“ der Versammlungsbericht der Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend. Hierin heißt es unter anderem: „Unger vom Zentralverband der erklärte, nur für sich und nicht für die Verwaltung zu sprechen, trat den verschiedenen Angriffen auf den Verband entgegen.“ Das ist so gedeutet worden, als habe ich nur meine Person gegen die Angriffe verteidigt und auf die Gesamtverwaltung die Vorwürfe ruhen lassen. Ich erkläre deshalb:

„Ich habe nicht gesagt, daß ich nur für mich und nicht für die Verwaltung spreche, sondern ausdrücklich erklärt, ich komme nicht im Auftrag der Verwaltung oder des Vorstandes, sondern nur als Kollege, könne aber diese schweren Angriffe als Verwaltungsmittel auf dieselbe nicht unwiderrprochen lassen und habe dann alle Angriffe auf die Verwaltung mit Beweismaterial zurückgewiesen.“

Heinrich Unger.

**Leise- und Diätierklub „Emil Rosenow“.** Sitzung am Mittwoch bei Komatz, Dalldorfstr. 5. Vortrag: Grundzüge zum Darwinismus. Gäste willkommen.

**Sozialdemokratischer Leise- und Diätierklub „Eid. Ch.“** Heute Mittwochabend 8 1/2 Uhr pünktlich bei Toldorf, Gröbnerstr. 38: Generalversammlung und Vortrag der Genossin Fr. Kraus. Thema: „Das Weib hat zu schweigen in der Gemeinde!“ — Gäste, besonders Frauen willkommen.

**Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehilfen Berlins.** Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 10 Uhr, Generalversammlung im Lokale Schillingstr. 38. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.





# WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend. — Soweit der Vorrat reicht.

## Porzellan

|                               |                   |        |
|-------------------------------|-------------------|--------|
| Kaffeetassen weiss            | statt 28 Pf.      | 18 Pf. |
| Kaffeekannen mit Deckelschutz | 45 Pf. bis        | 175    |
| Milchtöpfe                    | 10 bis            | 90 Pf. |
| Kaffeekannen gemustert        | 50                | 75 Pf. |
| Speiseteller                  | nach 10 Pf., tief | 15 Pf. |
| Dessertteller 17, 18, 19 cm   |                   | 10 Pf. |
| Kaffeetassen mit Untertassen  |                   | 8 Pf.  |
| Goldrand-Tassen               |                   | 12 Pf. |
| Milchtöpfe dekoriert          | 6 Stück           | 95 Pf. |

## Waschservice

|            |   |      |
|------------|---|------|
| „Martha“   | 4teilig, rot abgetönt                         | 145  |
| „Meta“     | 5teilig, rot und blau abgetönt                | 290  |
| „Louise“   | 5teilig, rosa, rot und blau abgetönt          | 400  |
| „Germania“ | 5teilig, rot und blau dekoriert               | 525  |
| „Emma“     | 5teilig, mit Dose, blau, Schwannemuster       | 625  |
| „Grete“    | 5teilig, changeant, Relief dekoriert          | 625  |
| „Elvira“   | 5teilig, mit Dose, cobaldblau, gold abgesetzt | 900  |
| „Mira“     | 5teilig, mit Dose, cobaldblau, gold abgesetzt | 1150 |

## Kaffeesevice

|                 |                 |                 |                 |                 |                  |
|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|------------------|
| Porzellan       |                 |                 |                 |                 |                  |
| 9 teilig, statt | 8,75            | 4,25            | 4,50            | 6,50            |                  |
|                 | 2 <sup>90</sup> | 3 <sup>50</sup> | 3 <sup>75</sup> | 5 <sup>50</sup> |                  |
| 9 teilig, statt | 7,50            | 8,50            | 16teilig, statt | 8,75            | 12,50            |
|                 | 6 <sup>50</sup> | 7 <sup>50</sup> |                 | 7 <sup>50</sup> | 10 <sup>50</sup> |

## Tafelservice Porzellan

|                 |       |                  |       |       |                  |
|-----------------|-------|------------------|-------|-------|------------------|
| 80 teilig statt | 20,50 | 16 <sup>50</sup> | statt | 30,00 | 25 <sup>00</sup> |
| 60 teilig statt | 45,00 | 37 <sup>50</sup> | statt | 55,00 | 47 <sup>50</sup> |
| 80 teilig statt | 65,00 | 57 <sup>00</sup> | statt | 80,00 | 72 <sup>50</sup> |

## Fischservice 15 teilig statt 20,50 16<sup>50</sup>

## Küchenservice rot abgetönt

|                         |        |
|-------------------------|--------|
| Vorratsstone            | 35 Pf. |
| Essig- und Oelflasche   | 38 Pf. |
| Gewürztönnchen Satz     | 100    |
| Salz- und Mehlresten    | 85 Pf. |
| Milchtöpfe Satz 6 Stück | 175    |

## Küchenservice moderne Form und modernes Dekor

|                         |        |
|-------------------------|--------|
| Vorratsstone            | 50 Pf. |
| Essig- und Oelflasche   | 50 Pf. |
| Gewürztönnchen Satz     | 150    |
| Salz- und Mehlresten    | 140    |
| Milchtöpfe Satz 6 Stück | 225    |

## Emaillie

|                                      |                 |                      |
|--------------------------------------|-----------------|----------------------|
| Kasserolle mit Ausguss, 7 Größen     | 12 bis          | 60 Pf.               |
| Kaffeekannen 7 Größen                | 20 bis          | 65 Pf.               |
| Wasserkessel für Gas                 | 40 bis          | 95 Pf.               |
| Gemüseschüsseln 6 Größen             | 25 bis          | 75 Pf.               |
| Bratenplatten oval                   | 25 Pf. bis      | 170                  |
| Kummen (Eisnapfe) 6 Größen           | 10 bis          | 30 Pf.               |
| Krüge                                | 45 Pf. bis      | 110                  |
| Schmortöpfe gross, für Restaurateure | ca. 10 16 22 L. | 150 190 210          |
| Hotel-Toilette-Eimer                 | statt 8,75 nur  | 315                  |
| Eimer 28 cm blau                     | 75 Pf.          | deckt mit Deckel 285 |

## Ein grosser Posten Secunda-Emaillie Pfannen, Töpfe, Schüsseln Teller, Schmortöpfe, Kannen besonders preiswert

|   |  |
|---|--|
| Salatschalen f. geschl. od. bunt (Wert bis 4,50)  | 250  |
| Cakesdosen (Wert bis 5,75) f. geschl. od. bunt    | 250 (Wert bis 3,75) 150                      |
| Solinger Bestecke vernickelt                      | statt 6,75 490                               |
| Esslöffel 12 Pf.   Teelöffel                      | 6 Pf.  |
| Servierbretter für Restaur.-Gärten bis 70 cm lang | 200 250                                      |
| Balkon-Blumenkästen grün                          | 60 cm 70 Pf. 80 cm 100 100 cm 125 120 cm 160 |

Mein **neuer**  
**Katalog 1906**  
in künstlerischer Ausstattung  
mit etwa **600 Abbildungen**  
für Innen-Dekorationen  
und Original-Teppich-Tafeln  
**ist erschienen!**  
und wird auf Wunsch  
gratis und franko versandt.  
**Teppich-Versandhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S., Oranienstr. 158.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**  
garantiert Handarbeit  
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!  
**M. Suize, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.**

Überzeugen Sie sich, dass meine  
**Deutschland-Fahrräder**  
u. Zubehörteile die besten, die im Gebrauch die allerbilligsten sind!  
Über 100.000 Deutschland-Räder zur grössten Zufriedenheit im Gebrauch.  
Preisliste, die grösste der Branche, unberechnet u. portofrei.  
**August Stukenbrok, Einbeck**  
Erstes Fahrradhaus Deutschlands.

Die besten Fahrräder und Fahrradzubehörteile zu enorm billigen Preisen finden Sie wieder bei  
**Ernst Machnow, Berlin N.,**  
Arkonaplatz 1, Filiale: Kaiser Wilhelmstr. 158.  
Abteilung für Motorfahrzeuge: Wollinerstr. 11-12.  
Neue hochelegante Fahrräder 45.-, 50.-, 52.-, 55.- M. usw.  
Für meine meistberühmten Refonaräder übernehme bis 6 Jahre Garantie. Aufschläuche 1.50, 2.-, 2.50, 3.50 M. Pumpmängel 2.50, 3.20, 4.50 M. — Nähmaschinen 28.-, 36.-, 42.- M. — Neue ultralight Motorzweiräder 100 M. etc. — Katalog gratis und franko.

**Für Damen!**  
Billigste Preise  
Direkt aus der Fabrik. Jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigen Preisen:  
**Jaquettes** schwarz u. farbig in kolossaler Auswahl 3,75, 4,50, 6, 7-20 M.  
**Capes** in sämtlichen Längen 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 8-25 M.  
**Staubmäntel** 5,50, 7,25, 8-22 M.  
**Kostüm-Röcke** in blau, schwarz, diversen englischen Stoffen 3,50, 4,25, 5,50-20 M.  
**Kursstr. 41/42**  
**Fabrik Pelz, Sonntags geöffnet.**  
Vorzeig. dies. Annonc. 5<sup>te</sup> Rab.

**Arbeiter!**  
Raucht „Malinda“-Zigarren in 100ten Zigarrengeschäften zu haben.  
Wer sich den Genuß der so vorzüglichen echten Malinda-Zigarren a 5, 6, 8, 10 Pf. per Stück verschaffen will, achte darauf, daß ihm die rühmlichst bekannte echte „Malinda“-Zigarre verkauft wird.  
„Malinda“  
Zigarren werden sehr viel nachgeahmt, aber niemals an Qualität erreicht.  
**S. Rund, Generalvertreter, Marsilius-Str. 23.**

**TUMA-ZARI**  
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Nur Qualität!  
**Spre-Blume-**  
Zigaretten  
H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spre-Blume“  
Berlin N. 28, Strylennhinderstr. 60/1  
Telephon: Amt III, 6949.

**New-Departure-Freilauf-Bremsnabe**  
Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**  
Engros-Vertrieb: **Romain Talbot, Berlin S.**

**Kufeke's Kinder-mehl**  
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.  
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW



Wendepunkte in der neueren deutschen Geschichte.

1. Der Sieg der Fürsten (1648).

Die Genossen von Groß-Berlin veranstalten einen Zyklus von Vorträgen über das obige Thema, um historisches Wissen unter den Arbeitern zu verbreiten, die treibenden Kräfte der politischen Gestaltung Deutschlands aufzuzeigen und Anregung zu geben zu weiteren Studien auf geschichtlichem Gebiete.

Man könnte meinen, die Besprechung der letzten Jahrhunderte deutscher Geschichte sei kein aktuelles Thema, die alte deutsche Geschichte sei mit 1870/71 abgeschlossen, die früheren politischen Kämpfe gingen um die deutsche Einheit, diese sei seit 1870/71 erfüllt, jetzt beschäftigen sich neue Probleme: der Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse.

Das, was 1870/71 Deutsches Reich geworden ist, ist ein Wund der Fürsten, aber nicht eine des Bedürfnisses des Volkes Rechnung tragende Tatsache. Das heutige Deutsche Reich ist also keine andere Einheit als es der deutsche Bund von 1815 und das alte heilige römische Reich deutscher Nation waren.

Es entsteht nun die Frage: Wie kommt es, daß die deutsche Einheit nur so unvollkommen verwirklicht ist und daß mit der Einheitsbewegung die Freiheitsbewegung im Sande verlaufen ist?

Vom Standpunkte des bürgerlichen Historikers ist die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte ein rauschendes Jubelgedicht, welches seinen Abschluß findet in der Ära Bismarck und Wilhelm I. Für die proletarische Betrachtung dagegen ist diese Periode nichts als ein Trauerspiel, in dem das Verhängnis der deutschen Geschichte vor uns aufgerollt wird.

In diesem Sinne treten wir an die Geschichtsbetrachtung heran und fragen uns, wie es kommt, daß wir in Deutschland noch mit den Einzelstaaten zu rechnen haben, während Frankreich, England, Italien die Kleinstaaterei überwunden haben.

England, Frankreich und Deutschland waren im Mittelalter dezentralisiert, was eine Folge der damals herrschenden Naturalwirtschaft ist. Die erste Einheit des mittelalterlichen Wirtschaftslebens war das Dorf. Was im Dorfe verdrahtet wurde, das wurde im allgemeinen auch im Dorfe erzeugt.

Wie kam es, daß der deutsche Bauer und der Kleinbürger der damaligen Zeit sich dieses Kampfwesens gefaßt ließen, ohne sich dagegen zu empören? Es kam daher, daß die unteren Klassen damals ein bemutetes geschichtliches Dasein nicht führten. Kulturell war Deutschland in der Zeit von 1600—1700 nur durch die Fürstentümer und deren Anhang vertreten.

Nach Schluß des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages machte der Vorlesende Genosse Ernst bekannt, daß der nächste Vortrag am kommenden Montag, pünktlich um 8 Uhr, beginnt. Nur infolge eines Versehens sei die heutige Versammlung später eröffnet worden.

war in seinen wirtschaftlichen Interessen unabhängig von den anderen. Deutschland hatte infolge dieser Verhältnisse am Ende des Mittelalters eine Fülle blühender Städte, aber keine Großstadt, von der aus das ganze Gebiet hätte zentralisiert werden können.

Auch um jene Zeit gab es in Deutschland Kämpfe zwischen den Vasallen und dem König, aber diese Kämpfe hatten kein wirtschaftliches, sondern ein militärisches Interesse. — Als Karl V. im schmalkaldischen Kriege 1547 die deutschen Fürsten besiegt hatte, da war ein Moment, wo der deutsche König über die Vasallen absolut herrschen konnte, aber nach fünf Jahren empörten sich die Fürsten wieder und zeigten auf dem Reichstage zu Augsburg, daß die Vasallen wieder stärker waren wie der König.

Der Absolutismus des Königs, die königliche Zentralgewalt, war für England und Frankreich eine Wohltat. Zwar wurden dadurch dem Volke neue Lasten auferlegt, aber es wurde auch Raum dafür geschaffen, daß sich 1789 ein neues Recht durchsetzen konnte.

Bei der Sieg der Fürsten Deutschland vor dem Absolutismus „bewahrt“ hat, deshalb machen die Geschichtsschreiber des 17. und 18. Jahrhunderts einen großen Taktum von der deutschen Freiheit.

Die ganze fürstliche Herrschaft mit ihrem Prunk, ihren Schlemmereien, ihren höfischen Spielereien und politischen Machtbestrebungen lag wie ein Vampir über dem Volke. Es ist nicht wahr, daß die Verschiebung der Welt Handelsstraßen und der 30jährige Krieg Deutschland im 17. Jahrhundert wirtschaftlich so heruntergebracht hat, auch das Treiben der Fürsten hat sehr viel Schuld an der Verarmung Deutschlands zu seiner Zeit.

Wie kam es, daß der deutsche Bauer und der Kleinbürger der damaligen Zeit sich dieses Kampfwesens gefaßt ließen, ohne sich dagegen zu empören? Es kam daher, daß die unteren Klassen damals ein bemutetes geschichtliches Dasein nicht führten. Kulturell war Deutschland in der Zeit von 1600—1700 nur durch die Fürstentümer und deren Anhang vertreten.

Für unseren Blick in die Geschichte ist das Jahrhundert, wo oben die Fürstentümer steht und unten die Massen träge und stumpf hingezogen, die tiefste Erniedrigung, die Deutschland erlebt hat. — Es wird sich nun fragen: Kommt nach diesem Jahrhundert der winterlichen Starre ein Frühling, der zum Erwachen der unteren Massen führen könnte? Diese Frage soll im nächsten Vortrage beantwortet werden.

Aus Industrie und Handel.

Rentabilität und Preise im Baugewerbe.

Lohnforderungen werden wie in anderen Gewerben so auch im Baugewerbe vielfach mit der Begründung abgelehnt, daß die Ertragsfähigkeit des Betriebes unter einer Steigerung der Herstellungskosten leiden würde. Für das Baugewerbe läßt sich aber ein Beleg für das Gegenteil erbringen. Trotz der ganz besonders lebhaften und für die Arbeiter erfolgreichen Streikbewegung im Jahre 1906 war die Rentabilität der baugewerblichen Betriebe, soweit sich dies ziffernmäßig kontrollieren läßt, höher als in irgend einem Jahre seit 1871.

betrug nämlich die höchste und niedrigste Dividendensumme in Prozenten des Aktienkapitals:

Table with 3 columns: Year, Highest Dividend %, Lowest Dividend %.

Die hohe Verzinsung des Jahres 1871 dürfte allem Anschein nach bei der gegenwärtigen günstigen Konjunktur im laufenden Jahr zum mindesten wieder erreicht werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Gewerben, in denen die Kurswärtsbewegung der Rohstoffpreise immer noch Fortschritte macht, hat sich ein Teil der Rohmaterialien für das Baugewerbe in diesem Jahre nicht weiter verteuert; vielmehr stiegen die Preise von Ziegeln teilweise sogar unter den vorjährigen Notierungen.

Table with 3 columns: Material, 1905 Price, 1906 Price.

Die Verteuerung, die Grund und Boden, sowie Baugelder im letzten Jahre erfahren hatten, ist bei Wohnungsbauten durch höhere Mieten wieder ausgeglichen worden. Bei industriellen und geschäftlichen Anlagen war die gute Geschäftslage für Industrie und Handel, die den einzelnen Betrieben auch Mehraufgaben für Baukosten ermöglichte, den Gewinnergebnissen im Baugewerbe recht günstig.

Das Geschäft floriert. Der Betriebsergebnis der Harpener Bergbaugesellschaft betrug im I. Quartal 1906 (74 Arbeitstage) 4748 000 M. gegen 3720 000 (73 Arbeitstage) im vorhergehenden Quartal und gegen 2274 800 (55 Arbeitstage) im I. Quartal 1905.

Der Fleischexport aus Rumänien. Das rumänische Parlament hat ein Gesetz für die Erleichterung des Fleischexportes ins Ausland votiert. Im Anschlusse daran hat das rumänische Ackerbauministerium die Offerte des englischen Kapitalisten Andrews, der namens eines englischen Konsortiums einen regelmäßigen Export frischen Fleisches zwischen Rumänien und England organisieren will, in Erwägung gezogen.

Bollerleistung. Das furchtbare Unglück in San Francisco hat anscheinend für die Industrie belebende Wirkung und es scheint auch den Anlaß zu einem neuen Vorstoß gegen die Hochschmelzöfen zu geben. Aus New York wird berichtet, es stehe bereits fest, daß Deutschland und England gewaltige Aufträge auf Eisen und Stahl für Wassermaschinen erhalten werden. Die amerikanischen Werke sind außer Stande, das Material vor acht Monaten zu liefern, da sie große Aufträge zu Buche haben.

Revanchejölle. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Kanada kamen Montag nachmittag im kanadischen Parlament zur Sprache. Ein Abgeordneter tabelte die Regierung, weil sie den Erzeugnissen Kanadas nicht die Vorteile des deutschen Minimaltarifs gestiftet habe. Der Finanzminister erwiderte, wenn der deutsche Markt auch für einige kanadische Gewerbe wichtig wäre, so sei der Handel mit Deutschland doch nicht so wichtig, wenn man die Frage im ganzen behandle.

Arbeitsmarkt im März. Die Beobachtung des Arbeitsmarktes im März 1906 bot besonderes Interesse, da am 1. März der neue Zolltarif ebenso wie die neuen Handelsverträge mit einer Reihe von Staaten in Kraft getreten waren und die Industrie sich somit veränderten Verhältnissen gegenüber befand. Bisher in den Monaten Januar und Februar in einer Reihe von Industrien ein nicht unerheblicher Vorrat an Arbeitskräften vorlag, ist ein erheblicher Rückgang in der Beschäftigung im Laufe des März 1906, soweit es sich beurteilen läßt, im ganzen ausgeblieben.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Das verfloßene Jahr brachte einen Reingewinn von 1 831 815 M., wovon 12 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Aus der Frauenbewegung.

Weicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die kapitalistische Gesellschaft betrachtet die Frau nicht nur als rechtlose Hausknechtin, sie ist ihr auch ein vollkommenes industrielles Ausbeutungsojekt. Durch das Hineinzerren der Frau in die kapitalistische Warenherstellung wird unbarmerzig das idealistische Mäntelchen, hinter welches man das Unrecht der Hausknechtin zu verdecken sucht, hinweggerissen. Die Idealisierung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft ist weiter nichts als die Schutzdecke für trafen Egoismus.



Produktion gegenüber ist das Argument vollständig hinfällig. Selbst wenn sie sich verheiratet, ist sie oft genug noch gezwungen, in der Fabrik zu schaffen, hunderttausende Proletarierinnen finden aber gar nicht mehr die Gelegenheit zur Gründung eines eigenen Hausstandes.

Aber der Grundsatz, die Arbeit der Frau schlechter zu bezahlen als die des Mannes, hat sich erhalten, ja er prägt sich in manchen Industrien in immer schärferer Weise aus. Und Wohnheime, die durch jahrhundertlange „Erziehung“ geförderte Meinung von der Minderwertigkeit der Frau haben die tiefere Einschätzung der Frauennarbeite fast zu einem Allgemeinort oder richtiger „Nebel“ gemacht. So durch Gewohnheit legalisiert, findet man die schlechtere Bezahlung der Frauennarbeite als ganz selbstverständlich. Und diesem sozialen Nebel sieht man selbst in Arbeiterkreisen vielfach noch mit einem gewissen Fatalismus gegenüber, wenn die Erkenntnis so weit vorgeschritten ist, in der Minderbezahlung der Frau ein Unrecht, ein soziales Übel zu erblicken. Manche Arbeiter würden es vielleicht sogar als eine Herabsetzung für sie selbst betrachten, wenn die Frau den gleichen Lohn verlangte, der dem Mann gezahlt wird. Ein Sozialdemokrat kann allerdings nicht so denken, nicht so empfinden. Aber auch der Nichtsozialdemokrat muß zur Einsicht kommen, daß das Streben, auf wirtschaftlichem Gebiete weiter zu kommen, in der billigen Frauennarbeite ein starkes und immer stärkeres Hindernis findet. Werden die Arbeiter dieser Frage nicht eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, so werden sie nicht in verstärkter Weise für das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, in ihrer praktischen Verwirklichung einzutreten, dann wird das Unternehmertum in wachsendem Umfange durch Einstellung billiger weiblicher Arbeitskräfte die Bestrebungen, die Lohnverhältnisse zu verbessern, illusorisch machen. Dort, wo man höhere Löhne nicht zahlen will, werden die männlichen Arbeiter entlassen, an deren Stelle Frauen eingestellt. Man wird vielleicht einwenden: die Frau ist in der Industrie nicht so produktiv, physisch und geistig nicht so leistungsfähig als der Mann, aus diesem Grunde rechtfertigt sich die Differenzierung in den Löhnen. Der Einwand ist nicht stichhaltig. Gewiß gibt es manche Arbeiten, für welche sich die Frau weniger, vielleicht sogar viel weniger eignet als der Mann; aber andererseits gibt es doch auch wieder Arbeiten, in denen die Leistungsfähigkeit der Frau die des Mannes weit übertrifft. Selbst wenn man über die Grenzen, die Wohnung und bürgerliches Denken ziehen, nicht hinauszukommen vermag, muß man doch anerkennen, daß nicht schlechtlich von einer Minderwertigkeit der Frauennarbeite gesprochen werden kann. Wie falsch die durch das Unternehmertum in wohlverstandener Interesse genährte Meinung ist, die Frauennarbeite müsse niedriger eingeschätzt werden, geht auch daraus hervor, daß in einzelnen Industrien und auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens, in der Schreibweise usw. die männliche Arbeitskraft immer mehr durch weibliche ersetzt wird. Und wenn in Betrieben, wo Männer und Frauen zusammenarbeiten, ihnen nach Geschlechtern getrennt, im Produktionsprozeß verschiedene Funktionen zugewiesen werden, dann geschieht das, um die Produktivität in der Gesamtarbeit zu erhöhen. Würde man die Rollen vertauschen wollen, dann läge die Produktivität in manchen Fällen vielleicht mehr unter der Ungleichheit der Männer als der der Frauen. Die Frau hat in der industriellen Betätigung schon so viele Proben ihrer wachsenden Leistungsfähigkeit und Anpassung abgelegt, daß selbst nach bürgerlichen Begriffen das lang gehegte Märchen von ihrer allgemeinen Minderleistungsfähigkeit als abgetan gelten muß.

Unter diesem Gesichtswinkel ist die Frage der Bezahlung der weiblichen Arbeitskraft zu bewerten. Aber nicht nur vom Standpunkte der Gerechtigkeit. Wie ausgeführt, auch von allgemein sozialen Erwägungen ausgehend, von der Warte des wirtschaftlichen Vorwärtstreibens des Arbeiters betrachtet, erhebt sich die Frage erhöhte Aufmerksamkeit.

Grundsätzlich muß die Forderung lauten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Zeltow. Der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsverein hält Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Emil Widenhagen, Berlinerstraße, seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag, Referentin: Fräul. Ottilie Vaader. Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschönerung. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.

Tempelhof. Heute abend 8 1/2 Uhr hält der Frauen- und Mädchenbildungsverein für Tempelhof, Mariendorfer und Umgegend seine Mitgliederversammlung in Mariendorfer Weg Nr. 16, ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag, Referent: Herr Wilhelm Methe. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Wo ist die Grenze zwischen Werkstattbesprechung und öffentlicher Versammlung?

Gelegentlich einer durch die bekannte Hintertreppentatiz der sogenannten „Christlichen“ zu Wasser gewordenen Lohnbewegung der Glasarbeiter in Oberhausen hatte die dortige Polizei in üblicher liebevoller Höflichkeit eine Werkstattbesprechung auf gelöst mit der Notwendigkeit, daß es sich um eine nicht angemeldete Versammlung, somit um ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz handelte. Vier Personen, nämlich die beiden Bevollmächtigten des Glasarbeiterverbandes und des „christlichen“ Keramikarbeiterverbandes, der Vorsitzende der Zahlstelle und der Wirt, der sein Lokal hergegeben, erhielten dazu ein Strafmandat von je 30 Mark. Nun waren aber die hiermit Begünstigten so frei, ihre eigene Meinung über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu haben und beantragten richterliche Entscheidung. Das durch seine forschende Rechtsprechung aus der Zeit des großen Bergarbeiterausstandes auch in weiterer Öffentlichkeit bekannt gewordene Schöffengericht in Oberhausen stellte nun den wunderbaren Grundgedanken auf, daß eine an sich private Werkstattbesprechung den privaten Charakter verliere, wenn sie Organisationsfragen berühre! Und weil nun zwei Polizeibeamte hinter den geschlossenen Saalsteinern auf der Straße gehorcht und gehört haben wollen, daß irgend jemand im Saale gelangt habe: „Die Anwesenden möchten alle der Organisation „beitreten“, an der Organisation „feilhalten“ oder „so etwas Ähnliches“, so sei damit „einstimmig“ festgestellt, daß Organisationsfragen berührt ergo „öffentliche Angelegenheiten“ erörtert seien. Mitin sei die polizeiliche Strafverfügung zu Recht erfolgt. Die harngetroffenen Sünder hatten nun aber eben so wenig Respekt vor dem Urteil des Oberhausener Schöffengerichts wie vor den polizeilichen Strafmandaten, und riefen die Berufungsinstanz, die Strafkammer des Landgerichts in Duisburg, an. Hier mußte die liebe Polizei den Schmerz erleben, daß Strafmandate und Schöffengerichtsurteil über den Haufen gemorren wurden, indem die Berufungsinstanz sämtliche Angeklagte kostenlos freisprach und die Kosten der Staatskasse auferlegte. Der wunderbaren Logik des Schöffengerichts in Oberhausen vermochte die Strafkammer sich nicht anzuschließen.

Verpätete Versammlungseröffnung.

Eine Versammlung des Metallarbeiterverbandes, die am 1. Oktober 1906 in Ostrow stattfinden sollte und zu 4 Uhr nachmittags polizeilich angemeldet worden war, wurde aus verschiedenen Gründen bis 5 Uhr nicht eröffnet. Gegen 5 1/2 Uhr begann der Verbandsbeamte Schlegel, den noch Anwesenden eine Rede über die Unterstufungseinrichtungen des Verbandes zu halten. Ein Polizeibeamter löste die Versammlung auf, weil mehr als eine Stunde seit der in der polizeilichen Anmeldung festgesetzten Zeit verstrichen war. Er dachte dabei an Absatz 2 des § 1 des preussischen Vereinsgesetzes, wo es heißt: „Beginnt die Versammlung (im Sinne des Absatz 1) nicht spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige

angegebenen Zeit, so ist die später beginnende Versammlung als vorschriftsmäßig angezeigt nicht anzusehen.“ — Schlegel wurde später vom Landgericht Ostrow wegen Uebertretung der § 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er nach Lage des Falls als Redner in einer nicht angemeldeten Versammlung aufgetreten sei, die hätte angemeldet werden müssen, da sie zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei.

Der erste Strafenat des Kammergerichts verwarf am Montag die gegen die Verurteilung eingelegte Revision.

Zeitungsherstellung am Feiertage.

Die Zeitung „Hannoverscher Volksbote“, die dreimal wöchentlich erscheint, unter anderem am Donnerstag, war am Freitag vorigen Jahres (Mittwochs) im Betriebe der Herausgeber und Drucker Gebrüder Peters zu Bremerbrücke fertiggestellt worden. Ein Seper und mehrere Lehrlinge hatten dabei zu tun. A. Peters selber hatte an der Maschine gearbeitet, was ein Polizeibeamter von einer Sackgasse gesehen hatte. Das Landgericht Stade verurteilte die Gebrüder Peters wegen Uebertretung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter und außerdem wegen Uebertretung der Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, durch welche öffentlich bemerkbare Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verboten sind. Ein Rottfall könne nicht etwa deshalb angenommen werden, weil eine amtliche Publikation erst am Tage vorher eingelaufen sei, und die Rücksicht auf das Lesepublikum stelle kein öffentliches Interesse dar. In einem wirklich dringenden Falle würde der Druck eines Extrablattes genügen. Es liege eine Uebertretung der Gewerbeordnung und der Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage vor. — Auf die Revision der Angeklagten hob das Kammergericht am Montag die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. In der Begründung wurde ausgeführt: Ohne Rechtsirrtum sei die Uebertretung der Gewerbeordnung festgestellt. Die Zeitungslieferanten hätten keinen gesetzlichen Anspruch darauf, am Tage nach dem Feiertage ihre Zeitung zu erhalten. Es könne von einem Rottfalle keine Rede sein, wenn die Angeklagten vorliegend ohne Feiertagsarbeit die Zeitung zur regelmäßigen Erscheinungzeit nicht fertig bekamen. — Dagegen wäre im Landgerichtsurteil eine Uebertretung der Verordnung des hannoverschen Oberpräsidenten über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage nicht genügend nachgewiesen. Eine öffentlich bemerkbare Arbeit könne nicht schon deshalb angenommen werden, weil ein mit der Ortslichkeit genau vertrauter Polizeibeamter, der auf Recherchen ausgehe, von einem Winkel aus, den vielleicht nur er als dazu geeignet kenne, jemand an der Maschine in dem beobachteten Betriebe arbeiten sehe. Es wäre gar nicht ausgeschlossen, daß das Publikum wegen der ganzen Lage des Betriebes dies nicht wahrnehmen könne. Nach dieser Richtung wären noch entsprechende nähere Feststellungen erforderlich. Da nun ideale Konkurrenz (des Verkaufes gegen die Gewerbeordnung und gegen die Oberpräsidialverordnung) angenommen sei, so müsse das Landgericht von neuem verhandeln und entscheiden.

Büchtigungsrecht.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung eines Schülers durch Uebertretung seines Büchtigungsrechts wurde gestern der Lehrer Karl Stärke zu Gyn vor dem dritten Strafsenat des Landgerichts II zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte ist Lehrer an der Schule zu Gyn. Am 28. Oktober 1905 erzielte er an seiner von 88 Kindern besuchten Schule Rechenunterricht, wobei er fünf Abteilungen zu unterrichten hatte. Die erste Abteilung wurde mündlich beschäftigt. Als ein Knabe ein einfaches Beispiel nicht lösen konnte, verlegte er ihm mit einem dünnen Rohrstöckchen einige leichte Schläge gegen den Kopf, die allerdings einige blutige Stellen am Hinterkopfe zurückließen. — Der Angeklagte behauptete, nur ganz leise mit einem kleinen Städchen den Schüler auf die Schulter geschlagen zu haben, gab aber die Möglichkeit zu, daß bei dem Strauben des Schülers der Kopf getroffen sein kann. — Auf Grund der Verweigerung, in welcher auch der Pfarrer und Ortschulinspektor Dr. Lindemann vernommen wurde, beantragte der Staatsanwalt 20 M. Geldstrafe. — Der Verteidiger verwies demgegenüber auf die bekannte im Gegensatz zum Reichsgericht stehende Judikatur des Oberverwaltungsgerichts. Danach liege eine Uebertretung des Büchtigungsrechts nur vor, wenn eine Gefährdung der Gesundheit stattfindet, daß aber an sich Schmerzen und Straumen mit dem Zweck der erlaubten Büchtigung nicht unvereinbar erscheinen. Hier in diesem Falle habe der Angeklagte wohl eine Klage wegen Zwischhandelns gegen das Reglement verdient, sich aber nicht strafbar gemacht. — Der Berichtshof erkannte leider auf Freisprechung.

Christlich-soziale Verleumdung.

Das Städtische „Reich“ übt sich ja bekanntlich mit Vorliebe in der systematischen Verleumdung von Sozialdemokraten. Um diesen eblen Zweck auch möglichst vollständig zu erreichen, kauft sich das Leichtsinn der hiesigen Propaganda selbst aus den weltvergeßenen kleinsten Orten in irgend einem Winkel Deutschlands sein „Material“ gegen unsere Parteigenossen zusammen. Je ordinärer der Material, desto besser eignet er sich für das christlich-soziale Jugendorgan, um den verhassten Sozialdemokraten die Ehre abzuschnitten. Ein trasses Schulbeispiel für die Verleumdungsjucht der Städtischen Christenmenschen liefert uns gestern eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Moabit. Es ergab sich dort folgender Sachverhalt.

Am Juni d. J. veröffentlichte das „Reich“ eine sensationell aufgearbeitete Korrespondenz, worin gegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten Meier aus dem hiesigen Städtchen Lage dreifach und gottesfürchtig der Vorwurf erhoben wurde, daß er vor etwa zehn Jahren einen Selbstbrot von circa 8 Mark, der für die in Not geratene Witwe eines daselbst verstorbenen Schneiders gesammelt worden sei, unterschlagen habe. Natürlich war die Notiz mit einer Anzahl echt christlich-hämischer Bemerkungen versehen, damit die fahrlässigen Leser des Blattes, und wenn möglich auch eine weitere Leserschaft in aller Breite mal wieder erfahren sollten, welche eine Sorte von Leuten sich die sozialdemokratische Arbeiter-Schaft zu Stadtverordneten auswaählt. Der Genosse Meier aber verstand die Sade anders und verklagte den derzeitigen verantwortlichen „Reichs“-Redakteur Hoffbauer wegen öffentlicher Beleidigung. In der Verhandlung vertat Rechtsanwalt Wolfgang Heine den persönlich nicht anwesenden Privatkläger. Der Beklagte, der jetzt nicht mehr für das „Reich“ tätig ist, sondern eine Redakteurstelle in Essen bekleidet, war ebenfalls nicht zum Termin erschienen; merkwürdigerweise hatte er auch niemanden mit seiner juristischen Vertretung beauftragt. (Das „Reich“ scheint demnach seinem priesterlichen Gründer nicht so viel abzuwerfen, daß er seinen angeklagten Redakteuren einen Rechtsanwalt stellt!) Aus den verlesenen Zeugenaussagen ergab sich nun klipp und klar, daß der gegen Meier erhobene Vorwurf der Unterschlagung einfach erfunten und erlogen war. Für die erwähnte Schneiderwitwe war überhaupt niemals unter den Genossen gesammelt worden. Die gedachte Siftensammlung hatte damals vielmehr zur Unterstützung freierender Hofsarbeiter in Dessau stattgefunden und ist der darauf eingegangene Betrag auch bestimmungsgemäß von dem Kläger abgeliefert worden. Den Unterschlagungsaltschlag hatte ein dem Genossen Meier feindlich gesinnter Arbeiter namens Humpe in angetrunkenem Zustande leichtfertig verbreitet. Das Gericht bejaehrte die protokollierliche Aussage dieses Strengens für ungläubig und verurteilte den klagenden Redakteur zu einer Geldstrafe von 50 M. event. fünf Tagen Gefängnis. Außerdem wurde auf Publikation des Urteilsinhalts im „Reich“ erlannt.

Vielleicht führt der garte Gottesmann Stöcker seinen „Reichs“-Redakteuren häufig zu Gemüte, daß es nicht ratsam sei, aus Verleumdungskorrespondenzen gegen Sozialdemokraten — Scheiterhaufenbrüche zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Sprechzeit: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist eine Besichtigung und eine Zeit als Besprechungszeit zuzurechnen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

- N. 47. Der Vorstand hätte zu bestimmen, gegen seine Anordnung ist Beschwerde an das Vormundschafengericht zulässig. — N. 51. Innerhalb sechs Wochen müßten die Klagen, wenn sie Vermittlung, Betrag oder dergleichen behaupten wollen und deshalb Rücktritt und Schadenersatz verlangen. Auch in späterer Zeit kann auf Schadenersatz geklagt werden. — N. 5. 46. I. Ja. 2. Jmel. § 1796 des Bürgerlichen Gesetzbuches führt die Gründe auf, die zur Ablehnung einer Vormundschaf berechtigen. — N. 6. 29. Wenden Sie sich an die Stijlungsdeputation, Rathaus. — C. Ja. — 6666. 5 Jahre lang ist Nachforderung möglich. — Wissensdurstig. Die Drohung der Schwiegermutter ist berechtigt. Am liebsten müßten wir Sie auf den Weg gültiger Belehrung verweisen. — Zauban 25. 1, 3, 4. Kein. 2. Keine. — C. 20. I. Kein. 2. Ja. — C. 1860. Kein, nur den 6. Teil. — D. 81. Sie können auf Beilegung der Schäden und auf Schadenersatz klagen. — Mietkontrakt 1000. Kein, Sie können nur auf Erfüllung des Verprechens und auf Schadenersatz klagen. — N. 6. 80. Für die Beklagte hätte ein Erscheinen zum Schiedstermin in Geschäftsbesprechung nur einen Zweck, wenn sie die Ehe wieder herstellen will. Erscheint sie nicht, so kann der Ehemann auf Herstellung des ehelichen Lebens und eventuell auf Ehescheidung klagen. Ihre Schmeißer braucht also nicht zum Termin zu reiten. — Franz Bayer 100. I. Am besten sehen Sie sich mit einer großen Expeditionfirma in Verbindung. Auch auf dem amtlichen Eisenbahn-Ausgangsstellen (Anhalter Bahn, Potsdamer Bahn, Alexanderplatz) würde Ihnen Auskunft erteilt. 2. Ist im Vertrage nicht ausdrücklich vereinbart, daß die Sachen hier bleiben müssen, so hindert Sie der Vertrag nicht. — G. 8. 18. Das ist unmöglich. Sie erhalten auf dem Patentamt selbst über die Patentfähigkeit Auskunft und etwaige Ratsschlüsse. — N. M. 1888. I. Wo ein Buch erschienen ist, erfahren Sie in jeder Buchhandlung. Der Buchhändler schlägt in den Verlagskatalogen eventuell noch 2. und nicht bekannt. — Justitia. Nur 100. — Ritter 13. In dem Schreiben kann ein strafbarer Rückwärtsversuch und falls Sie minderjährig sind, ein Erpressungsversuch erblickt werden. — G. 5. 70E. Sie müßten sich an den Landesbeamten wenden. — N. 2. 5. Kein. — M. J. 777. Verjährung liegt nicht vor. — M. 9. 29. Unterlassen Sie lieber einen Antrag an die Waldensaktion, da dann das spätere Vergehen bekannt werden müßte. — Franz Gehrt. Wiegt ein Verbrechen des Mädchens vor, so hat sie den Schaden voll zu ersetzen. — N. 8. 20. Eine ausgeklagte Forderung verjährt erst in 30 Jahren von der letzten Fälligkeit ab gerechnet. — N. J. 123. Ja. — H. J. 9. 185. Diese Einzelheiten hängen alle von gegenseitiger Vereinbarung ab. — G. 0. 001. Der Ausgang der Klage wäre ein zweifelhafte. Sie würden die Abrede, die zu Diern getroffen ist, zu bemessen haben, ferner viele das Gutachten eines Sachverständigen einsehend ins Gewicht. — N. 150. Da Mollerlohn in Ihrem Falle nicht vereinbart ist, auch den Umständen nach nicht zu erwarten war, daß der Nachweis nur gegen eine Vergütung erfolgen würde, so würde Ihre Klage abgewiesen werden. — Sandogit 27. Eine Nachforderung wäre ausgeschlossen. — Abonnent Wedding. Die Aufnahme eines nicht deutschen Ausländers in den preussischen Staat hängt von dem freien Ermessen der Behörde ab. Wird die Naturalisation bewilligt, so kostet sie 50 Mark. Wollen Sie naturalisiert werden, so geben Sie Ihren Antrag bei der Polizei zu Protokoll oder richten ihn schriftlich an den Polizeipräsidenten. — J. C. 99. Ja. — Familienrentenklage. Wenden Sie sich an die Offener Krankenanstalt für Frauen, Pringelstraße 66, bei Hinz. — G. 23. 1. und 2. Ja. — M. 9. 100. Vor dem Termin, spätestens zu Beginn des Termins müßte sie die Unzulänglichkeit geltend machen. — G. 5. 23. Leider ist das kein Grund zum Ziehen; Sie könnten lediglich Ablehnung des Urteils beantragen und eventuell auf Ablehnung klagen. — 10 H. Die Mutter müßte den Antrag stellen. — G. 23. 75. Die Arbeiterin kann sich von der Polizei eine neue Karte ausstellen lassen, auch bei der Polizei beantragen, daß dem alten Arbeitgeber die Karte fortgenommen und ihr übergeben wird. Endlich kann sie auf Schadenersatz klagen. — Invalide. Ein fester Stand darf nicht erteilt werden. Eine weitere Eingabe wäre also nutzlos. — Friedmann 7. I. Am 16. März und am 22. April ist unter Lokales dargelegt, was bei der Steuererschätzung in Abzug gebracht werden kann. 2. Kein. — M. 2. 3334. Jeweils Ertrag der abhanden gekommenen Karten wenden Sie sich an das Polizeigebäude. — C. M. Zur Anmeldung des Aufgebotes genügt das Erscheinen eines der Verlobten. — G. 5. 101. Sie können nur auf Beilegung des Nichtstandes dringen, andernfalls, daß Sie, falls innerhalb einer angemessenen, von Ihnen zu legenden Zeit die Klage nicht erneuert sind, dieselben auf Kosten des Miets durch einen Kammerjäger vertreiben lassen würden, und Ihre Drohung ausführen. Die Kosten hätten Sie eventuell einzufolgen. — C. 9. Kein. — G. 6. Etnas 18 Millionen. — Poblesti. Die Arbeiter-Bildungsschule befindet sich im Gewerkschaftshaus. — M. 10. Ist in der Police nicht das Gegenteil vereinbart, so ist die Verjährungsfrist für Rückzahlung nicht verpflichtet, kann vielmehr Einhaltung des Vertrages verlangen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beeh, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freizeitemplaren sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Beilegung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleistet werden.

Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68  
Lindenstraße 69, Laden.

Wir empfehlen als Literatur zur  
**Maifeier**  
Illustrierte  
Maifest-Zeitung 1906.  
Zerbeiträge von Pauncock, Genrietete Roland, Hoff, J. Stern, G. Ledebour und G. Kaar.  
Preis 10 Pfg.

**Der Arbeiterschutz.**  
Eine gesundheitsliche Forderung von Dr. W. Eypstein. Preis 20 Pfg.  
Eine Darstellung von der Notwendigkeit des persönlichen und des öffentlichen Gesundheitschutzes der arbeitenden Klasse.

**Der Achtstundentag.**  
Eine gesundheitsliche Forderung von Dr. J. Jabel. Preis 20 Pfg.  
Der Verfasser begründet die Forderung der Arbeiterklasse auf Einführung des Achtstundentages vom gesundheitslichen Standpunkt aus.

**Die praktischen Erfolge des Achtstundentages von D. Eburon.**  
Preis 20 Pfg.  
**Der Achtstundentag von R. Seidel.**  
Preis 10 Pfg.  
**Der Achtstundentag von J. Rae.**  
Preis 5 Mark

**Protokoll des internationalen Kongresses zu Paris 1889.**  
Preis 25 Pfg.  
**Protokoll des Parteitagcs von Bremen 1901.**  
Preis 70 Pfg.  
**Protokoll des Parteitagcs zu Jena 1905.**  
Preis 70 Pfg.

Für Vorträge ersten und höheren Inhalts: 234/1\*

**Leuchtkugeln.** Preis 50 Pfg.  
Erste und bessere Vortragsbeispiele für Arbeiterkreise. Mit einer Einleitung: „Die Kunst des Vortrags“ und die Geschriftsammlung:  
**fachelt der Zeit**  
von Ludwig Leszen. Preis 50 Pfg.

**Illustrierte Postkarten**  
zur Maifeier  
in feinsten Ausführung.

Theor. u. praktische Ausbildung zum  
**Chauffeur.**  
Programm kostenfrei. Unentgeltlicher Nachweis von  
Wichtigen Chauffeurs.  
Technikum Allenburg  
Sachsen-Altenburg.

**1905er Hühner,**  
Reichste Legere: Enten, Tauben, Gänse;  
Preiser: N. Küken hochobler  
Klassen empfehle unter Garantie  
H. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34

**Wer — Stoff — hat**  
fertige Anzüge nach Maß 20 M.  
Tadelloser St. haltbare Futterstoffe.  
Franko, Adlerstraße 143,  
567L. Jede Qualitätenfrage.  
Bei Stofflieferung billige Beile.

**!! Von 36 Mk. an !!**  
Ohne Konkurrenz. Gelegenheitsklau, spottbillig, von Heilen  
**Tuch-Fabrik-Resten**  
Herren-Anzüge oder Valetot nach Maß, neueste Waier, reime Stoffe, feinste Rat., 2. Anpr., für tadel. St. goldene Redalle. Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23 II, Alexanderplatz, 75\*

**Das größte Brot nur 50 Pf.**  
Brotwaer: 6 Stück 10 Pfennig in  
**Albrechts Backereien:**  
Wrangeistr. 135. Bäckerstraße 19, Waldenskntr. 28, Saniervstr. 2, Marktstraße Schillerstr., Stand 223/23, Marktstraße Andreasstr., Stand 16/18, Geistr. 13, Bogdangenerstr. 13.

**Blumen- und Franzbinderei**  
von Aug. Krause  
Wienerstraße 7.  
Bereitschaftige Blumen-Arrangements,  
Gartentische usw. liefern zu den billigsten Preisen.  
50082\*



Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 25. April.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

**Opernhaus, Wagnon.**  
Schauspielhaus, Faust (1. Teil).  
(Anfang 7 Uhr).  
Deutsches. Der Karaff. Die Mitschuldigen.  
Edkten. Schlangenfisch.  
Neues. Ein Sommernachtsstraum.  
Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wagner-Theater.)  
Der Willkürstaat.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Libisches Theater). Helden.  
Leffing. Elga. Vorher: Der Puppensticker.

**Berliner.** In der Sommerfrisch'n. Komische Oper. Figaros Hochzeit. Kleines. Der Unverschämte. Hille Bobbe. Die Schlangendame. Weibchen. Der Prinzgemahl. Neutral. Die Puppe. Trianon. Loulou.  
Kassino. Die Herren Söhne. Apollo. Helden. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.  
**Carl Weiß.** Die Jagd ums Leben. Folies Caprice. Komiker Schnitzel. Dalles u. Co. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Belle-Alliance. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Passage. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Galsp. d. Schillerfeier Bauern-Enfemst. Conrad Dreher. Anf. 8 Uhr.  
In der Sommerfrisch'n.  
Donnerstag, Freitag, Sonnabend: In der Sommerfrisch'n.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtsstraum.**  
Donnerstag: Caesar und Cleopatra.  
Freitag: Ein Sommernachtsstraum.

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Unverschämte.**  
Hierauf: Hille Bobbe.  
Zum Schluss: Die Schlangendame.  
Donnerstag: Kinder der Sonne.

**Theater des Westens**  
(Station Zoolog. Garten), Kantstr. 12.  
Mittwoch: Schützenliedel. Friz Berner a. G. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Gasparone.  
Freitag: 24. Vorstell. im Freitags-Abonnement. Schützenliedel. Friz Berner a. G.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr, kleine Preise: Hermann und Dorothea. Ab. 7 1/2 Uhr: Schützenliedel. Friz Berner a. G.  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Pr.: Don Juan. Abends 7 1/2 Uhr: Schützenliedel. Friz Berner a. G.

**Komische Oper.**  
Mittwoch, 25. April, abends 8 Uhr:  
**Figaros Hochzeit.**  
Donnerstag zum erstenmal: Die schwarze Nina.  
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonnabend: Die schwarze Nina.

**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 Uhr (halbe Preise):  
**Die Puppe.**

**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Wohltätigkeits-Vorstellung**  
Nasa Bertens.

**Es lebe das Leben.**  
Donnerstag: Der Salontiroler.  
Freitag: Der Verliebte.  
Sonnabend: Robert und Vertram.  
Sonntag nachm.: Der Salontiroler.  
Abends: Robert und Vertram.  
Montag: Wilhelm Tell.

**Lustspielhaus.**  
Abendlich 8 Uhr:  
**Die von Hochsattel.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 174. Male,  
morgen u. folg. Tage, Anfang 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Sonnabend, 28. April, 1. erstmal:  
**Liebeskunst.**  
Komödie in 3 Akten v. Leon Zoroff  
und Michel Carré.  
Sonntag, 29. April, nachm. 3 Uhr:  
Der Zehnwagenkontrollleur.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Am Golf von Neapel.**

**Sternwarte** Invalidenstr. 67/62.  
**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.

**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Elfentücke** Märchen-  
spiel.  
Die glänzenden Spezialitäten.  
Das bummelnde Berlin.  
Sonntag, 29. April, nachm. 3 Uhr:  
Letzte Nachmittags-Vorstellung  
bei bedeutend ermäßigten Preisen.

**Deutsch-Amerikanisch.**  
Theater, Köpenickerstr. 67/68.  
Abends 8 Uhr: **ER und ICH.**  
Sonnabend, den 28. April, 8 Uhr:  
**ARME MÄDCHEN.**  
Von Adolf Philipp.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Zum letzten Male:  
**Ueber'n großen Teich.**

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Jagd ums Leben.**  
Ein Abenteuer des Sherlock Holmes.  
Englisches Sensations-Schauspiel mit  
Gesang und Tanz in acht Bildern  
von F. For.

**W. Noack's Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.  
**Ein gebrochenes Herz.**  
Volksst. in 4 Akten v. Ch. Birch-Weißer.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Jeden Sonnabend:  
**Extra-Vorstellung!**

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Sorangeige. Freitag, den 27. April:  
Gastspiel des Herrn Artur Winckler  
vom Thalia-Theater.

**Novität! Novität!**  
**Gestörte Flitterwochen.**  
Volksstück in 3 Akten von Reisingen.  
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
TORTAJADA  
Spanische Tänzerin und Sängerin  
außerdem  
das  
glänzende April-Programm.

**Passage-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Das originale April-Programm.  
**Lucie König**  
Vortrag-Soubrette.  
**Marka Freya,**  
Excentrique.  
**Teddi-Trio**  
Trampolin-Akt.  
Herner 14 neue Spezialitäten.

**Kasino-Theater**  
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Bis Donnerstag, den 26. April:  
**Die Herren Söhne.**  
Freitag, den 27. April, zum erstenmal:  
**Madame Bonivard.**  
Sonntag nachmittags 4 Uhr: Die  
Herren Söhne.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Min. v. St. Börje.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Nur noch kurze Zeit!  
Das glänzende April-Programm.  
Nur  
12 erstkl. Nummern!  
Dazu:  
**Eine Berliner Grijetje.**  
Volle v. Stoy. Musik v. D. Antonius.  
Familienfakt in Barbier, Friseur-  
und Zigarrenschäften unentgeltlich.  
Schluss der Saison: 30. April.

**Schiller-Theater.** (Wagner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Willkürstaat.**  
Luftspiel in 4 Aufzügen von Gustav  
v. Moser und Thilo v. Trotha.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Woh' dem, der lügt.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.** (2. Teil).

**Schiller-Theater N.** (Friedr.-Wilh.-Th.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Helden.**  
Komödie in 3 Aufzügen von Bernard  
Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Vogel im Käfig.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Hans.**

**Freie Volksbühne.**  
Sonntag, den 29. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
Metropol-Theater.  
1./2. Abteilung  
**Die Frau vom Meere**  
Henrik Ibsen.  
Carl Weiß-Theater.  
6./7. Abteilung  
**Der Meister.**  
Hermann Bahr.

**Montag, den 30. April 1906, abends 8 1/2 Uhr.**  
14./15. Abteilung im Carl Weiß-Theater:  
**Emilia Galotti.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

**General-Versammlung**  
Freitag, den 27. April 1906, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung: Vorstands- und Kassenbericht vom dritten  
Quartal, Bericht der Revisoren, Diskussion, Antrag des  
Vorstandes auf Erhöhung des Beitrages und Statutenänderung.  
Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung der Mit-  
gliedskarte Zutritt.

Die Zahlstelle 14 von H. Ramm befindet sich  
jetzt Stralauerstr. 3/6.  
228/7  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg.  
Bernspracher Nr. 8.  
Frankfurter-  
Chaussee 5.  
Restaurant und Festhalle.  
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn  
**O. Bürger.**  
Jeden Mittwoch:  
**Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.**  
Nach der  
**Familien-Kränzchen.** × **Song haben**  
Vorstellung: **Gütigkeit.**  
3394\*  
Gebr. Arnold.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr: Loulou.

**Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
Lilienstr., Ecke Friedrichstr.  
**Dalles & Co.**  
Vorher:  
**Komiker Schnitzel.**  
Anf. 8 Uhr. Snisse d. ganz Tag  
geöffnet. Vorher: b. Weibchen.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag 4 Uhr:  
**Garten-Konzert**  
Theater, Spezialitäten  
Im Saale Extratanz. Or. Tanzmusik.  
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung  
im Saal.

**Sanssouci.** Kottbusser  
Str. 44a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Sonn-, Mont-, Donnerst.:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger  
und Tanzkränzchen.  
Hochinteressantes, stets  
neues Programm.  
Theaterstücke, Ensemble-  
szenen usw.

**Colosseum**  
Dresdenerstr. 97.  
Größter Erfolg  
des neuen  
Spezialitäten-Prgr.

**Neu eröffnet!**  
**Welt-Ausstellungs-**  
**Biograph.** (St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien mit  
abwechselnd. Abnormitäten-Prgr.  
Neu! Die Hungerleider. Neu!  
Soziales Bild aus dem Leben.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Otto Pritzkow,**  
Münzstraße 16.  
Etablissement Buggenhagen  
Horitzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das vorzügliche April-Programm!  
Neu! Neu!  
Die weibliche musikalische  
Rückkompagnie.  
Voll mit Gesang und Tanz.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Bodenstags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**Achtung! Bauschlosser! Achtung!**  
Seit Freitag, den 6. April früh stehen die Kollegen in 21 Werkstätten im Streik.  
Die übrigen in Betracht kommenden Firmen haben betwilligt, darunter auch  
eine Anzahl Zinnungsfirnen.  
Von Montag, den 9. April ab, dürfen sämtliche Bauschlosser nur noch mit  
Verechtigungskarten arbeiten, diese sind Sonnabend, den 7. April den Vertrauensleuten  
ausgehändigt. — Die Bauarbeiter erfragen wir, und dadurch zu unterstützen, daß sie  
die auf die Bauten kommenden Schlosser nach den Arbeitsberechtigungskarten fragen.  
Jeder Schlosser ohne Karte ist als Arbeitswilliger zu betrachten.  
Des weiteren machen wir alle Bauschlosser darauf aufmerksam, daß ohne  
Zustimmung des Streikkomitees nirgends die Arbeit niedergelegt werden darf.

**Pinol**  
An allen Orten werden Verkaufsstellen  
errichtet.  
Vertreter gesucht.  
Gebrüder Krayer, Mannheim.  
**Rohtabak**  
Geschäfts-Eröffnung  
am 24. April.  
Berlin N.,  
Bismarckstr. 104.  
Größte Auswahl in sämtlichen  
Tabaken. — Billigste Preise.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
sämtlicher Bezirke und Branchen.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Maßfeier. 2. Der Berrat der Tisch- und Drechsler Ge-  
werksvereiner in Frankfurt a. O. 3. Streit und Differenzen.  
Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.  
Jede Werkstätte muß vertreten sein.  
Die Ortsverwaltung.  
8410\*

Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
aller auf Büfette arbeitenden Kollegen  
im Lokale von P. Litka (Gesellschaftshaus „Clend“).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission über ihre Tätigkeit zwecks Ausarbeitung  
eines Tarifs für die Branche. 2. Diskussion.  
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht  
jedem Kollegen, zu erscheinen.

**Modelltischler.**  
Donnerstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung der Modell- und**  
**Fabriktschler sowie Modelldrechsler**  
bei Schmidt, Gartenstraße 6.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zum 1. Nat. 2. Verbandsangelegenheiten.  
3. Verschiedenes. Die Kommission.

**Einsetzer!**  
Freitag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr: 81/11  
**Oeffentliche Versammlung**  
der Einsetzer Berlins und Umgegend  
bei Boeker, Webersstraße 17.  
Tages-Ordnung: Fortsetzung der Tarifberatung.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Kommission.

**Verband der hangewerblichen Hilfsarbeiter**  
Deutschlands.  
(Zweigverein Berlin und Umgegend.)  
Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr:  
**Baudeputierten - Versammlung**  
in den „Industrie-Festlokalen“, Benthstraße 19/20.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Aufgaben der Deputierten bei der Tarifkontrolle. 2. Die Bau-  
kontrolle. 3. Verschiedenes. 34/5  
Kollegen! Sorgt dafür, daß jeder Bau vertreten ist.  
Der Zweigvereins-Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr:  
**Versammlung der Klempner**  
in den „Müller-Festlokalen“, Kaiser Wilhelmstraße 15m.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Adolf Störmer.** 2. Diskussion. 3. Er-  
gänzungsarbeiten der Kommissionen. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
für Kummelsburg-Boxhagen und Stralan  
im Lokale von G. Tempel, Alt-Boxhagen Nr. 56.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Grempe,** Ingenieur und Schriftföhrer,  
über: „Einrichtungen und Leistungen der amerikanischen Maschinen-  
industrie.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 117/10  
Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, ist es Pflicht der  
Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Bauschlosser! Achtung!**  
Seit Freitag, den 6. April früh stehen die Kollegen in 21 Werkstätten im Streik.  
Die übrigen in Betracht kommenden Firmen haben betwilligt, darunter auch  
eine Anzahl Zinnungsfirnen.  
Von Montag, den 9. April ab, dürfen sämtliche Bauschlosser nur noch mit  
Verechtigungskarten arbeiten, diese sind Sonnabend, den 7. April den Vertrauensleuten  
ausgehändigt. — Die Bauarbeiter erfragen wir, und dadurch zu unterstützen, daß sie  
die auf die Bauten kommenden Schlosser nach den Arbeitsberechtigungskarten fragen.  
Jeder Schlosser ohne Karte ist als Arbeitswilliger zu betrachten.  
Des weiteren machen wir alle Bauschlosser darauf aufmerksam, daß ohne  
Zustimmung des Streikkomitees nirgends die Arbeit niedergelegt werden darf.

**Das Streikkomitee. Cohen.**

**Ich habe noch nie eine so gute,**  
preiswerte Zigarre für so wenig Geld angetroffen, deshalb bitte ich  
Sie, mir nochmals 500 Stck. für 7 M. fr. geg. Nachnahme zu senden.  
Hochachtungsvoll Anton Döring, Roxel.  
NB. Ueber 2000 Anerk. habe ich erhalten!  
Bestellen Sie bitte auch zur Probe gegen Nachnahme franko:  
500 Stück „Uniqn“ für nur 7 M.! Sie werden viel Geld sparen!  
Garantie: Umtausch od. Zurückn.  
Rad. Tresp, Zigarrenfabrik, Neustadt bei Danzig H. N. 215.

**Billige Bauparzellen.**  
am Bahnhof Biesdorf, günstige  
Geländelage für jedermann. Stadtbahn-  
verbindung 10 Pf. Fahr. Gas- und  
Wasserleitung, erstklassigen Boden.  
Quadrat-Rate von 15 Mark an.  
Bedr. Nieschalske, Rieger & Co., Land-  
bergerstraße 66. Austausch täglich von  
nachmittags 2 Uhr, sowie Sonntags  
von früh 10 Uhr durch den Vertreter  
Herrn **Kranz** im Restaurant  
Liesko am Bahnhof Biesdorf. 9985\*

**Anzüge, Paletots**  
nach Maß **28**  
30, 32, 35, 38 Pf. usw., bei Anzügen  
von 50 Pf. an Teilzahlung, monat-  
lich 10 Pf., gefaltet. 3262\*  
Temporowski, Prinzenstr. 55, I. Gg.







# Arbeiter, Parteigenossen! Die Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Maifeier!

## Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Friedenau ist uns das Lokal „Reinholdshaus“, Rheinstr. 60, durch den Wechsel des Besitzers verloren gegangen. Wir teilen hierbei gleichzeitig mit, daß der neue Inhaber Herr D. Förste außerdem ein Lokal Kollender-Platz 6 und ein Lokal Potsdamerstr. 72 besitzt. Die Lokalkommission.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute abend 8 Uhr bei Hause, Berlinerstr. 10, seine Versammlung ab, wozu ein jeder Parteigenosse pünktlich erscheinen muß. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Städtische Verkehrsdeputation.

Die gestrige Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation wurde vom Oberbürgermeister mit einem warm empfundenen Nachruf auf den verstorbenen Stadtrat Rolke eröffnet.

Die Aneignung einer Wasserfläche vor dem auf der Ladestraße des Humboldthafens zu erbauenden Lagergruppen ist vom Polizeipräsidenten vorbehaltlich der Einigung über den Mietpreis auf 10 Jahre zugestanden worden. Da aber der geplante Lagergruppen ein massives Gebäude werden soll, dessen Errichtung einen Kostenaufwand von circa 100 000 M. erfordern wird, glaubte die Deputation, daß die zunächst zugestandene Frist von 10 Jahren viel zu kurz bemessen ist und beschloß, eine Mietzeit von mindestens 20 Jahren zu beantragen. In der weiteren Diskussion zeigte sich Einmütigkeit darüber, daß es wünschenswert sein werde, für den feineren zur Erhebung gelangenden Tarif den staatlichen Anlegertarif zum Muster zu nehmen.

Der Antrag der Hiesigung wegen Genehmigung einer Fischhallenanlage bei Neu-Cölln a. B. entfiel eine lang ausgeführte Debatte, die sich auf die verschiedensten Gegenstände erstreckte. Die Deputation beschloß, die Genehmigung zunächst auf 20 Jahre zu erteilen, unter der Bedingung, daß das bauliche Projekt zur Genehmigung vorgelegt werde und daß keinerlei Ansprüche mehr an die Stadt für das Absterben solcher Fische gestellt werden, die in den in der Spree schwimmenden Kästen aufbewahrt werden.

Die geplante Reise der Verkehrsdeputation nach Paris und London zur Besichtigung der dortigen neuen Untergrundbahnlinien wurde vom Oberbürgermeister noch einmal zur Sprache gebracht. Für die dritte Wokwoche sind 10 Mitglieder der städtischen Behörden von dem englischen Komitee, welches im vorigen Jahre hier weilte und von den städtischen Behörden gastlich aufgenommen wurde, zur Besichtigung englischer kommunaler Einrichtungen nach London eingeladen worden; die Auswahl dieser Mitglieder ist dem Oberbürgermeister anheimgegeben. Der Oberbürgermeister glaubt nun, wenn er diese Mitglieder aus der Verkehrsdeputation entnimmt, daß die Herren dann den Aufenthalt in London u. a. zum Studium der neuen Unterpflasterbahnen verwenden könnten und eine Reise der Verkehrsdeputation als solcher nach London sich erübrige würde. Auch nach Paris bräuhete wohl nicht die ganze Deputation zu reisen, sondern die Entsendung einer kleinen Zahl von Mitgliedern dürfte genügen. Die Deputation zähle, wenn man ihre ständigen technischen Berater mitrechnet, 21 Mitglieder; die Restkosten würden also nicht unbeträchtliche werden, selbst wenn man in London und Paris nur je drei Tage bliebe. Man dürfe auch die Befürchtung nicht abweisen, daß die Reise in weiteren Kreisen zu Mißdeutungen und Mißbilligung Anlaß geben könne.

All diesen Ausführungen wurde von allen in der Deputation vertretenen Gruppen entgegengetreten und schließlich beschlossen, allen Mitgliedern der Deputation, die sich zu beteiligen wünschen, auch die Möglichkeit dazu zu geben und diese Studienreise der Deputation vollkommen getrennt von der Einladung des englischen Komitees zu halten. Als Reisebeginn wurde der 21. Mai festgelegt und eine kleine Kommission mit den nötigen Vorbereitungen betraut.

Die Verhandlungen mit den Berliner Elektrizitätswerken betreffend die Stromerzeugung der Hochbahngesellschaft in eigenen Werken für die Fortführung der Hoch- und Untergrundbahn vom Potsdamer Platz bis zur Schönhauser Allee haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. In dem Vertrage, welchen die Stadt mit den Berliner Elektrizitätswerken geschlossen hat, hat sie sich verpflichtet, von allen denjenigen Gesellschaften eine bestimmte Abgabe zu erheben, die nicht von den Berliner Elektrizitätswerken ihre elektrische Kraft beziehen. Der Hochbahngesellschaft gegenüber will die Stadt auf diese Abgabe verzichten, doch benötigt sie dazu der Zustimmung der Berliner Elektrizitätswerke. Diese Zustimmung ist nun erteilt, so daß dem Abschluß des Vertrages mit der Hochbahngesellschaft Hindernisse nicht mehr entgegenstehen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr: Bericht über die Vorlagen betr. Neuordnung der Gehaltsbezüge der Direktoren Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeindeschulen — und die anderweitige Festsetzung der Besoldungsverhältnisse der ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen sowie der Zeichenlehrerinnen an den höheren Mädchenschulen; ferner der Lehrer und Lehrerinnen an der Taubstummenschule und Blindenanstalt sowie der beiden ordentlichen Lehrer an der ersten bzw. zweiten Realschule. — Vergleich über die Vorlage betr. den Vorentwurf zum Neubau einer technischen Mittelschule, einer Realschule und einer Gemeindedoppelchule auf dem städtischen Gelände zwischen Müller- und Amrumerstraße; — den Erwerb des zur Freilegung der Straße 60b, Abteilung X 2, zwischen Bad- und Christianistraße von dem Grundstück Prinzenallee 75/76 erforderlichen Landes; — den Verkauf einiger Baulparzellen an der Urbanstraße; — die Herstellung der Straße A auf dem Schwachloppischen Gelände zwischen Chausseestraße und dem Vorplatz des Stettiner Bahnhofes durch die Stadtgemeinde Berlin — und die Errichtung eines Tüngerbankeis auf dem Viehhofe.

Das „Kobuch“ der Berliner Gemeindeverwaltung für 1906 ist erschienen. Es umfaßt nicht weniger als 541 Seiten, d. h. 23 mehr als das letzte. Die Einteilung des für alle städtischen Verwaltungen und Anstalten inwendigen Buches, besonders wegen der Personalnachweisung, ist in der neuen Ausgabe noch übersichtlicher geworden, und zwar dadurch, daß die Gruppen, die zu einander gehören, zusammengefaßt sind. Den größten Raum, nämlich 110 Seiten, nimmt das städtische Bauwesen ein, nicht viel weniger, mit 101 Seiten, das städtische Schulwesen, dann folgen die Steuerverwaltung mit 21, die städtischen Werke mit 10, die Gesundheitspflege mit 6 und die Bauverwaltungen mit 4 Seiten. Die übrigen Verwaltungen beugen sich mit 8 und weniger Seiten. Das Namensverzeichnis der in den städtischen Verwaltungen amtlich und ehrenamtlich tätigen Personen umfaßt 129 Seiten mit rund 20 000 Namen.

Im Kinderhaus, Blumenstraße 78, werden von jetzt ab jede Woche einmal Übungen in der Pflege des gesunden Säuglings

für Frauen aus dem Volke abgehalten werden. Anmeldungen in der Wöchnerinnenunterkunft jeden Dienstag und Freitag von 2—4 Uhr.

Aus der Erleuchtungskommission. Unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramslau wurden am Montag von der Deputation der städtischen Gaswerke für die öffentliche Beleuchtung von Berlin wichtige Beschlüsse gefaßt. Unter anderem wurde beschlossen, die Zentrale für Millenniumlichtbeleuchtung in der Waisenstraße zu erweitern, damit das bestehende Netz dieser neuen, dem elektrischen Licht wenig nachstehenden Beleuchtung baldigst erweitert werden kann, und eine neue Zentrale für Millenniumlichtbeleuchtung für die Luisenstadt in der Gitschinerstraße zu errichten. Zurzeit sind die Straßenzüge um das Berliner Rathaus bis zum Spittelmarkt und dem Schloßplatz und Alexanderplatz, der Jannowibrücke bis zum Rorizplatz und der Gitschinerstraße mit Millenniumlicht auf das vorteilhafteste beleuchtet. Zunächst sollen nur die Gitschiner-, Königgräber- und die Potsdamerstraße Millenniumlicht erhalten, dann die Luisenstadt, die Rosenfelder Vorstadt usw. Ferner wurde beschlossen, die Gasglühlichtbeleuchtung in der Rungestraße, am Vorfigsteg in Moabit, in der Buchstraße, Türken-, Turnier- und Monumentenstraße (Berlin) zu verstärken, die elektrische Vogenbeleuchtung am Rolfsdenkmal auf dem Königsplatz zu erweitern und die neuen Parkanlagen an der Kasareikirche mit Gasglühlicht beleuchten zu lassen.

Schaufrieren. Die Berliner Barbier-, Friseur- und Berückenmacherinnung hielt am Montagabend in den Sälen der Philharmonie ihre diesjährige Schaufrieren ab. Unter den Klängen der Musik zogen die 485 Schüler in den Sälen, voran die Damen. In 5 langen, weißgekleideten Tafeln saßen die zu frisierenden Herrschaften, vor ihnen standen die Lehrlinge, alle in weißen Jaden. Nachdem Herr Obermeister Leopold in einer Rede die großen Fortschritte, welche die Fachschule von Jahr zu Jahr macht, hervorgehoben, begann auf ein Kommando des Oberlehrers die Arbeit der Schüler. Es gewährte einen reizenden Anblick, als nach den Klängen eines flotten Marsches sämtliche 485 Schüler im Takt die Köpfe mit Bürsten bearbeiteten. Nach einer halben Stunde war die Arbeit vollendet, und der Rundgang begann. Naturgemäß erweckten die kunstvollen Damenfrisuren das meiste Interesse; sehr originell war eine Kofolofrisur. Bei den Herren handelt es sich meist um Scheitelgischen. Viel bewundert wurde der Damenhut, aus Menschenhaaren verfertigt vom Fachschullehrer Herrn Henkel. In den oberen Sälen befand sich die Ausstellung von Berückenarbeiten, von den Schülern des ersten und zweiten Semesters angefertigt. Von besonderem Interesse waren die Berücken aus den Haaren der Angoraziege und aus gepöhlten Wüßelhaaren. Bei dem immer mehr zunehmenden Haarwuchs nimmt die Berückenmacherinnung einen großen Aufschwung. An die Verteilung der Prämien schloß sich ein fröhlicher Ball.

### Ein neuer Mord.

Ein Leichenfund in Pan'ow beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf freiem Felde, in der Nähe des Bahnhofes Heinersdorf, wurde gestern morgen um 5 1/2 Uhr die Leiche eines Mannes unter Umständen aufgefunden, die auf einen Mord schließen lassen. Die Leiche weist mehrere Wesserschnitte auf, die nach dem Ergebnis der vorläufigen Besichtigung den Tod herbeigeführt haben müssen. Außer der Panower Kriminalpolizei begab sich auch die hiesige Kriminalkommission für besondere Vorkommnisse an den Fundort. Ob dieser auch der Täter ist, steht noch nicht fest.

Wie weiter gemeldet wird, scheint es sich um ein Kapitalverbrechen in Verbindung mit der Betätigung widerrechtlicher Reizungen zu handeln.

Der Tote ist ein am 3. November 1877 zu Tore Lombio bei Verona geborener unverheirateter Bauarbeiter Luigi Dobigo, der im Norden Berlins, in der Stolpischenstraße 5, wohnte. Die Leiche liegt etwa 100 Meter vom Bahnhof Panow-Heinersdorf entfernt auf einem Felde, das bei schönem Wetter oft von Spaziergängern aufgesucht wird. Sie hat keine Kratzen an den Händen, eine Stichwunde in der rechten Schultergrube und eine zweite in der Brust in der Richtung der Herzgegend. In der rechten Westentasche fand sich ein Zweimarkstück und ein Portemonnaie mit einer Johannisbrunnenmark und einem Postauslieferungsschein vom 4. November 1905 an Bonetti Teresa. Neben der Leiche lagen einige Zigarettenstummel und zu ihren Füßen ein offenes Taschmesser. Mit diesem scheint Dobigo erstochen worden zu sein. Ob es dem Toten oder dem Täter gehört, steht nicht fest. Das Messer ist ungefähr 10 Zentimeter lang und hat eine braune Hornschale, eine große und eine kleine Klinge und einen Korzenzieher. Der über ein derartiges Messer und seinem Eigentümer etwas mitteilen kann, wird er sucht, sich schleunigst bei der Kriminalpolizei zu melden. Neben der Leiche wurden auch noch eine gebrauchte Taschenuhr und ein Uhrkettenkarabiner gefunden, der aber keine Beschädigung zeigt. Es ist festgestellt worden, daß Dobigo am Sonntag von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags in der Gastwirtschaft von Richard Boffen in der Damerowstraße 18 zu Panow mit einem anderen italienischen Bauarbeiter vier Mark vertrunken hat. Zehn Minuten vor 1 Uhr ist Dobigo in der Damerowstraße in Begleitung eines bisher noch nicht ermittelten Mannes gesehen worden, mit dem er sich unachtsam umarmte. Dieser Begleiter war mittelgroß und sprach italienisch. Beide gingen in der Richtung nach dem Viehhofe zu. Kurz nach 1 Uhr sind an der Stelle, an der man gestern morgen die Leiche fand, zwei Männer beobachtet worden, die zu ringen schienen. Einer von ihnen fiel hin, worauf der andere sich in der Richtung auf Nieder-Schönhausen entfernte.

Der Ermordete ist 1,65 Meter groß, hat kurzes dunkelbrünes Haar, einen starken rötlichen Schnurrbart und etwas große Vorderzähne und trug einen dunkelgrauen Jackettanzug (Weste und Salzfärbe), einen braunen weichen Filzhut und ein blaues Hemd. Das Messer, das zu Füßen der Leiche lag, hat auf der braunen Hornschale ein Messingbild und dort, wo die Klängen und der Korzenzieher in das Horn eingeseht sind, ebenfalls Messingbeschlag.

Die weiteren Ermittlungen führten zu der Feststellung, daß der Mann, mit dem der Ermordete bei Boffen für vier Mark Getränke genoss, ein Bauarbeiter Giovanni Whilippi ist, der mit seinem fünfzehnjährigen Bruder Samoil und Davigo in der Stolpischenstraße 5 die Schlafstelle teilt. G. Whilippi überraschte Dobigo vor einigen Tagen, als er mit seinem Bruder im Bett unachtsam Handlungen vornahm und prägte ihn dafür durch. Trostlos ging er aber gestern morgen wieder mit ihm aus, um gemeinsam Arbeit zu finden. Er befreit, der Täter zu sein, und behauptet, daß er Dobigo vor der Wirtschaft von Boffen verlassen habe und bereits um 2 Uhr vorgehen nachmittags wieder zu Hause gewesen sei. Ob diese Angaben zutreffen, wird augenblicklich noch von der Kriminalpolizei untersucht.

Die Leiche wird einstweilen am Fundort in ihrer ursprünglichen Lage belassen, die für den Charakter der Tat auch bezeichnend zu sein scheint. Die Gerichtskommission wird noch erwartet. Der Photograph des Erkennungsdienstes machte von der Lage der Leiche und von dem Fundort mit seinen Einzelheiten mehrere Aufnahmen.

Gefentert. Auf dem Langen See lenierte gestern nachmittags das Segelboot „Flora“, welches von dem Besizer, einem Kauf-

mann D. aus Berlin, und zwei seiner Freunde geführt wurde. Der Wind sprang plötzlich um und drückte das Segel flach auf das Wasser. Die drei Insassen stürzten in die Fluten, doch gelang es ihnen, sich an das Boot anzuklammern und sich so lange über Wasser zu halten, bis Hilfe zur Stelle kam. Die Verunglückten, die bei dem Sturzbad glücklicherweise keinen Schaden erlitten hatten, wurden nach Grünau gebracht.

Auf der Flucht vor scheugewordenen Pferden verunglückte gestern vormittag der 6jährige Paul Richter, dessen Eltern in der Gohlowskystraße 3 wohnen. Der Knabe wollte gegen 12 Uhr den Fuhrmann in dem Gohlowskystraße überfahren und hatte fast schon den jenseitigen Bürgersteig erreicht, als die scheugewordenen Pferde eines Kollwagens heranstürzten, dessen Führer sich vergeblich bemühte, die Tiere zu zügeln. In seiner Angst ließ der Junge wieder zurück und rannte blindlings zwischen Vorder- und Hinterrad eines in entgegengesetzter Richtung fahrenden Geschäftswagens der Firma Kelsfeld, Lindenstraße 107. Das Rad ging dem Kleinen über beide Beine hinweg, deren Unterschenkel gebrochen wurden. Das verunglückte Kind wurde zunächst nach der Unfallstation in der Puttenstraße und von dort nach dem Krankenhaus überführt. Die scheuen Pferde des Kollfuhrwerks wurden bald darauf, ehe sie weiteren Schaden anrichten konnten, zum Stehen gebracht.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern, Dienstag mittag gegen 12 Uhr in der Turnstraße. Der den Berliner Ausflügler bekannte Gastwirt Seeger aus Albars war gestern vormittag nach Berlin gekommen und fuhr vom Stettiner Bahnhof aus mit einem Straßenbahnwagen der Linie 11 nach Moabit. An der Ecke der Turn- und Stromstraße verließ S. den Straßenbahnwagen und war im Begriff nach dem Bürgersteig hinüberzugehen, als plötzlich ein Automobil dicht an dem Straßenbahnwagen vorbeifuhr. S. wurde von dem Kraftwagen erfasst und mit solcher Gewalt zu Boden geschleudert, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Schwerverletzte wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Moabit überführt. Der Automobilfahrer suchte, ohne sich um den Verunglückten zu bekümmern, sich durch die Flucht der Personalfeststellung zu entziehen. Dennoch gelang es festzustellen, daß der Kraftwagen die Nummer A oder B 242 oder 242 führte. Der Wagen wies einen braunen Anstrich auf.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montagnachmittag an der Ecke der Grünauer- und Wienerstraße. Ein Kutscher der Firma Petruschke, Rixdorf, fuhr mit einem mit Vreitern beladenen Wagen die Wienerstraße entlang, als vor der genannten Ecke plötzlich das rechte Hinterrad brach; die Last kippte auf die Straße und begrub den Kutscher unter sich. Hilfsbereite Passanten befreiten den Bedauernswerten, dessen Kopf fürchterlich zugerichtet war, aus seiner entsetzlichen Lage und sorgten dafür, daß er sofort in ärztliche Behandlung kam.

Wie uns mitgeteilt wird, soll das Hinterrad und die Speichen total verkauft gewesen sein, der Wagen hätte also gar nicht in Benutzung genommen werden dürfen. Aber so sind vielfach die Unternehmern: Mit schlechtem Material werden die Arbeiter weggeschickt und passiert dann einmal etwas, so heißt es: der Kutscher war besoffen oder er hat geschlafen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht mußte die Feuerwehr in der Hensburgerstraße 10 einen Küchenbrand löschen, der um 2 Uhr ausgebrochen war. Ein zweiter Küchenbrand entstand in der Turnstraße 53. Zimmerbrände beschäftigten die Wehr in der Waldenstraße 40 und am Magdalenen 2. In der Brunnenstraße 79 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden. Regale und andere brannten dort. Ferner hatte die Wehr auf dem Nordbahnhof und auf dem Gergierplatz an der Schwedterstraße zu tun, wo Freylohen, eine Pappel usw. brannten.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergebniswahl in der II. Abteilung wurde Direktor Jachmann (Bürgerpartei) mit 286 Stimmen gewählt. Auf seinen Gegner, den Handelsrichter Ernst (lib.) entfielen nur 179 Stimmen.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in ihrer letzten Sitzung am Montag wieder einmal eine Bergewaltigung der sozialdemokratischen Fraktion geleistet, und beschloß es die Hausbesitzerfraktion, die über die Wehrheit in der Versammlung verfügt, hierbei in einer ganz hinterlistigen Weise zu Werke zu gehen. Es handelte sich um die Wahl von 6 Stadtverordneten in die gemischte Deputation zur Festsetzung eines Ortsstatuts für die Kanalisationsgebührenordnung. Von den vom Wahlauschuss vorgeschlagenen Stadtverordneten waren 4 Hausbesitzer und 2 Mieter. Die beiden letzteren waren Reichsanwalt v. Giesenapp (Syndikus des Hausbesitzervereins) und unser Genosse Baumler. Stadtv. Knoll erhebt namens der Hausbesitzerfraktion Einspruch gegen die Zusammensetzung des Ausschusses, er verlangt, daß nur Hausbesitzer gewählt werden, da Richter seiner Meinung nach nichts von der Sache verstanden. Die Stadtv. Schüler und Leidig legten sich ganz besonders ins Zeug, um den Standpunkt des Vorredners als berechtigt hinzustellen; die Gründe wurden förmlich an den Haaren herbeigezogen. Nur die Hausbesitzer bezahlten Kanalisationsgebühren, infolgedessen hätten auch nur die Hausbesitzer bei der Regelung der Gebührenordnung mitzureden. Der letztere Redner ging sogar soweit, daß er erklärte, die Hausbesitzer wären Esel, wenn sie die ihnen in der Städteordnung gegebenen Rechte nicht ausübten, denn nach seiner Ansicht habe die Städteordnung den Hausbesitzern ausdrücklich eine größere Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung eingeräumt, damit sie ihre besonderen Interessen wahren können. — Die Ausführungen dieser Vertreter der Hausbesitzerinteressen fanden bei einem Teile der bürgerlichen Vertreter und bei den sozialdemokratischen Stadtverordneten den heftigsten Widerspruch. Die Redner der Minderheit kennzeichneten das Vorgehen der Hausbesitzer als die nachste Interessenswirtschaft, die den Bestimmungen der Städteordnung geradezu widerspreche. Nicht nur die Hausbesitzer, sondern die gesamte Bürgerschaft sei bei Festsetzung der Kanalisationsgebühren interessiert. Unsere Genossen Müller und Wagner schlossen sich den Rednern der Minderheit an; wenn die Hausbesitzer bei früheren Gelegenheiten wenigstens den Versuch gemacht hätten, mit sachlichen Gründen aufzutreten, so trete hier eine Interessenspolitik auf, wie sie krasser nicht gedacht werden kann. Der wahre Zweck der Hausbesitzer sei ja eigentlich nur der, den Stadtv. Baumler als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion aus dem Ausschuss hinauszudrängen. Die sozialdemokratische Fraktion werde sich das nicht so ohne weiteres gefallen lassen. Auch der Oberbürgermeister wandte sich mit drastischen Worten gegen die Hausbesitzer, die nicht das Recht hätten, ihre eigenen Interessen in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten, denn in der Städteordnung wird dies ganz besonders betont. Der Haus-



Besitzerstand sei auch keineswegs ein Verbot, zu dem eine besondere Vorbildung nötig sei; mit demselben Rechte könnte auch verlangt werden, daß bei Beratungen über Erhöhung der Hundesteuer nur Besitzer von Hunden hinzugezogen werden.

Nach weiteren Auseinandersetzungen, die zum Teil auf das persönliche Gebiet hinübergingen, dokumentierte die Mehrheit durch ihre Abstimmung, daß Machi vor Recht geht. Unser Genosse Baumler blieb gegen den Hausbesitzer Schüler in der Minderheit. — Der Einspruch gegen den anderen Mieter, den Stadt. Glasenapp, wurde kurz vor der Abstimmung von den Herren zurückgezogen, da die Persönlichkeit dieses Herren dafür bürgt, die Interessen der Hausbesitzer im weitesten Maße zu vertreten. Dadurch ist aber festgestellt, daß es jenen Herren nur darum zu tun war, den sozialdemokratischen Vertreter aus dem Ausschuss hinauszubügeln.

Im übrigen hatte die Versammlung eine Reihe von Petitionen zu erledigen. Einige bürgerliche Vereine verlangten die Ausdehnung der Wahlzeit in der zweiten Abteilung; die Versammlung stimmte dem nur im beschränkten Maße zu, indem sie die Wahlzeit um eine Stunde (von 5—6 Uhr abends) verlängern will. Neben die Petitionen um Verlegung des Reitweges in der Speherstraße, um Asphaltierung der Würzburgstraße, um Aenderung der Marktstände auf dem Winterfeldplatz und um Aufhebung der Wochenmärkte wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Der Errichtung je einer Bedürfnisanstalt in der Martin Lutherstraße und auf dem Viktoria Luise-Platz wurde zugestimmt. Letztere soll unterirdisch angelegt werden.

Mit dem Antrage des Magistrats um Bewilligung von 660 M. für einen französischen Lehramtsassistenten erklärte sich die Versammlung ebenfalls einverstanden. Derselbe soll der Schulfachabteilung der Hohenzollernschule überwiesen werden, damit die Schüler mehr im geläufigen Sprechen der französischen Sprache unterrichtet werden. Die Anstellung derartiger Lehrkräfte beruht auf einem Abkommen, das der deutsche und der französische Kultusminister gegenseitig getroffen haben. Die Lehrer sollen sich gleichzeitig selbst weiter ausbilden.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte noch die Einführung des neuen Stadtrats und Syndikus Bergmann.

### Ober-Schöneweide.

Gemeinderatswahl. Als dritter Schöffe wurde Herr Friesede gewählt. Durch das rapide Wachstum des Ortes hat sich die Schaffung von drei weiteren Schiedsmannbezirken notwendig gemacht. Die Wahlen hierzu wurden ebenfalls erledigt. Die erneut auf der Tagesordnung stehende Vergebung des dritten Schulbaues zeitigte wieder eine längere Debatte. Beschlossen wurde, der Firma Stutterheim den Bau unter gewissen Kautelen zu übertragen. Der Antrag unserer Genossen auf Vernehmung der Zahl der Gemeindevertreter wurde wegen Behinderung des Antragstellers von der Tagesordnung abgeseht.

### Bris.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts für Bris und Umgegend mit dem Sitz in Bris ist in der letzten Gemeinderatsversammlung beschlossen worden. Zur weiteren Ausführung dieses Planes wurde eine Kommission gewählt, welche mit den in Betracht kommenden Orten in Verhandlungen treten soll. Wird eine Einigung nicht erzielt, so errichtet Bris für sich ein Gewerbegericht. Zur Sache selbst ist bemerkenswert, daß die Innungen von Bris diesen Antrag gestellt haben. Dieselben planten zuerst die Errichtung eines Innungsschiedsgerichts, es fiel ihnen aber dabei nicht ein, daß sie auch die Kosten desselben zu tragen gehabt hätten. Insofern ist dieser Antrag auch ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. In der von Rigdort nachgesuchten Erlaubnis, gegen eine einmalige Entschädigung von 6000 M. und jährlich 600 M. zu leistenden Anstößen, zur Legung eines zweiten Druckrohres durch die Rudowertstraße wurde beschlossen, dem Verlangen Rigdorts nur nachzukommen, wenn es sich zur Zahlung einer Entschädigung von 60000 M. bereit erklärt. Begründet wurde diese Forderung damit, daß die Rudowertstraße in diesem Jahre asphaltiert werden soll; durch die Auflockerung des Erdbodens, wie es die Durchlegung eines Druckrohres notwendig macht, entstanden nach Fertigstellung der Straße Senkungen, die der Gemeinde hohe Geldkosten verursachen würden. Zudem könnte die Gemeinde Bris selbst einmal in die Lage kommen, ein zweites Druckrohr durchlegen zu müssen, was alsdann nur unter großen Schwierigkeiten und hohen Kosten möglich wäre.

Die von der Regierung nachgesuchte Genehmigung zur Errichtung einer Turnhalle ist, wie aus einem eingegangenen Schreiben der Regierung ersichtlich war, erteilt worden. Dagegen wurde das Gesuch der Gemeinde, die Turnhalle auch von Vereinen unentgeltlich benutzen zu lassen, abgelehnt. Auch wurde auf die einschlägigen Paragraphen verwiesen, nach welchen in jedem Falle die Erlaubnis nachgesucht werden müsse. Genosse Weniger kennzeichnete von vornherein die Gesetzesbestimmung, wonach, wie die Erfahrung lehrt, wohl patriotischen Vereinen unentgeltliche Benutzung der Turnhalle gestattet würde, nicht aber Vereinen, die in sozialdemokratischem Geruch stehen. Diese dürften wohl für sich das Recht reklamieren, zu den Kosten mit beizutragen, nur aber nicht Anspruch auf die Benutzung derselben zu erheben. Redner kennzeichnete zum Schluß scharf die starke Behormung der Gemeinden durch den Staat, wonach erstere nur zum Bezahlen verurteilt seien, ein Bestimmungsrecht über ihre kommunalen Einrichtungen aber nicht besitzen. Der Entscheid der Regierung ist wieder einmal ein Beitrag von der vielgerühmten Selbstverwaltung.

Einen qualvollen Tod hat die Ehefrau des Privatiers Kempin aus Bris erlitten müssen. Sie hatte ihre in Eberswalde wohnhafte Tochter besucht, und als sie abends heimzufahren war, nahm sie den Weg, um abzufahren, über das städtische Weidenland. Beim Ueberfahren eines seichten Wassergrabens rutschte Frau L. aus und stürzte ins Wasser. Sie kam so unglücklich zu Fall, daß das Gesicht nach unten im Wasser lag. Infolge des plötzlichen Schreckens schien sie unfähig, sich wieder zu erheben, weshalb sie auf diese Weise ums Leben kam.

### Mariensfelde.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittags um 2 Uhr in der Messing-Gießerei von Richard Schulz u. Co. in Mariensfelde. Der Arbeiter Oscar John war im Begriff, einen mit flüssigem Metall gefüllten Schmelztiegel zu transportieren, kam hierbei zu Fall und stürzte mit der rechten Körperseite in die glühende Masse. Schwere Verletzte wurde der Verunglückte mittels Hebräufahrwerks nach dem Briker Krankenhaus befördert.

### Vorzagen · Nummelsburg.

Unenbliche Verwirrung herrschte am Sonntag infolge Wassernot in dem neuen Ortsteil Vorzagen-Nummelsburg. Schon am Sonnabendabend spielten sich dort äußerst komische Szenen ab. Es war bekannt gegeben worden, daß das Wasser für längere Zeit abgeperrt werde. Zahlreiche Einwohner hatten dies inzwischen wieder vergessen, vielleicht hatten sie auch von der Bekanntmachung keine Kenntnis erlangt. Es kam schließlich die Zeit des Kaffeetrinkens sowie des Abendens der Kinder heran, doch die Wasserleitung streifte noch immer. Auf den Straßen entstand bald ein allgemeines Laufen und Fragen nach Ursachen, und Grundründe, auf denen sich solche Befanden, wurden förmlich bestimmt. Noch ungewaschen irren viele Beeteaterinnen des schönen Geschlechts mit Eimern und Wasserkrüben umher und endlich nach mehreren Stunden spendeten die Leitungen Wasser, aber was für welches; bieder gelber Schlamm, lodgelöster Koff der Leitungsrohre sprudelte wie zum Hohn den verzweifeltsten Frauen entgegen, bis schließlich nach 20 weiteren Minuten klares Wasser einliefte. In Nummelsburg empfand man die Wassernot weniger schmerzhaft als in Vorzagen.

### Röpenitz.

Ein gefährlicher Brand entstand gestern früh gegen 5 Uhr auf dem Gelände der Pumpstation gegenüber der Kolonie Hirsdgärten. Das Materialgebäude, bestehend aus drei Holzspeichern, war in Brand geraten und bis auf den Erdboden niedergebrannt. Die alsbald an der Stelle erscheinende Röpenitzer Feuerwehr konnte

nur noch die naheliegenden Bauklötze und den angrenzenden Wald vor dem verderbenden Feuer, welches durch den starken Westwind angefaßt war, schützen.

### Weißensee.

Die Jahreshauptversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung den Kassienbericht vom 1. Quartal 1906 entgegen. Danach hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 4235,01 M. und eine Ausgabe von 3346,54 M. zu verzeichnen; es verbleibt somit ein Kassienbestand von 888,47 M. Die Gesamteinnahme der Lokalkassen betrug 21 908,30 M., dem stand eine Ausgabe von 2086,26 M. gegenüber; es verbleibt somit ein Bestand von 19 217,04 M. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 922, davon sind 902 männliche und 20 weibliche. Auf Antrag der Revisoren wurde dem bisherigen Kassierer Schlemminger Dedargé erteilt. Sodann erstatteten die Objekte Bericht. Getadelt wurde der schlechte Besuch in den einzelnen Vertikalfestungen. Zu Punkt „Ergänzungen“ gab Kollege Jahnmann diejenigen Mitglieder bekannt, welche ihr Amt in der Verwaltung niedergelegt haben. Es sind dies Paul Wehrle als zweiter Bevollmächtigter, Albert Kirchner als Revisor und Obmann und Volkmar als Obmann der Möbelpolierer. Die Nachwahl hatte folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt als zweiter Bevollmächtigter Fritz Ebert, als Revisor Franz Schlemminger und als Obmann der Kollege Karl Mod. Zum Obmann der Möbelpolierer wurde Wilhelm Lindner und als Leiter der Anmachereibrand Kollege Brandt bestätigt. Zu dem Punkt „Stellungnahme zur Kaiserfeier“ verpflichteten sich die Kollegen durch Annahme einer Resolution, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Mit einem Appell des Bevollmächtigten an die weiblichen Mitglieder, immer vollzählig in den Versammlungen zu erscheinen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

### Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung schloß bei Beginn noch ganz unter dem Zeichen der Osterstimmung zu stehen, der Schluß gestaltete sich jedoch äußerst lebhaft. Von dem verstorbenen Sanitätsrat Dr. Zielenziger hat die Stadt 4000 M. mit der Bestimmung erhalten und angenommen, die Zinsen alljährlich an 70-Jährige und ältere Frauen zu verteilen. — Die folgenden „kleinen Vorlagen“ betrafen meist nur Rechnungssachen und einige Staatsüberschreitungen, die glatt genehmigt wurden. Interessant dabei ist die zugegebene Fleischsteuerung beim Etat der Krankenabteilung, der sowohl eine Nachforderung von 7000 M. wie eine Erhöhung des nächstjährigen Etats von 70 000 M. auf 77 000 M. enthält. Für eine wiederholt geforderte Volksbadanstalt mit Schwimmbassin ist kein Geld vorhanden; für die Renovierung der Heiligengeistkirche werden hingegen ohne weiteres 14 800 M. bewilligt. Die gegen die „patriotischen“ Restanapralien eines hiesigen Warenhauses gerichtete Interpellation Fräulein wurde vom Magistrat nichtssagend dahin beantwortet, daß ihm kein Fall bekannt geworden sei, in dem städtische Lehrer bei einem aus Anlaß der Silberhochzeit des Kaiserpaars veranstalteten „Preisanschreiben“ für Schulförder mitgewirkt hätten. Da es sich ja um eine „patriotische“ Tat handelte, so ist es erklärlich, daß die anrüchige Sache so schnell wie möglich unter den Tisch fiel. — Nach der Wahl eines Ausschusses für die Verhandlungen mit Kowawes-Neuendorf zwecks Anschlusses an die neue elektrische Straßenbahn, wurde zur Beschleunigung des Baues ein Straßenbauauschuß ernannt. Im Herbst dieses Jahres soll bereits mit der Schienenlegung begonnen werden, so daß Potsdam Aussicht hat, im nächsten Frühjahr schon im Zeichen des elektrischen Verkehrs zu stehen. — Für gärtnerische Anlagen resp. die dazu nötigen Vorarbeiten zur Regulierung der freigelegten Kaiser Wilhelm- und Hohenzollernstraße werden zu nächst 9400 M. angefordert. Der Magistrat wird hierüber noch eine besondere Vorlage einbringen. Durch die Höherlegung der Bahnstraße Potsdam-Wildpark hat sich die Regulierung der neuen Straße am Rietwitt notwendig gemacht. Die benötigten Kosten betragen nach der Magistratsvorlage zusammen 125 500 M.; die Deckung geschieht durch Anleihenmittel. Nach Fertigstellung der Straße müssen die Interessenten die Hälfte der Bausumme zurückzahlen. Mit der Durchführung dieser Ringstraße wird hier ein ganz neues Viertel entstehen, das bei seiner günstigen Lage an der Bahnstation Charlottenhof und der Havel bald einen erfreulichen Aufschwung nehmen dürfte.

Kun zur pièce de resistance dieser langen Sitzung, die wieder einmal den Beweis lieferte, wie herrlich weit es die meisten unserer „Stadtväter“ schon gebracht haben. Moderne Sozial- und Kommunalpolitik ist im Potsdamer Rathaus ja noch niemals hoch im Kurse gewesen; aber eine derartige Minderständigkeit, wie sie durch den Stadtverordneten Hennings dokumentiert worden ist, wirkt denn doch zu bejammern.

Es handelt sich um die Annahme eines Legats, das der verstorbene Stadtvater Briet der Stadt hinterlassen hat. Es besteht aus einem Hause in der Kreuzstraße, worin sich die von dem Stifter gegründete Kleinkinderbewahranstalt befindet. Von dem dazu gehörigen Kapitale von 5000 M. sollten die Zinsen teilweise zur Erhaltung der Gräber des Brietschen Ehepaars verwendet werden. Der Wert der gesamten Stiftung für die Stadt beträgt zirka 16 000 M., nachdem die Erben in eine Abfindung der Nebenerbenpflichten eingewilligt haben. Der Magistrat sowie einige Stadtverordnete empfahlen deshalb die Annahme dieser humanen Stiftung, da die Stadt ja event. das Grundstück veräußern könne, falls sie nicht die Anstalt fortzuführen gedenke. Es besteht in diesem Falle nur die Verpflichtung, das lösenfreie Kapital als Priet-Stiftung für ähnliche Zwecke zu verwenden. Um aber die Stadt vor der Möglichkeit zu bewahren, event. einige hundert Mark für diese wirtschaftlich und hygienisch durchaus notwendige Anstalt zu finanzieren zu müssen, falls die private Wohltätigkeit nicht ausreichen sollte, haben sich die meisten Redner gegen die Annahme der Stiftung ausgesprochen. Die Sache wurde schließlich vertagt. Den Haupttrumpfsprüche aber, wie schon gesagt, der Stadtverordnete Hennings aus. Ja, er scheute sich sogar nicht, die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat mit dem „sozialen Zukunftsstaat“ grüßlich zu machen, dem durch die Einrichtung von — Kinderheimen Fortschub geleistet werden würde. Er warnte in seiner Angst vor der Sozialdemokratie vor „sozialen Experimenten“, deren Ausführung nur die Eltern leichtsinniger machen würde; die „Herren Arbeiter“ würden dann „pazifizieren gehen“ und sich nicht mehr um ihre Familien kümmern usw. So geschähen im Jahre der Säuglingsausstellung. . . . Daß dieser jamaise „Stadtvater“ dabei noch den — Mut hatte, von seiner Liebe zu den armen Kindern zu sprechen und den Wert einer guten Kindererziehung herbeizubehaupten, sei nur zur Verbollständigung dieses charakteristischen Gentrübchens aus dem Lager unserer bürgerlichen Gegner angeführt.

### Spandau.

Eine vom Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Gewerkschafts-Versammlung tagte am Mittwoch, den 18. d. M., im Saale von Kumpke. Der Besuch der Versammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung ein sehr mangelhafter. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Genosse Ritter — Berlin das Wort zu seinem Vortrag über: „Arbeiterversicherung“. In seinem etwa 1 1/2 stündigen Vortrage wies Redner nach, daß innerhalb der Arbeiterkassen dieser wichtigen Frage zu wenig Interesse entgegengebracht werde. Dies zeigte sich so recht bei Wahlen der Vertreter zu Krankenkassen usw. — In der hierauf folgenden Diskussion stellte Genosse Strehle fest, daß von seiner Gewerkschaft (Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter) eine große Anzahl Mitglieder in der Versammlung zugegen sei. Dies sei beschämend für die Mitglieder anderer Gewerkschaften am Ort, deren Mitgliederbestand bekanntlich viel intelligentere Arbeiter aufweise als der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. — Der Kassienbericht, den Genosse Reinhardt gab, zeigt eine Einnahme von 199,65 M. und eine Ausgabe von 145,94 M., somit verbleibt ein Bestand von 53,71 M.

Der Parteipostbote Genosse Köppen ersucht und mitzuteilen, daß sein Expeditionsstempel verwendet worden ist und bitte, etwaige Schäden, welche mit dem Stempel versehen sind, anzuhalten. Auf

dem Stempel steht: „Expedition des „Vorwärts“ Parteiliteratur E. Köppen, Spandau, Jagowstr. 9.“

## Vermischtes.

Eisenbahnbetriebsführung infolge Entgleisung. Auf dem Bahnhof Eberswalde trug sich am vorgestrigen Nachmittage ein Eisenbahnunfall zu, durch welchen empfindliche Verkehrshindernisse hervorgerufen wurden. Als der von Berlin nach Stettin abgefahrne Güterzug 6087 die Station Eberswalde passierte, sprang ein Wagen aus den Schienen und verperrte die beiden Hauptgleise. Die königliche Eisenbahnbetriebsinspektion gibt über den Unfall folgendes bekannt: Aus bisher noch nicht ermittelter Ursache entgleiste im Güterzug 6087 in der Nähe der Nordbude auf dem hiesigen Bahnhofe ein Güterwagen mit beiden Achsen, wodurch beide Hauptgleise von nachmittags 2 Uhr 45 Min. ab auf etwa eine Stunde gesperrt waren. Die Personen- und Schnellzüge 701, 20, 825, 19, 594, 267 erlitten hierdurch Verspätungen von 27 Minuten bis zu einer Stunde.

Einen originellen Vohstott gegen die bayerische Staatsbahn will man in Fürtich inszenieren. Dort herrscht seit einiger Zeit große Erregung, weil die Leitung der bayerischen Verkehrsanstalten sich trotz aller Vorstellungen beharrlich weigert, die D-Züge in Fürtich anhalten zu lassen; wer den D-Zug benutzen will, muß sich erst nach Nürnberg begeben und von dort aus fahren. Nun wollen die Industriellen die Staatsbahn in der Weise hohlstottieren, daß alle reisenden Kaufleute verpflichtet werden sollen, in Bayern keine D-Züge mehr, sondern nur noch Schnellzüge mit dritter Klasse zu benutzen.

Die Genidstarr nimmt im Landkreise Ruhrort immer weitere Dimensionen an. Seit dem Ausbruch der Seuche sind bis jetzt über 140 Erkrankungen und gegen 100 Todesfälle festgestellt worden. In der verfloffenen Woche sind in Hamborn allein vier Sterbefälle und sechs neue Erkrankungen zur Meldung gelangt. Auch aus Troppau werden Fälle von Genidstarr gemeldet. Dort sind bisher fünf Fälle von Genidstarr, ein Fall mit tödlichem Ausgang, vorgekommen.

Zum Untergang des belgischen Schulkiffes. Antwerpen, 24. April. Unter den Berechtigten des belgischen Schulkiffes, deren Namen heute veröffentlicht werden, befinden sich zwei Unterleutnants, zwei Lehrer, ein Arzt, zwölf Kabineten und neun Matrosen. Das Schiff sank am 19. d. M. auf ungefähr 47 Grad 12 Minuten nördlicher Breite und 4 Grad 30 Minuten westlicher Länge.

Rabelstörungen. Wie die „Times“ aus Wellington melden, sind beide Rabel zwischen Neuseeland und Australien heute gerissen, voraussichtlich infolge von unterseeischen Störungen. Alle Telegramme müssen daher über die pacifische Route geleitet werden.

### Die Katastrophe von San Francisco.

London, 24. April. Aus San Francisco meldet der Draht: Während die Entfernung Obdachloser systematisch betrieben wird, bleiben die Arbeitsfähigen zurück, um Schutz wegzuräumen. Die Gesundheitsverhältnisse sind im allgemeinen befriedigend. Bisher ist keine Seuche ausgebrochen, nur vereinzelte Fälle von Pocken, Scharlachfieber und Masern sind zu verzeichnen. Alle Bargeld enthaltenden Bankgewölbe wurden unterseht aufgefunden, so daß schon gestern drei Banken ihre Zahlungen wieder aufnahmen. Ein heftiger Regenschauer kühlte die glühenden Trümmer ab und reinigte Luft und Erde. Es verursacht unter den Flüchtlingen bedeutendes Mißbehagen, daß noch nicht alle Leute mit Zelten und wollenen Decken versehen sind. Die Behörden fangen an, Holzhütten bauen zu lassen und lösten das große Lager auf. Es wurde, um die Verbreitung ansteckender Krankheiten zu verhindern, in kleinere zerlegt. Die Regierung beschloß Steuererlaß und Aufhebung des Schulzwanges für ein Jahr. Für das zum Wiederaufbau der Stadt erforderliche ausländische Stahl wird zollfreie Einfuhr beantragt. Auch Zement muß eingeführt werden. Bürgermeister Schmitz fordert Architekten, Zeichner und Bauarbeiter auf, sofort nach San Francisco zu kommen. Die gezeichneten Hilfsbeiträge übersteigen bereits 60 Millionen Mark.

Eine neue Geldentat der „Ordnungshüter“ in San Francisco meldet folgendes Telegramm:

New York, 24. April. Als das Mitglied des Stabes des Gouverneurs, der Kaufmann Tilden, im Automobil von seinem Landstüb nach San Francisco zurückkehrte, feuerten wachhabende Soldaten auf sein Gefährt, töteten ihn und verletzten mehrere Insassen.

Der Brand ist durch den in der vergangenen Nacht gefallenen Regen teilweise gelöscht.

New York, 24. April. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) In San Francisco wurde gestern abend um 10 Uhr 39 Min. ein drei Sekunden währendes heftiges Erdbeben in der Richtung von Osten nach Westen verspürt. Schaden ist nicht angerichtet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—63, IIIa 49—52, IVa 40—48, engl. Bullen 00—00, bän. Bullen 00—00, bofl. Bullen 00—00, Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 85—95, IIa 70—82, IIIa 56—68, Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schweinefleisch 66—71, Kaninchen 0,40—0,60, Hühner, alte, Stück 1,20—2,40, alle pr. 100, 0,00, junge, pr. Stück 0,00—0,00, Tauben, junge 0,60, alte 0,00—0,00, Enten, junge, pr. Stück 2,00—2,80, pr. Pfd. 00—00, voll, gefr. pr. Stück 00—00, Gänse, junge, pr. Pfd. 0,90—1,05, voll pr. Pfd. 0,00—0,00, Dachte 96—109, Schote 95—103, Steie 00,00, malk 00—00, Kote, groß 92—99, mittel 00,00, klein 88—89, unsortiert 63—73, Vögel 40—42, Hühner, pom. II, pr. Schod 1,00—2,00, Heler, Etage Ia 4—7, da, mittel, pr. Riste 3—4, da, klein, pr. Riste 00—00, Wadlinge, schmed, pr. Ball 0,00, norm. 0,00, holländ. 2—2,50, Heler 2—4, engl. 0,00, Kote, groß, pr. Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60, Enten, Heler, 2 Ball 1,50—2,00, Gb, pr. Riste 0,00—0,00, Garbelln 1902er, pr. Unter 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00, Schottische Follberinge 1905 00—00, large 40—44, full 36—38, mod. 33—35, deutsche 37—41, Gerlinge, neue Rattes, pr. 1/2, Tommen 60—120, Nummern, IIa, 100 3/4, unsortiert 0,00, Kette, pr. Schod, große 00,00—00,00, mittlere 00,00, kleine 0,00, unsortiert 0,00 0,00, Eier, Land, pr. Schod 09—00, Hühner 2,90—3,10, Butter, pr. 100 Pfund, Ia 117, IIa 112—116, IIIa 109—111, abfallende 108—112, Same Gurken, Schod 2,50—3 3/4, Westergurken 3,50—4 M, Kartoffeln pr. 100 Pfd. magen, bon. 2,10—2,35, rote Daberke 2,00—2,20, umbe weise 1,80—2,00, Wirsingfoll pr. Schod 0,00—00,00, Weißfoll pr. 100 Pfd. 5,50—6,50, Rottfoll pr. Schod 00—00, boll. 16—24, Grünfoll, pr. 100 Pfd. 12—15, Rüben, weisse 00—00, Leitower 00—00, Roghrüben, pr. Schod 2,50—4,50.

Witterungsübersicht vom 24. April 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen  | Barometer<br>homb. m. | Wind-<br>richtung | Wind-<br>stärke | Wetter | Temp. in<br>10 g. m. | Stationen | Barometer<br>homb. m. | Wind-<br>richtung | Wind-<br>stärke | Wetter    | Temp. in<br>10 g. m. |
|------------|-----------------------|-------------------|-----------------|--------|----------------------|-----------|-----------------------|-------------------|-----------------|-----------|----------------------|
| Stettin    | 760 B                 | 1                 | W               | 4      | Dadarsanda           | 749 M     | 4                     | S                 | 4               | Schnee    | -1                   |
| Danzburg   | 761 B                 | 3                 | W               | 6      | Petersburg           | —         | —                     | —                 | —               | 4 halb B. | —                    |
| Berlin     | 761 B                 | 2                 | W               | 5      | Scilly               | 767 B     | 3                     | W                 | 4               | halb B.   | 8                    |
| Königsberg | 762 B                 | 3                 | W               | 5      | Westerbeem           | 763 B     | 3                     | W                 | 2               | halb B.   | 2                    |
| München    | 761 B                 | 2                 | W               | 2      | Paris                | 764 B     | 2                     | W                 | 4               | halb B.   | 4                    |
| Wien       | 761 B                 | 2                 | W               | 5      |                      |           |                       |                   |                 |           |                      |

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 25. April 1906. Wolklos heiter, am Tage etwas mürmer, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden.

Wasserspiegel am 23. April. Elbe bei Hufsch + 1,08 Meter, bei Dresden — 0,30 Meter, bei Ragdeburg + 2,25 Meter. — Uckerit bei Stralsund + 2,05 Meter. — Oder bei Rathow + 1,72 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,08 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,78 Meter, bei Frankfurt + 1,69 Meter. — Rheine bei Weßelbünde + 3,74 Meter. — Elbe bei Cöpen + 0,45 Meter. — Rye bei Ulf 0,00 Meter.